

Stenografischer Bericht

53. Sitzung des Landtages Steiermark

XVI. Gesetzgebungsperiode 10. März 2015

Beginn: 10.03 Uhr

Entschuldigt: LTAbg. Mag. Pichler-Jessenko, LTAbg. Tromaier

A. Einl.Zahl 3351/1

A k t u e l l e S t u n d e auf Verlangen der Grünen betreffend „*Haftungen der Steiermark durch den Hypo-Skandal*“

Begründung der Aktuellen Stunde: LTAbg. Schönleitner (9531)

Stellungnahme der Aktuellen Stunde: Landesrätin Dr. Vollath (9536)

Wortmeldungen: LTAbg. Anton Lang (9539), LTAbg. Dipl.-Ing. Deutschmann (9541), LTAbg. Dr. Murgg (9543), LTAbg. Schwarz (9545), LTAbg. Amesbauer, BA (9547), LTAbg. Schönleitner (9549), LTAbg. Lercher (9552), Landesrätin Dr. Vollath (9553)

D1. Einl.Zahl 3326/1

D r i n g l i c h e A n f r a g e der FPÖ an Landeshauptmannstellvertreter Siegfried Schrittwieser

Betreffend „*Die rote Asylconnection: SPÖ + Jugend am Werk + Asylwerber = lukratives Geschäftsfeld*“

Begründung der Dringlichen Anfrage: LTAbg. Amesbauer, BA (9614)

Beantwortung der Dringlichen Anfrage: Landeshauptmannstellvertreter Schrittwieser (9622)

Wortmeldungen: LTAbg. Fischer (9630), LTAbg. Amesbauer, BA (9634), LTAbg. Samt (9639), LTAbg. Zenz (9642), LTAbg. Klimt-Weithaler (9644), LTAbg. Detlef Gruber (9650), LTAbg. Ing. Jungwirth (9651), LTAbg. Kolar (9654)

Beschlussfassung: (9656)

M.

Mitteilungen (9554)

Betreff: gemäß § 39 Abs. 1 GeoLT 2005

1. Einl.Zahl 2615/5

Schriftlicher Bericht, Ausschuss: Gesundheit und Pflege

Betreff: *Stipendienmodell für Medizinstudenten*

Berichterstattung: LTAbs. Dipl.-Ing. Hadwiger (9556)

Wortmeldungen: LTAbs. Dipl.-Ing. Hadwiger (9557), LTAbs. Lechner-Sonnek (9558),

LTAbs. Riener (9562), LTAbs. Getzinger, MAS (9564), Landesrat Mag. Drexler (9566)

Beschlussfassung: (9570)

2. Einl.Zahl 3070/5

Schriftlicher Bericht, Ausschuss: Umwelt und Verkehr

Betreff: *Errichtung eines Geh- und Radweges in Neuseiersberg*

Berichterstattung: LTAbs. Ing. Jungwirth (9571)

Wortmeldung: LTAbs. Samt (9571)

Beschlussfassung: (9573)

3. Einl.Zahl 3144/4

Schriftlicher Bericht, Ausschuss: Kontrolle

Betreff: *B 68 Feldbacher Straße - Querspange Gnas*

Berichterstattung: LTAbs. Karl Lackner (9573)

Wortmeldungen: LTAbs. Karl Lackner (9573), LTAbs. Mag. Dr. Dolesch (9574), LTAbs.

Ing. Ober (9576), Landesrat Dr. Kurzmann (9579)

Beschlussfassung: (9579)

4. Einl.Zahl 3139/5

Schriftlicher Bericht, Ausschuss: Bildung, Schule, Kinderbetreuung und Sport

Betreff: *Aufklärungskampagne über Spielsucht an steirischen Schulen*

Berichterstattung: LTAbs. Klimt-Weithaler (9580)

Wortmeldungen: LTAbg. Klimt-Weithaler (9580), LTAbg. Schartel (9582), LTAbg. Ederer (9583)

Beschlussfassung: (9584)

5. Einl.Zahl 3085/5

Schriftlicher Bericht, Ausschuss: Agrarpolitik (Land- und Forstwirtschaft)

Betreff: *Mountainbiken auf Forststraßen*

Berichterstattung: LTAbg. Schönleitner (9585)

Wortmeldungen: LTAbg. Schiffer (9586), LTAbg. Dipl.-Ing. Wöhry (9587), LTAbg. Persch (9591), LTAbg. Schönleitner (9592), LTAbg. Hubert Lang (9593), Landesrat Seitinger (9595)

Beschlussfassung: (9597)

6. Einl.Zahl 3088/5

Schriftlicher Bericht, Ausschuss: Wirtschaft und Tourismus

Betreff: *Staffelung der Nächtigungsabgabe nach Preissegmenten*

Berichterstattung: LTAbg. Dr. Murgg (9597)

Wortmeldung: LTAbg. Kogler (9598)

Beschlussfassung: (9598)

7. Einl.Zahl 3320/2

Schriftlicher Bericht, Ausschuss: Soziales, Arbeitsmarkt, KonsumentInnenenschutz, SeniorInnen, Jugend, Frauen, Familie und Integration

Betreff: *Aussetzung der Aufnahme weiterer Asylwerber bis das Erstaufnahmezentrum in Spital am Semmering geschlossen ist*

Berichterstattung: LTAbg. Amesbauer, BA (9599)

Beschlussfassung: (9599)

N1. Einl.Zahl 3133/4

Schriftlicher Bericht, Ausschuss: Wissenschaft, Forschung und Kultur

Betreff: *Gesetz, mit dem das Grazer Altstadterhaltungsgesetz 2008 geändert wird (5. GAEG-Novelle)*

Berichterstattung: LTAbg. Hamedl (9600)

Wortmeldungen: (Siehe Tagesordnungspunkt N2.)

Beschlussfassung: (9613)

8. Einl.Zahl 3307/2

Schriftlicher Bericht, Ausschuss: Wissenschaft, Forschung und Kultur

Betreff: *Grazer Altstadtanwalt; Tätigkeitsbericht 2014*

Berichterstattung: LTAbg. Hamedl (9600)

Wortmeldungen: (Siehe Tagesordnungspunkt N2.)

Beschlussfassung: (9613)

N2. Einl.Zahl 3130/3

Schriftlicher Bericht, Ausschuss: Wissenschaft, Forschung und Kultur

Betreff: Evaluierungsbericht zur Grazer Altstadtanwaltschaft

Berichterstattung: LTAbg. Hamedl (9601)

Wortmeldungen: LTAbg. Hamedl (9601), LTAbg. Lechner-Sonnek (9602), LTAbg. Getzinger, MAS (9603), LTAbg. Dipl.-Ing. Deutschmann (9605), LTAbg. Dr. Murgg (9608), Präsident LTAbg. Majcen (9609), Landesrat Dr. Buchmann (9610)

Beschlussfassung: (9614)

Präsident Majcen: Meine sehr geehrten Damen und Herren, Hohes Haus!

Es findet heute die 53. Sitzung des Landtages Steiermark in der laufenden Gesetzgebungsperiode statt.

Ich begrüße alle erschienenen Damen und Herren, die Vertreterinnen und Vertreter der Medien sowie alle Zuseherinnen und Zuseher, die der heutigen Sitzung des Landtages via Livestream beiwohnen. Im Besonderen begrüße ich die Mitglieder der Steiermärkischen Landesregierung mit Herrn Landeshauptmann Mag. Franz Voves an der Spitze sowie die Damen und Herren des Bundesrates.

Bei der heutigen Sitzung sind entschuldigt: Frau LTAbg. Mag. Pichler-Jessenko und Herr LTAbg. Tromaier.

Die Tagesordnung ist Ihnen mit der Einladung zur heutigen Sitzung zugegangen.

Besteht gegen die Tagesordnung ein Einwand? Das ist nicht der Fall.

Meine Damen und Herren, vom Landtagsklub der Grünen wurde am Freitag, dem 06. März 2015, ein Antrag auf Abhaltung einer Aktuellen Stunde zum Thema „Haftungen der Steiermark durch den Hypo-Skandal“ eingebracht.

Gemäß § 71 GeoLT 2005 wird die heutige Landtagssitzung mit dieser Aktuellen Stunde eingeleitet.

Zur Begründung erteile ich Herrn LTAvg. Lambert Schönleitner das Wort.

Bevor ich ihn ans Rednerpult bitte, begrüße ich die Damen und Herren des Seniorenbundes der Ortsgruppe Kapellen unter der Leitung von Herrn Robert Schrittwieser. Herzlichen Gruß, Danke für das Interesse, herzlich willkommen! (*Allgemeiner Beifall*)

Weiters begrüße ich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Ausbildung „Management“ des Schulungszentrums Uranschek unter der Leitung von Frau Mag. Karin Ingolitsch. Auch Ihnen ein herzlicher Gruß. (*Allgemeiner Beifall*)

Zur Begründung, um es noch einmal zu sagen, dieser Aktuellen Stunde erteile ich Herrn LTAvg. Lambert Schönleitner das Wort. Die Redezeit beträgt zehn Minuten. Bitte, Herr Abgeordneter Schönleitner.

LTAvg. Schönleitner (10.05 Uhr): Danke, Herr Präsident! Herr Landeshauptmann, Herr Landeshauptmannstellvertreter, Frau Finanzlandesrätin, werte Mitglieder der Landesregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer!

Wir haben uns heute dieses Thema für die Aktuelle Stunde gewählt, weil es ja in den letzten Tagen wieder aktuelle Entwicklungen gegeben hat, in unterschiedlicher Hinsicht. Wir haben in der Steiermark eine aktuelle Entwicklung gehabt, auf das ich jetzt noch nicht näher eingehen werde, die uns überrascht hat. Es hat auch Vermutungen gegeben, das könnte ursächlich mit dem Thema, das wir zur Aktuellen Stunde gemacht haben, etwas zu tun haben, nämlich die rasante Entwicklung was den Hyposkandal auf Bundesebene anlangt und auch die Mitverpflichtung der Länder könnte auch ein Grund gewesen sein, warum man lieber schneller natürlich das Versagen, auch der SPÖ und ÖVP – wobei es ein Blauer Skandal ist –, das wissen wir alle. Der Untersuchungsausschuss wird das hinlänglich Erwähnte belegen. (*LTAvg. Samt: „Oder auch nicht!“*) „Oder auch nicht“, war ein netter Zwischenruf der FPÖ. Also diese Hoffnung, Kollege Samt, dass der Hypo-Untersuchungsausschuss zum Schluss kommt, dass die FPÖ in Kärnten alles richtig gemacht hat, die Milliardenhaftungen waren

okay, also da wünsche ich dir alles Gute. Du hast offenbar wirklich die Realität, was den Hyposkandal anlangt, ausgeblendet. Das wird, glaube ich, nicht der Fall sein. Du weißt ganz genau was Kärnten hier verursacht hat. Und damit bin ich schon beim Thema. Kärnten hat verursacht, dass letztlich der größte Finanzskandal der Zweiten Republik, und da war die FPÖ, das war dein Blau-Orange Kollegenschaft, die das verursacht hat, hat diesen Finanzskandal natürlich auf den Tisch gelegt. Wir werden noch lange, auch die Steirerinnen und Steirer, die Bevölkerung daran zu knabbern haben, was dieser Hyposkandal letztendlich an Finanzdesaster, an Kontrollversagen, an wirklich völliger Sorglosigkeit und Unbekümmertheit, was Kontrollpolitik und Finanzverantwortung anlangt, ausgelöst hat. Ich darf aber auch etwas Positives sagen, es ist mir auch sehr wichtig, zwei Dinge vorweg positiv zu sagen: Ich glaube, es war sehr wichtig, dass der Landtag Steiermark einer der ersten war, der diesen Hypountersuchungsausschuss auf Bundesebene, ich glaube einstimmig seinerzeit beschlossen hat. Es hat uns sehr gefreut. Wir haben seinerzeit eine Dringliche Anfrage eingebracht zum Hypodebakel auf Bundesebene und es ist darum gegangen, wir erinnern uns, ÖVP und SPÖ wollten ja auf Bundesebene, was mir bis zum jetzigen Zeitpunkt völlig unverständlich ist, diese Untersuchung des Hyposkandals verschleppen und es war dann notwendig Druck zu machen. Vorarlberg war, glaube ich, das erste Bundesland. Wir waren, wenn ich das richtig in Erinnerung haben, das zweite Bundesland, das hier einen sehr klaren, und das war sehr positiv, einstimmigen Beschluss für die Aufklärung des Hyposkandals gefasst hat. Das ist, auch wenn man zurückblickt auf die letzten fünf Jahre, ja eher eine Seltenheit gewesen. Das ist sehr, sehr schade, dass dieser Landtag nicht öfter gemeinsam, bei wichtigen Dingen, sich entschlossen hat ein Signal nach Wien zu schicken. Es war ja immer so, wenn die Opposition bisher etwas eingebracht hat, hat die steirische Reformpartnerschaft gesagt: „Wir sind die Besten, wir sind auf Kurs, wir brauchen keine Opposition.“ In dem Fall hat es mich sehr gefreut, dass das beim Hypountersuchungsausschuss, beim Signal nach Wien, damals funktioniert hat. Das zweite Positive, das ich sagen möchte, bevor ich auf das Eigentliche komme, ist, dass es natürlich auch die aktuelle Entwicklung gut ist, dass der jetzige Finanzminister Schelling auf Bundesebene hergeht und einen doch ganz klaren Ansatz vertritt, den die Grünen ja schon seit langer Zeit vertreten, dass es darum gehen muss, speziell die Gläubiger, jene, die in diesem Bereich mit diesem Skandal viel Geld verdient haben, dass sie stärker zur Kasse gebeten werden. Da geht es um verschiedene Gläubiger. Ich glaube, das ist auch positiv, dass erstmals ein Minister auf Bundesebene sagt: „Wir müssen schauen, dass wir nicht noch mehr Steuergeld in das Auffangen und in den Abbau dieses Hyposkandals vom

öffentlichen Steuerzahler verlangen.“ Ich glaube, das ist ein guter Ansatz. Das muss man der Bundesregierung auch lassen, aber dennoch hat es eine steirische Dimension und darum bin ich eigentlich schon bei meiner jetzt eher kurz gehaltenen Begründung dieser Aktuellen Stunde, denn es ist ganz klar, was auf dem Tisch liegt. Wir haben ja medial auch schon einiges diesbezüglich von Frau Finanzlandesrätin gehört. Die Frage ist: „Was wird das den Steirerinnen und Steirern kosten?“ Die ganze Geschichte hat ja jetzt schon, wenn man die ganze Schadenssumme auf die Steuerzahler herunterrechnet, auf Bundesebene, ich glaube jeder steirischen Familie, wir haben es einmal durchgerechnet, 5.000 Euro gekostet – Bundesebene mäßig – und jetzt könnte aber noch auf Grund natürlich dieser solidarischen Haftung der Hypobank, wie ja festgeschrieben ist in den jeweiligen gesetzlichen Grundlagen, die Verpflichtung im Bankwesengesetz, wo es um die Einlagensicherung geht, über die Pfandbriefstelle werden die Landeshypos natürlich mit in die Verantwortung genommen. Uns ist nur wichtig heute hier im Landtag zu hören, und darum haben wir diese Aktuelle Stunde eingebracht: Was heißt das, Frau Finanzlandesrätin, für die Steiermark? Wie werden Sie damit umgehen? Sie haben ja in den Medien einiges gesagt, aber uns würde schon interessieren, wie es aussieht. Wann wird diese Belastung auf uns zukommen? Wie groß wird sie sein? Es ist ja richtig, dass die Steiermark im Gegensatz zu anderen Bundesländern nur mehr 25 % plus eine Aktie der Landeshypo hält. Wenn das stimmt, was prognostiziert ist – es sind 150 Millionen Euro, die pro Bundesland prognostiziert sind, die als Belastung auf die Länder zukommen könnten; natürlich in der Folge auch direkt auf die Landeshaushalte, weil die Hypos selber ja das nicht bedienen können in diesem Ausmaß und die Länder dahinter, stehen natürlich mit ihrer Haftung. Wie viel wird es für die Steiermark sein? Ist es so, das ist die konkrete Frage, wenn wir von den 150 Millionen ausgehen, dass es für die Steiermark in etwa 37 Millionen sein werden, wenn ich das richtig verstehe, oder wird es unter Umständen mehr sein? Das ist eine Frage, die man, glaube ich, ganz klar beantworten soll. Die zweite wichtige Frage ist: Wann letztendlich wird diese Belastung, wann rechnen Sie damit, dass diese Belastung auf die Steiermark zukommen wird? Sie haben ja ein Budget für 2015 vorgelegt, wo Sie gesagt haben, dass es ausgeglichen ist, wir sind auf Kurs. Jetzt haben wir da wieder 27 Millionen Euro. Es gibt auch andere Budgetposten, die aus meiner Sicht, mittlerweile seit diesem Budgetbeschluss schon wieder arg aus den Fugen geraten sind. Es gibt Straßenbauprojekte, wo wir massive Überschreitungen haben. Es ist überhaupt nicht gesagt, dass wir dieses Ziel, das Sie so plakativ seinerzeit eigentlich nach außen getragen haben, auch erreichen. Ein Teil wird eben auch diese Mitverantwortung sein, was die

Hypohaftungen anlangt. Und aus diesem Grund würde ich mich sehr freuen, wenn Sie uns heute diese Fragen in Bezug auf die Hypo beantworten würden. Wann Sie vor allem mit dieser Belastung rechnen und auch welche Vorkehrungen Sie treffen, um diese Belastung im Budget so darzustellen, dass nicht wieder am Ende im Sozialbereich, wie wir das ja oft erlebt haben, die Einsparungen gemacht werden. Ich glaube, es ist wichtig beim Hyposkandal, das möchte ich abschließend noch sagen, dass es am Ende zu einer lückenhaften Aufklärung kommt. Da schaue ich ganz bewusst in Richtung der Partei der „blauen Bankräuber“, ich sage das ganz bewusst so, *(Beifall bei der SPÖ - LTAbg. Amesbauer, BA: „Bravo!“)* denn wenn eine Partei - Herr Kollege Amesbauer, ich weiß nicht, dir wird irgendwann wahrscheinlich das Lachen vergehen. Ich meine, ihr könntet euch ja noch erinnern, was seinerzeit alles vom Blauen Landeshauptmann Haider in Kärnten gesagt wurde. Er hat ja sogar gesagt, da hat es ein Kronenzeitung-Zitat gegeben: „Kärnten wird reich durch diese ganze Hypokonstruktion“, die er aufgebaut hat. „Das wird der Kärntner Bevölkerung auf die Sprünge helfen, das Land wird nach vorne blicken“. *(LTAbg. Amesbauer, BA: „Wir sind aber in der Steiermark!“)* Wir sehen, wo wir jetzt stehen. Ja, aber das ist ja typisch FPÖ. Du sagst: „Wir sind in der Steiermark“, ihr habt ja mit allem nichts zu tun, überhaupt nichts. Ihr habt seinerzeit die Bundesregierung an die Wand gefahren, da habt ihr nie was mit der Bundesregierung zu tun gehabt. Ihr habt wahrscheinlich auch nichts zu tun gehabt mit der Susanne Winter, wie sie verurteilt worden ist. Ich zähle jetzt da gar nicht alle Blauen auf, die irgendwelche strafrechtlichen Verurteilungen haben, und immer sagt ihr, dass ihr nicht verantwortlich seid. *(LTAbg. Samt: „Wahlkampf, Herr Kollege?“)* Weißt du, was ich dir sage, ihr seid ja derzeit – ich bin ja viel unterwegs in der Steiermark, das möchte ich euch auch einmal sagen – ziemlich, vorsichtig gesagt, abgehoben und größenwahnsinnig auch unterwegs. Nicht nur die Regierung, die ist auch ziemlich abgehoben, das stimmt, aber auch bei euch merkt man, dass ihr überall bei jedem Eck erzählt: „Wir werden alle Wahlen gewinnen, wir werden die Ersten sein“, das habt ihr auch schon erzählt. *(LTAbg. Amesbauer, BA: „Werden wir!“)* Da würde ich an eurer Stelle schon ein bisschen vorsichtig sein, *(LTAbg. Samt: „Du bist nicht in der Position, dass du uns das ausrichten kannst!“)* denn ich glaube, die Bevölkerung wird am Ende nach der Hypoaufklärung ganz klar erkennen, Kollege Amesbauer, dass diese Partei genau, was sie dauert verspricht, nicht tut, nämlich für den kleinen Mann, für die kleine Frau da zu sein, für jene, die es dringend brauchen, Politik zu machen, Ausgleich zu schaffen. Ihr habt nämlich mit der Hypo genau das Gegenteil getan. Ihr habt nämlich ganz die Mächtigen durch diese Vorgehensweise, jene, die eigentlich finanziell gut ausgestattet waren, die

Investoren, die habt ihr ordentlich mit dieser Vorgangsweise Und am Ende, das sage ich euch schon, wird die Bevölkerung differenzieren und es wird euch nicht gelingen mit den einfachen Botschaften einfach durch die Steiermark zu fahren und zu sagen: „Wir sind diejenigen, die die Revanche bringen.“ Ich sage euch, irgendwann, Kollege Amesbauer und Kollege Samt, wird es dazu kommen, dass euch die Bevölkerung auch die Revanche für den Hyposkandal präsentiert. Davon bin ich ganz, ganz sicher überzeugt. *(Beifall bei den Grünen und der SPÖ)* Es wäre ja nur eine gewisse Haltung ... Ich weiß eh, dass du irgendwie Sorge hast, weil ihr werdet in der nächsten Regierung nicht mehr drinnen sitzen, weil im Straßenbau ist nichts weitergegangen, in der Umweltpolitik sind wir abgestürzt, das ist die Wahrheit. *(LTAvg. Amesbauer, BA: „Das Ressort läuft perfekt!“)* Es ist wesentlich schlechter geworden, als es unter ÖVP und SPÖ war, in eurem Ressortbereich und ihr wisst natürlich genau, ihr werdet nicht mehr in der Regierung drinnen sitzen, darum tust du jetzt wehleidig, wenn die Grünen eventuell drinnen wären. Ich sage dir ganz offen und ehrlich, wir werden nicht um jeden Preis hineingehen. Erstens einmal muss es eine Konstellation geben, ein Wahlergebnis, welches das überhaupt zulässt – da bin ich völlig bei euch. Aber eines unterscheidet uns von euch, nämlich dann, wenn es so weit ist, dann wollen wir zuversichtlich gestalten. Ihr tut blockieren, ihr sagt, dass es so nicht geht, das geht auch nicht, das ist schlimm, aber ihr legt nie Vorschläge auf den Tisch. Ja, wo ist denn der große Wurf der FPÖ in ihrer Ressortverantwortlichkeit? Wo habt ihr denn umweltpolitisch einmal etwas weitergebracht? Ich muss euch ehrlich sagen, ich sehe nach diesen vier Jahren überhaupt nichts. Und dann stellt ihr euch her und fahrt ins Land hinaus und sagt: „Wir werden diese Wahlen gewinnen!“ Letzter Satz: Es wäre ja noch ein gewisser Rest an Anstand und Aufrichtigkeit, wenn die soziale Heimatpartei hergehen würde, was die Hypo anlangt, und sagen würde: „In unserem Bereich sind schwere Fehler passiert. Das darf nie wieder passieren, wir übernehmen die Verantwortung für das.“ Aber, dass ihr euch herstellt und sagt: „Wir haben überhaupt nichts damit zu tun. Das geht uns alles nichts an. Das ist alles in der Vergangenheit“, das muss ich wirklich sagen, ... *(Präsident Majcen „Herr Kollege Schönleiter, bitte!“)* ... das ist mein letztes Wort in Richtung der FPÖ, das ist aus meiner Sicht schäbig. Ich würde mir erwarten, dass die FPÖ Verantwortung übernimmt und ich freue mich jetzt, dass die Frau Finanzlandesrätin uns die Antworten gibt, was das für die Steiermark heißt und wie es mit der Finanzverantwortung in Bezug auf die Hypoverantwortung der Steiermark und die Mithaftung über die Landeshypo aussieht. Ich danke für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei den Grünen – 10.17 Uhr)*

Präsident Majcen: Ich erteile nun Frau Landesrätin Dr. Bettina Vollath das Wort zur Beantwortung dieser Anfrage bzw. dieser Frage, die zur Aktuellen Stunde gestellt wurde. Frau Landesrätin, bitte.

Landesrätin Dr. Vollath (10.17 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, Herr Landeshauptmann, Herr Landeshauptmannstellvertreter, geschätzte Kollegen auf der Regierungsbank, Abgeordnete des Hohen Hauses, sehr geehrte Zuhörerinnen und Zuhörer hier im Saal, aber auch am Livestream!

Einleitend bedanke ich mich einmal für die Abhaltung dieser Aktuellen Stunde, weil es mir die Gelegenheit gibt in einem sehr komplexen Sachverhalt hier jetzt umfassend Stellung zu nehmen und ich bitte zu entschuldigen, dass ich mein Sprechtempo sehr rasch halten werden, um diese Komplexität auch in die mir zur Verfügung stehenden zehn Minuten zu packen. Zum Zweiten möchte ich gleich zu Beginn jeglichen Verschwörungstheorien Einhalt gebieten. Die Festlegung des Wahltermins hat nicht, aber auch schon gar nichts mit dieser Angelegenheit, die wir jetzt in der Aktuellen Stunde erläutern, zu tun. Das sage ich gleich einmal vorweg. Wie den Medien ja breit zu entnehmen war, hat die Finanzmarktaufsicht am letzten Wochenende angeordnet, dass die HETA Asset Resolution AG, wie die vollständige Bezeichnung der hier jetzt oft zitierten HETA ist, und die das Abwicklungsinstitut der Hypo Alpe Adria ist, auf der Grundlage eines Bundesgesetzes und zwar des Bundesgesetzes über die Sanierung und Abwicklung von Banken, bis zum 31. Mai 2016, also ein gutes Jahr lang, ein Schuldenmoratorium verhängt. Dieses Schuldenmoratorium bedeutet, dass die HETA – ich sage einfach jetzt immer bitte nur die Kurzbezeichnung – in diesem Zeitraum jene Verbindlichkeiten, die im Bescheid der Finanzmarktaufsicht auch erschöpfend angeführt wird, vorerst nicht bedienen wird. Dazu gehören auch Verbindlichkeiten der HETA gegenüber der Österreichischen Pfandbriefbank AG, das ist die ehemalige und im Folgenden auch der Einfachheit halber oft so bezeichnete Pfandbriefstelle Österreichs. Diese hat für die HETA bzw. ihre Rechtsvorgängerin Anleihen gegeben, die aktuell mit einer Gesamtsumme von rund 1,2 Milliarden Euro aushaften. Von diesen 1,2 Milliarden Euro werden bis zum Ende dieses Schuldenmoratoriums, also bis Ende Mai 2016, insgesamt in Summe 797 Millionen Euro fällig und zwar zu unterschiedlichen Terminen und zu unterschiedlichen Tranchen. Das heißt, die Pfandbriefbank steht damit vor der Situation, dass ihre Verbindlichkeiten gegenüber den Gläubigern, also den Anleihezeichnern fällig werden und nicht vom Moratorium der HETA umfasst sind. Das heißt, die Pfandbriefstelle kann zwar den

seitens der HETA fälligen Betrag auf Grund des Moratoriums nicht einfordern, ist aber den Anlagegläubigern zu den Fälligkeitsterminen zur Einlösung der Forderungen trotzdem verpflichtet. Die Pfandbriefstelle kann diese Beträge selbst nicht aufbringen. Es ist aber für diesen Fall Vorsorge getragen im Pfandbriefstellengesetz, das in einem derartigen Fall vorsieht, dass die Mitgliedsinstitute der Pfandbriefstelle bzw. die betroffenen Bundesländer diesen Betrag aufbringen. Auf Grund dieser Entwicklungen gab es vergangenen Mittwoch eine außerordentliche Landesfinanzreferentenkonferenz in Wien, in der wir zum einen von einem Vertreter der Finanzmarktaufsicht über das Zustandekommen dieses FMA-Bescheides einmal umfassend informiert wurden und wir konnten dann mit ihm, Vertretung der Pfandbriefstelle des Verbandes der österreichischen Landeshypothekenbanken, den Direktoren der betroffenen Mitgliedsinstitute und auch einem Rechtsanwalt die möglichen Folgen und auch die zur Verfügung stehenden Handlungsoptionen erläutern. Um keinen Zweifel an der Glaubwürdigkeit des Finanzstandortes Österreich aufkommen zu lassen und die mit dem Bescheid der Finanzmarktaufsicht entstandenen negative Folgen für den Finanzstandort Österreich, den gesamten Hyposektor und in weiterer Folge für die Bundesländer abzuwenden, haben wir anschließend auch einen über die Medien ja ohnehin publizierten Beschluss gefasst und in diesem Beschluss klargestellt, einige Klarstellungen getroffen: Zum einen, dass wir im Interesse der betroffenen Landesbürgerinnen und Landesbürger und gemäß dem Pfandbriefstellengesetz, das ich ja gerade zitiert habe, die Liquidität der Pfandbriefstelle - das ist noch kein Ausfall, das ist ein wichtiger Unterschied Liquidität und Ausfall – umgehend sicherstellen werden. Wir haben aber auch klargestellt, dass wir die HETA und auch den Bund in seiner Funktion als Alleineigentümer dahinter nicht aus der Verantwortung entlassen werden. Wir haben auch ausdrücklich festgehalten, und dieser Beschluss ist vom Land Kärnten genauso mitgetragen worden, dass der Bescheid der FMA die Haftung Kärntens unberücksichtigt lasst. Gleichzeitig haben wir aber festgestellt, dass sehr wohl die Pfandbriefbanken AG, alle Mitgliedsinstitute und alle betroffenen Bundesländer – also auch die Steiermark, alle rechtlichen Möglichkeiten ausschöpfen werden, um die Landesbürgerinnen und Landesbürger und die betroffenen Bankkunden/kundinnen hier vor Schaden zu bewahren. Das heißt, die Belastungen für die Mitgliedsinstitute der Pfandbriefstelle und die betroffenen Bundesländer, wenn man Ende des Tages welche resultiert, zu dem komme ich noch, werden in jedem Fall gegenüber dem Bund geltend gemacht. Und die Gespräche zwischen Länder und Bund sind ja über den derzeitigen Vorsitzenden der FinanzreferentInnenkonferenz schon aufgenommen worden. Wie wird es

nun weitergehen? Die FMA hat ihren Bescheid über das Moratorium ja damit begründet, den sonst am vorletzten Wochenende drohenden Konkurs der HETA und in Folge des Landes Kärntens abzuwenden, zu vermeiden und Zeit für die Erarbeitung eines Abwicklungsplanes der HETA zu schaffen. Das heißt, es ist davon auszugehen, dass der Bund als Alleineigentümer der HETA diese Zeitspanne dazu nutzen wird, um sich mit den Gläubigern der HETA auf eine für alle Gläubiger tragbare Lösung zu einigen, da durch diese Entscheidung des Bundes der HETA keine weiteren Mittel mehr zur Verfügung stehen, ein entsprechendes Verfahren nach dem BaSAG einzuleiten, jedoch eben auch die Pfandbriefstelle in Bedrängnis gebracht wurde, sind hinsichtlich der Liquiditätserfordernisse – ich unterstreiche das noch einmal – schon erwähnt jetzt einmal die Mitgliedsinstitute der Pfandbriefstelle und die Länder als Gewährträger gefordert, eine Lösung zu erarbeiten, an der im Verband der Landeshypothekenbanken derzeit auch intensiv gearbeitet wird, so bin ich informiert. Was könnte jetzt dem Land Steiermark im schlimmsten Falle drohen? Wir können aus mehreren Gründen dazu heute keine seriöse Aussage treffen. Wir wissen weder, was werden die Verhandlungen des Bundes hinsichtlich der Abwicklung der HETA ergeben; wir können auch nicht sagen, in welcher Form das Land Kärnten seiner Verpflichtung aus der Ausfallhaftung nachkommen wird. Sie wissen ja, es gibt kein Insolvenzrecht in Österreich für öffentliche Gebietskörperschaften. Wir wissen nicht, in wie weit kommt es tatsächlich zu einem Schuldenschnitt für die HETA-Verbindlichkeiten. Wir wissen nicht, in wie weit werden davon Forderungen der Pfandbriefstelle betroffen sein und wir wissen somit auch nicht was das letztendlich für die betroffenen Mitgliedsinstitute und die Länder als Gewährträger und die Haftung des Landes Kärnten bedeutet. Das heißt, ich kann Ihre Daumen-mal-Pi-Rechnung in keiner Weise bestätigen. Es lässt sich keine seriöse Aussage treffen. Jetzt wissen Sie sicher, das haben Sie ja in Ihrer Anfrage bestätigt, dass in anderen Bundesländern ein Worst-Case-Szenario im Ausmaß von rund 150 bis 160 Millionen Euro genannt wurde, das ist schlicht dieses Achtel der aushaftenden Anleihe, das wird jedoch nur bei dem ganz sicher nicht eintretenden Komplettausfall der für die HETA begebenen Anleihen der Pfandbriefstelle ergeben. Denn das würde ja voraussetzen, dass in der HETA überhaupt kein verwertbares Vermögen vorhanden ist und das stimmt ja definitiv nicht. Es gibt ein Delta, aber es ist Vermögen da, das jetzt verwertet wird. Und in weiterer Folge würde das bedeuten, dass für den Rest Kärnten seiner Ausfallhaftung in keiner Weise nachkommen würde, weil da kein verwertbares Vermögen da ist. Das trifft ja auch nicht zu. Die Frage der Insolvenz eines Bundeslandes ist, wie gesagt, in Österreich eine derzeit unbeantwortete. Eines

möchte ich an dieser Stelle der Vollständigkeit halber festhalten: Sollte es am Ende des Tages trotz all dieser aufgezählten Regressmöglichkeiten tatsächlich ein Rest sozusagen bleiben, den sich dann die acht Bundesländer im Zuge der Solidarhaftung aufzuteilen haben, dann wird auch diese Herausforderung auf Grund der Tatsache, dass wir jetzt ein konsolidiertes Landesbudget haben, ohne die von Ihnen in den Raum gestellten Effekte zu schaffen sein. Und jetzt abschließend lassen Sie mich bei all der gebotenen Sachlichkeit eines Regierungsmitgliedes trotzdem klar festhalten: Weder die anderen Bundesländer, und das geht in diese Richtung, noch deren Hypobanken waren auch nur in irgendeiner Weise an dem Desaster der Hypo-Alpe-Adria beteiligt, sondern sie sind ausschließlich durch eine völlig verantwortungslose Regierung unter der damaligen Führung der FPÖ in Kärnten erst in diese Lage gebracht worden. (*LTAbg Amesbauer, BA: „Das ist eine Lüge!“*) Wir werden deswegen alle uns rechtlich und politisch zur Verfügung stehenden Möglichkeiten ausnutzen, um das Land Steiermark hier schadlos zu halten. Ich danke für die Aufmerksamkeit. (*Beifall bei der SPÖ und ÖVP – 10.28 Uhr*)

Präsident Majcen: Danke der Frau Landesrätin für ihre Stellungnahme.

Meine Damen und Herren, die Redezeit der weiteren Teilnehmerinnen und Teilnehmer in der Aktuellen Stunde beträgt fünf Minuten. Die Redezeit von weiteren Mitgliedern der Landesregierung ist auf die Redezeit jenes Klubs anzurechnen, dem sie angehören.

Zu Wort gemeldet hat sich als Erster, das ist relativ genau im Ablauf geregelt, der Herr Abgeordnete Lang. Ich bitte ihn ans Rednerpult.

LTAbg. Anton Lang (10.29 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Landesregierung, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Wir debattieren hier heute über den größten Bankenskandal der Zweiten Republik und über die damit verbundene Fast-Pleite des Bundeslandes Kärnten. Wie hat das Ganze eigentlich begonnen? Am Anfang der ganzen Hypo-Misere steht die FPÖ und das zieht sich durch bis heute wie ein blauer Faden. (*Beifall bei der SPÖ und ÖVP - LTAbg. Amesbauer, BA: „Das stimmt ja nicht!“*) Ein Landeshauptmann, Jörg Haider, der den Boden zur Realität verloren hat, unverantwortliche Bankmanager, mit einem größtenwahnsinnigen Expansionskurs und Landeshaftungen, die fernab jeder Realität beschlossen wurden. Die FPÖ in Kärnten hat unter ihrem Herrschaftssystem – bestehend aus unverantwortlichem Umgang mit Geld, Personenkult, Wahlgeschenke an alle und frecher Missachtung aller politischen Kultur und

des Rechtsstaates – den größten Bankenskandal der Zweiten Republik und die Fast-Pleite eines Bundeslandes zu verantworten. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP)* Etwa 8,2 Millionen Euro, das ist genau der Betrag, den die wechselnden Aktionäre in den letzten Jahren – also genau seit dem Jahr 2006 – der Bank zuschießen mussten, um die Bank am Leben zu halten. Und jetzt, so wie es aussieht, kommen noch einmal acht Milliarden dazu. Milliardenlöcher, marode Kredite, ein ungelöstes Problem mit Landeshaftungen, die ganz Kärnten in die Tiefe reißen können. Und das, obwohl vom Steuerzahler in den letzten Jahren schon rund 5,6 Milliarden Euro an Kapitalhilfen an die Hypo geliefert wurden. Jetzt haben wir gehört, auch bei der Abwicklungsbank gibt es Probleme. Es besteht also die Gefahr, dass noch einmal bis zu acht Milliarden Euro notwendig sind, um das ordnungsgemäß abwickeln zu können. Das heißt, wir sprechen wahrscheinlich von einem Verlust um die 14 Milliarden Euro. Wenn man das in der jetzigen Diskussion um die Steuerreform vergleicht, dann sieht man erst, wie schwierig es ist, fünf bis sechs Milliarden Euro aufzubringen. Man sieht also, was das bedeutet, und fast mehr als den zweifachen Betrag wird uns mindestens dieser Skandal kosten. Mit Hilfe der Hypo wurde grob fahrlässig Geld für politische Aktionen beschafft, das eigentlich gar nicht vorhanden war. Der Steuerzahler fragt sich zurecht: „Wo ist das Geld hin?“ Gemeinsam sorgte die beständige Blaue Kärntner Führungsspitze für eine Expansion der Hypo nach Südeuropa. Ein Gutteil der verlorenen Hypomilliarden steckt in überdimensionalen Immobilienprojekten auf dem Balkan. Es hat riesige Kredite an Hotelentwickler und andere Unternehmern gegeben und gebaut wurden Tourismusanlagen auf dem Niemandsland. Das muss man sich einmal auf der Zunge zergehen lassen. Aber, und das gehört auch diskutiert, es gibt auch viele Projekte in Kärnten, von denen einige nie realisiert wurden, andere dafür aber enorme Summen verschlungen haben und viele grandios scheiterten. Ich darf da beispielhaft anführen: Schloss am Wörthersee, Thema Seebühne Klagenfurt und, ein ganz besonderes Schmankerl, das Wörtherseestadion, ein sehr schönes Fußballstadion. Es spielt dort, glaube ich, ein Regionalligaverein, weil den ursächlichen Verein, den gibt es nicht – man weiß auch, wer dem vorgestanden ist. Die Liste derer, die einen Anteil an diesem Skandal haben, ist lang. Aber ein ursprünglich Verantwortlicher lässt sich immer leicht ausmachen. Das war Jörg Haider, unter dessen Ägide die frühere Landesbank ihr fatales Turbowachstum forcierte und zur Handkassa von politischen Begehrlichkeiten wurde. Wir müssten heute über alle diese Probleme nicht diskutieren, hätte damals die Haider-Landesregierung nicht die Haftungen in der Höhe bis zu 23 Milliarden Euro beschlossen. Genau diese Haftungsmisere war und ist das große Problem der Hypo und

in weiterer Folge des österreichischen Steuerzahlers. (*LTabg. Amesbauer, BA: „Da war die SPÖ nicht dabei? Da hat die SPÖ nicht mitgestimmt?“*) Ohne diese Landeshaftungen wäre auch die Notverstaatlichung nicht gewesen. Es hätte viele Diskussionen nicht gegeben und es müssten nicht die Gerichte bemüht werden. Und auch im Griss-Bericht kann man nachlesen: Ausgangspunkt des Debakels war eine unkontrollierte Expansion, gestützt durch exorbitante Landeshaftungen von bis zu 23 Milliarden Euro“. Und jetzt steht das Land Kärnten fast vor der Pleite und die FPÖ oder BZÖ, FPK, alle Nachfolgeparteien, will vom Ganzen nichts mehr wissen. Kollege Amesbauer, die FPÖ agiert in einem Stil „Angriff ist die beste Verteidigung“. Ist verständlich in dieser Lage, wenn man nicht mehr weiter weiß. Dabei hat die FPÖ Kärnten, wie keine andere politische Partei bisher, dem österreichischen Volk einen solch enormen Schaden zugefügt. (*LTabg. Amesbauer, BA: „Aber geh, hör auf!“*) Und diesen größten österreichischen Finanzskandal, den muss die FPÖ politisch verantworten und das können Sie nicht schönreden. Lieber Kollege Amesbauer, du magst dich in manchen Bereichen auskennen, aber ich glaube auf Grund deiner Zwischenmeldungen kann ich daraus schließen, zu diesem Thema kennst du dich nicht aus. Ich darf enden mit einem lateinischen Sprichwort: „Si tacuisses, philosophus mansisses“. (*Beifall bei der SPÖ und ÖVP – 10.35 Uhr*)

Präsident Majcen: Die nächste Wortmeldung ist die Wortmeldung des Herrn Abgeordneten Deutschmann. Herr Abgeordneter, bitte.

LTabg. Dipl.-Ing. Deutschmann (10.35 Uhr): Herr Präsident, Herr Landeshauptmann, geschätzte Damen und Herren der Landesregierung, Hoher Landtag, geschätzte Damen und Herren im Auditorium!

Grundsätzlich ist einmal zu dem Thema Hypo zu sagen und das ist auch Fakt, dass es in Kärnten – der Herr Lang hat das schon ausgeführt mit Recht, diesen Beginn – begonnen hat, gar keine Frage. Damals unter BZÖ-Führung, damit wir das einmal klar auseinanderhalten, und wir hier in der Steiermark sind die Steirischen Freiheitlichen. Vielleicht habt ihr im Geschichtsbuch vergessen, dass es zwischenzeitlich eine Partei gegeben hat, die Bündniszukunft Österreich hieß und nicht Freiheitliche Partei. (*LTabg. Schönleitner: „Der war wirklich gut!“*) Zum Zweiten, 2007, geschätzte Damen und Herren, haben diese Haftungsbestimmungen oder diese Haftung übernommen mit Zustimmung der SPÖ und auch der ÖVP, die da mitgestimmt haben. (*LTabg. Amesbauer; BA: „Hört, hört!“*) Auch der

jetzige Landeshauptmann Kaiser hat damals diese Haftung mitbeschlossen. Dies sei hier auch erwähnt, weil ganz so kann man es nicht aus der Verantwortung lassen – und der Einzige, der in dieser Causa bis dato rechtskräftig verurteilt wurde, war der ÖVP Landesrat Martinz, das ist auch Fakt. Das dubiose Notverstaatlichungssystem zeigt uns der Griss-Bericht. Der des ehemaligen Vizekanzlers Pröll ist undurchschaubar und das wird wahrscheinlich der Untersuchungsausschuss zu Tage bringen, der ja lange Zeit, und das darf man ja auch nicht übersehen, von SPÖ und ÖVP abgelehnt wurde und erst durch viel Druck, vor allem seitens der Freiheitlichen, erst angenommen wurde. Jetzt gibt es ihn im Bund, den Untersuchungsausschuss, und wir können froh sein, dass es ihn gibt und wir werden am Ende der Fahnenstange dann sehen, wer hier wirklich den großen Skandal vom Zaun gebrochen hat. *(Beifall bei der FPÖ)* Aber gar keine Frage, Schulden sind gemacht worden und die im großen Ausmaße. Wir kennen das ja hier vom Land. Wir haben ja auch Dinge, die nicht so gut laufen. Wie man den letzten Meldungen zufolge weiß, haben wir in unserer Frankenmisere bereits 70 Millionen Euro „verblasen“. Das ist auch nicht wenig. *(LTAbg. Schwarz: „Die Hypo kostet 15 Milliarden Euro. Das ist ja ein unglaublicher Vergleich. Du vergleichst das mit dem Frankenkredit.“)* Aber immerhin, das Land Steiermark ist da in guter Weise, wir haben immerhin in fünf Jahren den Schuldenstand im Land Steiermark vervielfacht, geschätzte Damen und Herren, eine verantwortungslose Finanzpolitik. *(LTAbg. Schwarz: „Die Hypo kostet 15 Milliarden Euro.“)* Herr Schwarz, das ist so. Da können Sie hineinschreien wie Sie wollen, das ist Faktum, das das Land Steiermark zu verantworten hat und sonst niemand.

Zu den Grünen möchte ich nur sagen: Der Herr Abgeordnete Schönleitner wirft uns Überheblichkeit vor, führt das selber durch, bezeichnet uns als „Blaue Bankräuber“. Das möchte ich auf das Schärfste zurückweisen. Als Freiheitlicher Abgeordneter der dem Landtages Steiermark hier untersteht ist, weise ich das hier von diesem Pult zurück und erwarte mir eine dementsprechende Entschuldigung von dir. Außerdem ist Wahlkampf. Man merkt das, du bist hoch nervös. Du willst auch hier den Wahlkampf hereintragen – nur zu. Es wird dir nichts helfen. Dass der Herr Grüne im Land Steiermark überhaupt noch nichts weitergebracht hat, weiß jeder, das Schulkind bis zum Pensionisten. In unserem Land hast du gar nichts und wirst auch weiterhin nichts zusammenbringen. *(Beifall bei der FPÖ)* Du hast noch nie einen ordentlichen Vorschlag gebracht, du hast noch nie Verantwortung übernehmen müssen in diesem Land, du hast noch keine Lösungen hier auf den Plan gebracht. Eher eine traurige Vorstellung, Kollege Schönleitner, mit der du wahrscheinlich am Ende der

Fahnenstange vielleicht noch einen Sitzplatz haben wirst. Danke. *(Beifall bei der FPÖ – 10.39 Uhr)*

Präsident Majcen: Danke, nächste Wortmeldung von Herrn Abgeordneten Dr. Murgg.

LTAbg. Dr. Murgg *(10.39 Uhr):* Geschätzter Herr Präsident, Herr Landeshauptmannstellvertreter, geschätzte Landesrätin und Landesräte, liebe Kolleginnen und Kollegen und vor allem geschätzte Zuhörerinnen und Zuhörer!

Ich wollte mich eigentlich gar nicht zu Wort melden, aber jetzt möchte ich doch, da die Diskussion ein bisschen in, Sie haben es gesagt, Kollege Deutschmann, in Wahlkampfgeplänkel abgeglitten ist, ein oder zwei Gedanken einbringen. Ich danke der Frau Landesrätin. Sie haben das ganz bündig noch einmal erklärt. Ich habe dann aber auch dazu noch etwas zu sagen. Vielleicht können Sie sich dann noch einmal zu Wort melden und das möglicherweise zurechtrücken. Ich glaube, wenn jemand behauptet, die FPÖ oder ihre Vorgängerorganisation in Kärnten – BZÖ oder FPK – wäre an diesem gewaltigen Skandal unschuldig, der behauptet Unsinniges. Das werden Sie auch ernstlich nicht behaupten. Wenn ich jetzt dem Kollegen Deutschmann zugehört habe, hat er auch gesagt, da ist Unheil angerichtet worden. Nur, Sie machen es sich, glaube ich, ein bisschen zu einfach. Sie tun so als wenn die FPÖ Steiermark oder auch die FPÖ im Bund heute mit dem BZÖ und mit der FPK quasi nichts mehr zu tun hätte. „Wir sind Steirer“, haben Sie reinggerufen, Herr Amesbauer. Das ist eine Denke, die kann man nicht tolerieren. Die FPÖ war an der Wiege dieses Skandals, aber man muss die Kuh im Dorf lassen. Die Haftungen sind auch von, Martinz ist heute schon genannt worden, ÖVP und SPÖ und ich behauptete sogar, ihr habt ein Glück gehabt, Sie nicken, weil Sie waren damals nicht in der Landesregierung, aber ich traue mich zu sagen, wenn die Grünen in der Landesregierung gewesen wären, hätten sie die Haftungen genauso mitbeschlossen. *(LTAbg. Lechner-Sonnek: „Ihr habt aber gar nichts gemacht!“)* Passen Sie auf, Sie brauchen sich nicht aufregen, es kommt noch das Aber. Die Haftungen alleine waren ja nicht das Schlimme, auch, aber das Schlimme an der Sache war ja und da ist Jörg Haider führend schuldig, dass aus einer Provinzbank versucht wurde mit fadenscheinigen Unternehmungen einen europaweiten, sage ich einmal, zumindest teileuropaweit Südosteuropa Player zu machen. Und das ist unter kriminellen Machenschaften passiert, da brauchen wir gar keine Griss-Kommission. Da gibt es vorher schon –zig Bücher dazu, beispielsweise die Finanzierung Kroatiens sogenannten Unabhängigkeitskrieges, der

über die Hypo gelaufen ist, das ist leider alles nicht wirklich ausgearbeitet worden, weil es offenbar auch Interessen gibt, die in die damalige Regierungspartei oder auch jetzige Regierungspartei, aber auch damals, ich sage einen Namen, Alois Mock, hineinreichen, dass man das unter den Teppich kehren will. Aber noch einmal, der wirkliche Kriminalakt hat nicht so sehr darin bestanden, dass das Land Kärnten für die Hypo haftet, sondern dass mit der Hypo kriminelle Dinge passiert sind. Das ist Nummer 1. Und jetzt kommt das Zweite, und da bin ich bei der ÖVP und das haben Sie gesagt, glaube ich – nein, nicht glaube ich, Sie haben es gesagt, Herr Kollege Deutschmann –, dass wir den ganzen Haftungsschlamassel jetzt am Hals haben, liegt am damaligen Finanzminister Pröll. Und auch da kann sich die ÖVP nicht irgendwie so aus der Verantwortung stehlen. Ich kann nur vermuten, wir alle vermuten nur, von wo hier die Weisung gekommen ist, in einer Nacht- und Nebelaktion, sozusagen die damalige Hypo-Alpe-Adria sich als Vertreter der Republik Österreich, als Mühlstein an den Fuß hängen zu lassen. So dumm ist der Pröll nicht gewesen, dass er sich über den Tisch ziehen hat lassen. Das behaupte ich einmal, sondern da ist von ganz oben offenbar eine Weisung gekommen, ich vermute Europäische Zentralbank, und wir wissen natürlich, wer in Wahrheit den Takt vorgibt und wie weit unsere führenden Politiker letztlich also auch die Befehle von ganz oben ausführen. Aber das wäre einmal interessant. Vielleicht wird dann der Hypo-Untersuchungsausschuss dazu einiges aufklären. Also, FPÖ ist entscheidend mit schuld. Die Haftungen alleine sind es nicht, sondern die kriminellen Machenschaften mit der Bank und die ÖVP kann nicht aus der Haftung entlassen werden. Das ist ein liebes Wortspiel gewesen, weil der Pröll sich das als Mühlstein um den Hals hat hängen lassen.

Jetzt komme ich noch ... – es blinkt schon, aber vielleicht sind noch ein oder zwei Sätze gestattet. Wenn die Frau Landesrätin sagt: „Na ja gut, die 150, das Achtel dann davon ist das Worst Cast Szenario und wir werden den Bund in die Haftung nehmen“, also wenn ich in den letzten Tagen richtig aufgepasst habe, dann hat der Finanzminister Schelling klar gesagt, dass es ein Wunschprogramm ist. Da wird der Bund keinen Cent zahlen und ich weiß nicht und deshalb würde ich Sie bitten, dass Sie sich vielleicht noch einmal zu Wort melden können, auf welcher gesetzlichen Grundlage Sie den Bund verpflichten wollen da die Geldbörse zu öffnen. Das ist das Erste und das Zweite: Von Kärnten ist nichts zu holen, auch der Verfassungsexperte Mayer hat ja auch klar gemacht, sehr wohl kann ein Land in Insolvenz gehen, da brauchen wir gar kein neues Gesetz, es geht schon jetzt, nur die Dinge, die für das – ich sage es jetzt nicht in Juristensprache, aber ich versuche es klar zu machen – normale Aufrechterhalten des Landes notwendig sind, dort kann der Kuckuck nicht rauf kommen; also

ein Spital, eine Straße, ein Kindergarten, ein Gemeindeamt. Ich fürchte, wenn man das alles abzieht, dann wird von dem, was in Kärnten wirklich zu verwerten ist, nicht viel übrigbleiben. Also auch da, weil die Frau Landesrätin gesagt hat: „Wir werden schauen, ob Kärnten nicht irgendetwas noch zahlen kann“, wird nicht viel zu holen sein. Und am Schluss – jetzt blinkt es eh schon so lange – ist mir noch ein Satz eingefallen, du lächelst, und gestattet: Weil heute spekuliert wurde, ob der FPÖ das nicht alles am Ende des Tages auf den Kopf fällt? Ich hoffe es, aber ich fürchte, der FPÖ wird es erst dann auf den Kopf fallen, wenn sie wieder selber in der Regierung sitzt – in der Bundesregierung nämlich, das haben wir eh schon einmal gehabt – dann werden sie wirklich ihre Versprechen umsetzen müssen und die werden sie nicht umsetzen können, weil sie selbst mit diesem System verfilzt und verhaftet sind. (*Präsident Majcen: „Herr Abgeordneter, bitte!“*) Dann wird es sie genauso zerreißen, wie damals in Knittelfeld. Das ist meine Prophezeiung und da wette ich sehr viel darauf. Danke (*Beifall bei der KPÖ – 10.46 Uhr*)

Präsident Majcen: Nächste Wortmeldung von Herrn Klubobmann Schwarz.

LTAbsg. Schwarz (10.47 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrter Herr Landeshauptmann, werte Mitglieder der Landesregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen! Abseits von all dem, was ich jetzt gehört habe, also der Kollege Murgg ist ja bekannt dafür, dass die Europäische Union für alles verantwortlich ist, aber wenn ich Ihnen jetzt richtig gefolgt bin, dass Sie behaupten, die Europäische Union sei für die Hypo-Pleite in Kärnten verantwortlich, also das ist ein Zusammenhang, der sich mir noch nicht erschlossen hat, (*LTAbsg. Klimt-Weithaler: „Das haben wir nicht gesagt. Sie müssen besser zuhören. Oder haben Sie das nicht verstanden?“*) aber man lernt in diesem Landtag ja jeden Tag und bei jeder Landtagssitzung etwas dazu. Also für mich ist vollkommen klar: Diese größte Bankenpleite in der Geschichte der Zweiten Republik ist Verantwortung der FPÖ, ist Verantwortung der FPÖ in Kärnten und es zeigt, wenn die FPÖ Regierungsverantwortung übernimmt, dann führt das zur größten Pleite in der Zweiten Republik und das muss hier gesagt werden, meine sehr verehrten Damen und Herren. (*Beifall bei der SPÖ und ÖVP*) Die Namen Scheuch – wird Ihnen bekannt sein; Rumpold – bekannt, Dobernig – bekannt, Dörfler – bekannt, stehen für Misswirtschaft und Korruption in diesem Land. (*LTAbsg. Amesbauer, BA: „Wer ist wegen der Hypo verurteilt worden?“*) Jeder Einzelne, ich hätte es mit. Jeder Einzelne hat Verfahren am Hals, steht oft vor Gericht. Das heißt, wenn FPÖ-

Verantwortliche in der Regierung stehen, dann stehen sie nachher mit einer sicheren Gewissheit vor Gericht. Das muss man den Menschen in diesem Land sagen, meine sehr verehrten Damen und Herren. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP)* Weil Sie wegen Verurteilungen fragen: Die Vorstände der Hypo-Alpe-Adria haben insgesamt bis jetzt Haftstrafen in der Höhe von 40 Jahren erhalten, *(LTabg. Amesbauer, BA: „Wie viele Freiheitliche sind da dabei?“)* für das, was sie in der Hypo-Alpe-Adria in den Jahren gemacht haben und das alles in Regierungsverantwortung der FPÖ. *(LTabg. Amesbauer, BA: „Welche Freiheitliche, einen Namen bitte!“)* Die FPÖ in Kärnten hat Manager in ihre Banken eingesetzt, die nach Ende ihrer Tätigkeit in der Bank 40 Jahre gemeinsam in Haft müssen. Und da wollen Sie mir erklären, die FPÖ hat mit allem nichts zu tun. Das ist ja vollkommen unglaublich, meine sehr verehrten Damen und Herren. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP)* Haider – und damals war die „Schicki-Micki Buberlpartie“ oder wie auch immer man sie nennt – ist durch das Land gezogen und hat Geld ausgegeben, als gäbe es kein Morgen. Sie haben sich gemeinsam Denkmäler bauen lassen. Der Kollege Lang hat es schon angesprochen – Schloss am Wörthersee, Seebühne Klagenfurt, Wörtherseestadion, Schloss Reifnitz, Seenkauf – das sind Denkmäler, die sich die ehemalige Haider Clique gebaut hat. Aber das sind keine Denkmäler, die für die Zukunft Kärntens stehen, sondern das sind Denkmäler der Misswirtschaft und des politischen Versagens, meine sehr verehrten Damen und Herren. Von den Immobilienpleiten und von denen, die sich an diesen Immobilienpleiten in Kroatien oder in Südosteuropa alle bereichert haben, möchte ich gar nicht sprechen. Die FPÖ hat ein Land de facto in die Pleite geführt. *(LTabg. Amesbauer, BA: „Das ist ja eine Lüge!“)* Und alle anderen Bundesländer und die Bewohnerinnen, die Menschen, die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler der anderen Bundesländer müssen für die Hybris der FPÖ in Kärnten aufkommen. Und Sie, meine sehr verehrten Damen und Herren von der FPÖ, stellen sich da her, und Herr Amesbauer hat mehrmals dazwischen geredet, dass es alles Lüge ist. Ich würde mir von der FPÖ in der Steiermark einmal erwarten, dass sie sich von diesen wahnsinnigen hybriden Projekten in Kärnten distanzieren und von den Vorgängern, die die FPÖ in Kärnten zu verantworten hat, meine sehr verehrten Damen und Herren. Davon sollen Sie sich distanzieren, und das wäre heute eine gute Gelegenheit dies zu tun, sehr geehrter Herr Amesbauer. Deswegen ist es ganz klar, dass wir verlangen, dass ... – der Kollege Kurzmann ist, glaube ich, nicht da und der Kollege Strache bräunt sich ja immer mehr in Ibiza und hat mit der Landes- und Bundespolitik offenbar nichts mehr zu tun. Die soziale Heimatpartei soll sich dazu bekennen, dass sie Verantwortung trägt, für das, was in Kärnten passiert ist, dass sie die Zukunft eines

Bundeslandes und damit auch die Zukunft anderer Bundesländer in Gefahr gebracht hat. Das wäre ein guter Anfang. Die Menschen sehen es, die Umfragen beweisen es, wir werden es aufzeigen: Die FPÖ ist verantwortlich dafür. Daher vielen Dank, meine sehr verehrten Damen und Herren. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP – 10.51 Uhr)*

Präsident Majcen: Danke, die nächste Wortmeldung ist von Herrn Klubobmann Amesbauer.

LTAbg. Amesbauer, BA *(10.51 Uhr):* Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Mitglieder der Landesregierung, sehr geehrte Damen und Herren, werte Zuseher!

Na ja, diese von der Grünen Fraktion angezettelte Märchenstunde hier lenkt ja nur von zwei Dingen ab. Einerseits lenkt es vom Versagen und von der Nichtexistenz in der politischen Landschaft der Grünen Partei ab. Das werden wir bei der Gemeinderatswahl wieder sehen, ihr werdet nichts reißen. In meinem Bezirk Bruck/Mürzzuschlag seid ihr eigentlich gar nicht vorhanden, außer in wenigen Städten und natürlich die Reformpartner, die selbsternannten, nutzen dieses Thema, um vom eigenen Versagen in diesem Land Steiermark abzulenken, meine Damen und Herren. Wir sind immer noch im Landtag Steiermark, das ist einmal eingangs gesagt. *(Beifall bei der FPÖ)* Herr Kollege Schwarz, an Ihre Seite, Sie wollen, dass wir Verantwortung übernehmen. Ja, das hat es gegeben. Der Kollege Deutschmann hat es gesagt. Die Freiheitliche Partei auf Bundesebene sagt es. Die Landeshaftungen in Kärnten waren ein Skandal. Das war der Ausgang des Übels. Das ist richtig und das stellt niemand in Abrede. Abgesehen davon, dass damals ein BZÖ-Landeshauptmann am Werk war und kein Freiheitlicher. *(Heiterkeit bei der SPÖ und ÖVP)* Aber bitte, Sie vergleichen das halt so. Ja, die Haftungen, die unter Jörg Haider übernommen wurden, waren der Ausgangspunkt und das Grundübel dieses Skandals. Aber die Wahrheit ist auch, dass Jörg Haider, der ja bekanntlich tot ist und sich nicht mehr wehren kann, er ist angeblich bei einem Autounfall gestorben, dass Jörg Haider im Land Kärnten niemals eine Mehrheit gehabt hat, sehr geehrte Kollegen, und die SPÖ und die ÖVP alle Landeshaftungen für die Hypo immer mitbeschlossen haben. Da müssen wir schon bei der Wahrheit bleiben. *(Beifall bei der FPÖ)* Meine sehr geehrten Damen und Herren, Sie haben die Gerichtsverfahren aufgelistet. Ich habe gesagt, der Herr Kollege Schwarz soll mir den Namen eines Freiheitlichen nennen, der im Zusammenhang mit der Hypo vor Gericht steht oder gerichtlich belangt wurde. Hat er mir nicht sagen können. *(LTAbg. Schwarz: „Rumpler, ...“)* Faktum ist, im Gefängnis in Kärnten sitzt der ÖVP Landesrat Josef Martiz. Im Gefängnis sitzt übrigens auch der ehemalige Innenminister

Strasser und vor dem Kadi steht in der Steiermark die ehemalige ÖVP EU-Abgeordnete Hella Ranner, nur so viel zur Vollständigkeit. Also, ein Freiheitlicher sitzt nicht im Gefängnis, ein ÖVP-ler. Und was man auch nicht vergessen darf, der jetzige Landeshauptmann des Landes Kärnten, der Herr Kaiser, hat damals als Landtagsabgeordneter diesen Haftungen selbst zugestimmt. Also, das darf man nicht vergessen. Das macht die Sache natürlich nicht besser, aber man sollte schon bei der ganzen Wahrheit bleiben. Also ja, nochmals, es sind die Ausgangspunkte und der Sündenfall dieser unverantwortlichen Haftungen, von denen ich mich und die FPÖ Steiermark und auch die Bundes-FPÖ sich entschieden distanzieren. Aber man muss auch sagen, dass kein Freiheitlicher dort jemals eine Mehrheit gehabt hat, dass ÖVP und SPÖ mitgestimmt haben und vor allem, der Kollege Murgg hat hier ausgeführt, was ja auch unfassbar war, im Nachhinein der Griss-Bericht der unabhängigen Untersuchungskommission liegt ja am Tisch und der sagt und beweist eindeutig, dass es keine Notwendigkeit zur sogenannten Notverstaatlichung gegeben hat. Das heißt, bei Notverstaatlichung hat die Not gefehlt. Denn eines muss man auch sagen: Der von Ihnen so verachtete Jörg Haider hat diese Bank gewinnbringend sogar noch an die Bayrische Landesbank, an die Bayern verkauft. (*LTA*bg. Schwarz: „Die Bayern bedanken sich jeden Tag dafür!“) Der ÖVP Finanzminister Pröll hat diese Ramschbank von den Bayern zurückgekauft und da sind die Milliarden erst gewachsen, Herr Kollege. Man muss ja bei der Wahrheit bleiben. Sie lügen ja in einer Tour die Menschen an. Das ist ja sensationell. Das ist der größte Bankenskandal dieser Republik, das ist unbestritten. Darum ist es so wichtig, dass es diesen Untersuchungsausschuss auf Bundesebene gibt im Nationalrat, denn übrigens die FPÖ als erste Partei vor Jahren schon beantragt hat, immer wieder von ÖVP und SPÖ abgelehnt wurde. Also da ist auch die Frage zu stellen, ob nicht Rot und Schwarz da einiges zu verbergen haben (*LTA*bg. Schwarz: „Es hat auch einen Untersuchungsausschuss in Kärnten gegeben, oder?“) im Zusammenhang mit dem Rückkauf dieser Pleitebank Hypo. Und ich erinnere daran, dass auch wir hier im Landtag Steiermark als Freiheitliche einen Antrag gestellt haben, um die Bundesregierung aufzufordern auf Bundesebene endlich so einen Untersuchungsausschuss einzusetzen. Der wurde von SPÖ und ÖVP abgelehnt, Lambert, und du weißt das genau. Abschließend möchte ich nur sagen, die Menschen draußen, die checken was da abgeht. Die checkend was da los ist. Wenn Sie sagen, wir sollen die Umfragen anschauen, seit Wochen ist die FPÖ bundesweit auf Platz 1. In der Steiermark sind wir auch schon seit Wochen über 20 %. Wir haben keine Angst vor den Wahlen. (*LTA*bg. Schwarz: „Wir auch nicht!“) Wir stellen uns den Bürgern, wir sind bereit Verantwortung zu

übernehmen und im Gegensatz zu den Grünen, die nichts weitergebracht haben in diesem Land, die keinen Beitrag leisten, die alles nur schlecht reden, die gegen jedes kleine Kraftwerk protestieren und die sich überall nur wichtigmachen und jetzt auch gerichtliche Probleme haben, diese Menschen wollen wir in der Regierung verhindern, meine Damen und Herren. Und jetzt, denke ich, ist es an der Zeit, dass wir das machen, für das wir hier sind: Für die Steiermark zu arbeiten und jetzt ist auch Zeit nicht vom laufenden Wahlkampf, der ja begonnen hat, ja wir sind ja schon im Wahlkampf dank SPÖ und ÖVP, wir sind froh, denn jeder Tag, an dem diese Regierungsbank in der Steiermark nicht mehr das Sagen hat, ist ein guter Tag für die Steiermark, das ist der Punkt eins. (*LTabg. Schwarz: „Sie sind der Erste, der von Wahlkampf redet“ - Beifall bei der FPÖ*) Wir sind gerüstet für den Wahlgang und wir sind bereit auch diese Versagerregierung abzulösen. (*Beifall bei der FPÖ – 10.57 Uhr*)

Präsident Majcen: Nächste Wortmeldung von Herrn Abgeordneten Schönleitner.

LTabg. Schönleitner (*10.57 Uhr*): Danke, Herr Präsident! Werte Regierungsmitglieder, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Ich glaube, das Reinsteigern wahlkampfrhetorisch bringt nichts. Jetzt bist du richtig heißgelaufen, man hat es richtig gemerkt am Schluss. Mag sein, dass ihr gewinnt, aber man merkt schon, mit dieser Emotionalität, was du für eine Macht aufbringen musst, damit du den Hypo-Skandal wegbringst. (*LTabg. Amesbauer, BA: „Leidenschaftlich!“*) Aber du bringst ihn halt nicht weg, darum bist immer noch lauter geworden und irgendwann ist, glaube ich, die Zeit abgelaufen. Was natürlich richtig ist und das ist mir schon wichtig noch einmal zu sagen, weil, Frau Finanzlandesrätin, das sage ich schon auch in Ihre Richtung: Sie haben es auch in Richtung FPÖ geschoben, es hat halt zwei Phasen gegeben bei diesem Hypo-Skandal. Die eine Phase war die Phase der Verursachung. Das war eine Blaue Phase, ganz klar - Blau-Orange, ich meine das ist ja wirklich nahezu lächerlich, wenn sich da heraußen wer von der FPÖ vom ehemaligen Kärntner Landeshauptmann distanziert, weil er ja dann orange in der Farbe gewesen ist. Ich meine, wer glaubt euch denn das noch? Ich meine, damit ihr mit dem nichts zu tun gehabt habt. (*LTabg. Amesbauer, BA: „Das war ja so!“*) Das war ja so, aber ich meine, entschuldige, du weißt doch ganz genau, wie ihr ihn verherrlicht habt, wie ihr gesagt habt: „Das ist ein Wahnsinn und endlich geht einmal etwas weiter und bewegt sich was.“ Wir haben allerdings gesehen, wohin das geführt hat mit der seinerzeitigen Bundesregierung, jetzt mit der Hypo. Das war nicht gerade die hohe Qualität, die die FPÖ oder das Umfeld der FPÖ

in der Regierungsverantwortung an den Tag gelegt hat. Das war die Verursacherphase, auf das wollte ich hinaus. Aber es ist natürlich richtig, Frau Finanzlandesrätin, es hat eine zweite Phase gegeben, das wissen wir, wo natürlich auch ÖVP und SPÖ in der Aufklärung, wo es um die Bankenaufsicht gegangen ist; wo es um das schnelle Handeln gegangen ist, über ganz, ganz einen langen Zeitraum letztendlich die Sache nicht aufgeklärt hat. Wo sie nicht Transparenz walten hat lassen. Wir erinnern uns natürlich noch an den Kanzler Faymann, der gesagt hat: „Untersuchungsausschuss ewig nicht.“ Also wo sie voll auf die Bremse gestiegen sind. Kollege Amesbauer, weil du gesagt hast, ihr habt einen Antrag auf Untersuchungsausschuss eingebracht. Du weißt ganz genau, wer den Untersuchungsausschuss letztendlich durchgesetzt hat und zwar in anderer Weise, als du ihn gewollt hast. Denn ihr habt ja nur den Zeitraum, den späteren, wollen. Das war auch beim Landtagsantrag so und unser Antrag hat gelautet, er geht in die Richtung des gesamten Skandal von vorne bis hinten, von der Entstehung bis zu den Verantwortungen später aufzuklären. Ihr habt eure Zeit, das war ja restlos naiv muss ich da sagen, ihr habt euren Verantwortungszeitraum, kann ich dir dann zeigen, im Antrag grundsätzlich ausgenommen. (*LTabg. Amesbauer, BA: „Wir haben eh zugestimmt!“*) Ja, nachher habt ihr zugestimmt, wie wir da mit der ÖVP und SPÖ verhandelt haben und den Untersuchungsausschussappell nach Wien geschickt haben. Ich meine, da habt ihr euch ja doch nicht mehr hinstellen können und sagen können: „Nein, jetzt sind wir nicht dafür, weil es nicht unser Antrag war.“ Dann habt ihr zugestimmt. Aber es ist von uns gekommen. Das möchte ich nur damit festhalten.

Herr Dr. Murgg, ein bisschen hat es mich schon schockiert, ich meine, ich möchte nicht näher darauf eingehen, aber wenn Sie da einfach heraußen sagen: „Wären die Grünen in Kärnten in der Regierung gesessen, hätten Sie wahrscheinlich auch zugestimmt.“ Das ist insofern ein starkes Stück, das muss ich Ihnen schon sagen, denn Sie wissen genauso wie ich, dass der Rolf Holub, der Aufdecker schlechthin war. Wir haben mehrmals Anzeigen einbringen müssen bei der Staatsanwaltschaft, dass sich überhaupt irgendetwas bewegt hat. Und es waren die Grünen und sonst niemand, die diesen Skandal überhaupt in der Aufdeckung ins Rollen gebracht haben. (*Beifall bei den Grünen*) Darum ist es schon wirklich ziemlich kühn, wenn Sie da heraußen sagen, das ärgert mich fast ein bisschen: „Ja, wenn die Grünen drinnen gesessen wären, hätten sie eh auch zugestimmt.“ Was für einen Skandal haben Sie denn schon aufgedeckt? Ich weiß es nicht, aber in diesem Fall war es der Rolf Holub, das war wirklich eine ganz wichtige Arbeit und auch auf Bundesebene ist es so, das bleibt Ihnen ja nicht verborgen, dass mit Werner Kogler und den Grünen hier qualitative Aufklärungsarbeit im

Hypoausschuss geleistet wird. Aber ÖVP und SPÖ werden am Ende natürlich auch sagen müssen, vor allem der seinerzeitige Finanzminister Pröll, warum es zu dieser Notverstaatlichung gekommen ist. Es ist schon grundsätzlich richtig, das war ein entscheidender Moment, wo man gesagt hat: „Warum ist das in dieser Form zustande gekommen?“ Ich glaube, es muss unser aller Anliegen sein, dass wir es am Ende schaffen mit dem Hypo-U-Ausschuss, die Sachen so am Tisch liegen zu haben, dass es klare Konsequenzen gibt, auch gesetzliche, was die Kontrolle anlangt. Weil die Kontrolle hat absolut versagt und die Kontrolle war nicht nur im FPÖ Bereich, die war auch bei der SPÖ, sie war auch bei der ÖVP. Wenn die Finanzmarktaufsicht und andere Institutionen, die Nationalbank, alles was wir gehabt haben, die alle, alle Institutionen, die wir gehabt haben, haben letztendlich versäumt rechtzeitig auf das Desaster hinzuweisen. Und das ist schon etwas, was man, glaube ich, für die Zukunft sehen muss, dass es nie wieder passieren darf. Wenn es am Ende des Ausschusses so etwas gibt wie gesetzliche Novellen, die das sicherstellen, dann haben wir, glaube ich, wirklich etwas gewonnen in dieser Causa. Die Steiermark ist angesprochen worden in ihrer Finanzverfassung. Frau Finanzlandesrätin, es ist schon so, ich habe mir noch einmal den Rechnungshofbericht 2014/4 herausgenommen, weil wir ja heute über Haftungen geredet haben, schreibt der Bundesrechnungshof wieder: „Der Rechnungshof sah das hohe Haftungsvolumen des Landes Steiermark kritisch. Er wies darauf hin, dass ein Schlagendwerden, auch eines Teils dieser Haftungen, gravierende Auswirkungen auf die finanzielle Situation des Landes zur Folge hätte.“ Denn es ist ja auch so, dass wir für die Hypo, ich glaube, es sind jetzt 2,3 Milliarden Euro Gesamthaftung haben, nämlich für unsere Landeshypo von Landesseite übernommen. Und das wird ja was sein, was in Zukunft abgebaut werden muss. Das ist ja auf europäischer Ebene eingefordert gewesen. Herr Dr. Murgg, das war übrigens auch – entschuldigen Sie mir den Ausdruck – ein völliger Blödsinn, dass Sie das nach Europa geschoben haben. Es war vielmehr ganz anders. Die europäische Ebene hat Druck auf die Republik ausüben müssen, damit die gesetzlichen Grundlagen besser werden, dass z. B. bei den Landeshypos diese Haftungsgeschichte herauskommt. Das war ganz klar so. Es hat 2002 das eingeleitete beihilfenrechtliche Verfahren gegeben in diesem Zusammenhang, wo die Europäische Union darauf gedrängt hat, nämlich aus diesen Haftungen der Länder für die Hypos herauszugehen, weil die Hypos haben ja mittlerweile nicht mehr die ursächliche, ursprüngliche Aufgabe gehabt, nämlich fast nur in einem sozialen Anliegen günstige Kredite zur Verfügung zu stellen, sondern die haben ja, es ist ein Wahnsinn gewesen (*Präsident Majcen: „Herr Abgeordneter, bitte“.*) – ich bin sofort fertig, Herr

Präsident –, de facto ganz normales Bankengeschäft gemacht und darum hat die Europäische Kommission darauf gedrängt, dass es da auch nicht die quasi Haftungen der Länder im Hintergrund geben kann, weil das völlig verzerrend ist und das letztendlich auch im Sinne der Steuerzahler nicht zu verantworten ist. Also, das habe ich nicht verstanden, warum Sie das gesagt haben.

Mir war sehr wichtig, dass wir diese Aktuelle Stunde heute hier gemacht haben. Ich glaube, es war eine gute Debatte. Antworten, Frau Finanzlandesrätin, haben mir ein bisschen gefehlt. Sie haben gesagt vage – ich hätte mich schon gefreut, wie Ihr Worst-Case-Szenario aussieht, mit wie viel rechnen Sie 2015, 2016, denn man hört ja doch, wenn man sich verschiedene Berichte, auch aus anderen Bundesländern anschaut, dass es schlagend werden könnte. Damit bin ich schon am Ende. Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei den Grünen – 11.05 Uhr)*

Präsident Majcen: Danke, die nächste Wortmeldung ist von Herrn Abgeordneten Lercher.

Ich muss, bevor ich ihm das Wort erteile, vom Recht Gebrauch machen, diese Aktuelle Stunde geschäftsordnungsgemäß um 30 Minuten zu verlängern. Es wäre die Stunde jetzt um. Um die zwei weiteren oder noch vorliegenden Wortmeldungen abwickeln zu können, verlängere ich also diese Aktuelle Stunde um 30 Minuten und bitte Herrn Abgeordneten Lercher zum Rednerpult.

LTAbg. Lercher *(11.05 Uhr):* Sehr geehrter Herr Präsident, werte Landesregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, Zuhörerinnen und Zuhörer!

Also, was der Kollege Amesbauer hier vorne gespielt hat, das ist ein starkes Stück. *(LTAbg. Amesbauer, BA: „Bereicherung der Sitzung!“)* Ich habe mich lange nicht mehr hinreißen lassen, aber heute lasse ich mich wieder einmal darauf ein, lieber Hannes. Denn eines sage ich dir, FPÖ ist gleich Korruption. Das haben wir in der Zweiten Republik erlebt. *(LTAbg. Amesbauer, BA: „Das ist jetzt aber ein Ordnungsruf!“)* Das haben wir in der Zweiten Republik erlebt, wenn man sich das Sündenregister dieser Partei anschaut. *(Beifall bei der SPÖ – LTAbg. Amesbauer, BA: „Das ist ein strafrechtlicher Tatbestand!“)* Und dass du deinen eigenen Landesregierer als Versager bezeichnest, das ist ein weiteres starkes Stück. Du hast die gesamte Landesregierung als Versagerregierung bezeichnet und da sitzt auch ein FPÖ-Regierungsmitglied drinnen. Das muss man jetzt einmal feststellen. *(Präsident Majcen: „Herr Abgeordneter, bitte. Das ist nicht zulässig, zu sagen: FPÖ ist Korruption. Das ist nicht*

zulässig. Ich bitte dich das zurückzunehmen.“) Ich nehme das zur Kenntnis. Ich entschuldige mich für diese Aussage in der Hitze des Gefechtes. Die FPÖ steht nicht für Korruption, aber die FPÖ hat, und das kann man nicht wegweisen, unglaubliche Korruptionsfälle in der Zweiten Republik fabriziert und das ist ein Fakt. Das heißt, ich setze es nicht mit der Partei gleich, aber ich nehme nicht zurück, dass in der Zweiten Republik die FPÖ so viele Korruptionsfälle fabriziert hat wie keine andere Partei in diesem Land. (Beifall bei der SPÖ) Und jetzt kann man zu Recht auch die Bundesregierung da oder dort auch kritisieren. Das machen auch die steirischen Parteien in der Reformpartnerschaft, wenn es notwendig ist. Wir sind auch vorangegangen und haben den Untersuchungsausschuss gefordert. Aber eines sei euch ins Stammbuch geschrieben: Die FPÖ hat diesen Skandal verursacht und diese Distanzierungen sind ja alle nur halbherzig. (LTabg. Amesbauer, BA: „Warum hat der Kaiser mitgestimmt?“) Warum glorifiziert Strache Haider immer noch per Facebook? Warum immer noch bei jeder Gelegenheit, wenn es gerade ins politische Konzept passt? Kann man sich gerne anschauen. Wo sind hier die Distanzierungen? (LTabg. Amesbauer, BA: „Distanzierst du dich von Kaiser. Kaiser hat mitgestimmt!“) Niemand kann darlegen, wie man FPÖ, BZÖ, FPK noch in irgendeiner Art und Weise trennen sollte. Und die Überheblichkeit, die die Steirische FPÖ an den Tag legt, die wird euch auch noch auf den Kopf fallen. (LTabg. Amesbauer, BA: „Das sagt der Reformpartner!“) Weil da hat der Lambert Schönleitner schon recht. So wie ihr durch dieses Land fahrt, da übernehmt ihr nicht Verantwortung, wie ihr sagt, da macht ihr leere Versprechungen. Und ich wünsche euch in Wahrheit, dass ihr am Ende des Tages mehr Plakate aufgestellt habt, als ihr Stimmen habt. Alles Gute. (Beifall bei der SPÖ – 11.08 Uhr)

Präsident Majcen: Damit ist die Liste der Wortmeldungen erschöpft. Als abschließende Wortmeldung darf ich daher Frau Landesrätin Vollath noch einmal das Wort erteilen.

Landesrätin Dr. Vollath (11.08 Uhr): Herr Präsident, werte Abgeordnete, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer, Kollegen auf der Regierungsbank natürlich!

Kompakt abschließend noch einmal das Wesentliche, auch auf Ihre Frage hin, Herr Schönleitner. Es war inhärent, aber ich sage es jetzt wortwörtlich noch einmal, es geht jetzt zuerst um die Sicherstellung der Liquidität der Pfandbriefstelle während der Dauer des Moratoriums. Dazu gibt es ein klares Bekenntnis und an der Art der Umsetzung wird es derzeit im Verband der Österreichischen Landeshypothekenbanken intensiv gearbeitet. Das

heißt, was passiert jetzt in welcher Reihenfolge? Zuerst, es geht jetzt um Verhandlungen des Bundes, der hier als Alleineigentümer der HETA einfach in Verantwortung ist. Dann wird am Ende dieser Verhandlungen, also im Jahr 2016, erst klar sein, gibt es einen Schuldenschnitt und wenn ja, in welcher Höhe? Dann wird es um die Verwertung der HETA gehen. Ist nach heutiger Sicht einfach nicht zu sagen. Das sind ja jetzt Schätzungen, Hochrechnungen, aber was am Ende des Tages bei der Verwertung wirklich unter dem Strich bleibt, danach, für einen dann stehenden Rest gibt es die Ausfallhaftung von Kärnten. Und aus heutiger Sicht ist auch diese Frage offen, was diese Ausfallhaftung tatsächlich wiegt. Wir wissen alle, ein Insolvenzrecht von Bundesländern ist eine derzeit offene Frage in Österreich. Deswegen, da die Liquidität während des Moratoriums ja vorerst gewährleistet ist, wird das Budget 2015 durch diese Causa keine unmittelbare Belastung erfahren. Auf Grund der großen Komplexität dieser von mir geschilderten Fragestellungen rechne ich aus heutiger Sicht auch nicht damit, dass dann in den nächsten ein bis zwei Jahren schon die abschließende Lösung da ist und dass das umfassend geklärt ist. Aber noch einmal ganz klar, wie auch immer, welche Fortsetzung diese Causa auch immer erfährt, wir werden alle rechtlichen und alle politischen Möglichkeiten – und in meinem Statement war das, glaube ich, klar dargelegt, dass es etliche Möglichkeiten gibt – die werden wir umfassend ausschöpfen, damit jeglicher Schaden von den Bürgerinnen und Bürgern unseres Landes abgehalten wird. Danke. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP – 11.11 Uhr)*

Präsident Majcen: Meine sehr geehrten Damen und Herren, es liegt keine weitere Wortmeldung vor. Daher erkläre ich die Aktuelle Stunde für beendet.

Am Montag, dem 9. März 2015, hat um 08.30 Uhr der Ausschuss für Wissenschaft über die Regierungsvorlage, Einl.Zahl 3133/1, betreffend Gesetz, mit dem das Grazer Altstadterhaltungsgesetz 2008 geändert wird (5. GAEG-Novelle) sowie über die Regierungsvorlage, Einl.Zahl 3130/1, betreffend Evaluierungsbericht zur Grazer Altstadtanwaltschaft beraten und zu diesen Regierungsvorlagen die in den Schriftlichen Berichten, Einl.Zahl 3133/4 und Einl.Zahl 3130/3, enthaltenen Ausschussanträge gefasst.

Die Behandlung der genannten Tagesordnungspunkte wird an folgenden Stellen stattfinden:

Tagesordnungspunkt N1 (Einl.Zahl 3133/4) nach Tagesordnungspunkt 7

Tagesordnungspunkt N2 (Einl.Zahl 3130/3) nach Tagesordnungspunkt 8

Gemäß § 39 Abs. 5 GeoLT 2005 ist für die Ergänzung der Tagesordnung die Zustimmung der Zweidrittelmehrheit der anwesenden Mitglieder erforderlich.

Wenn Sie diesem Vorschlag zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich sehe keine Gegenstimme, stelle daher die einstimmige Annahme fest.

Ich komme zur Bekanntgabe von schriftlichen Anfragen und Anfragebeantwortungen:

Ich teile dem Hohen Haus mit, dass gem. § 66 Abs. 1 GeoLT 2005 18 schriftliche Anfragen eingebracht wurden und zwar von Abgeordneten der SPÖ – eine Anfrage; der FPÖ – sieben Anfragen, der Grünen – fünf Anfragen, sowie der KPÖ – fünf Anfragen.

Die Anfragen wurden an folgende Regierungsmitglieder eingebracht:

Landesrat Dr. Christian Buchmann – eine Anfrage, Landesrat Mag. Christopher Drexler – drei Anfragen, Landesrat Dr. Gerhard Kurzmann – fünf Anfragen, Landesrat Mag. Michael Schickhofer – eine Anfrage, Landeshauptmannstellvertreter Siegfried Schrittwieser – drei Anfragen, Erster Landeshauptmannstellvertreter Hermann Schützenhöfer – eine Anfrage, Landesrätin Dr. Bettina Vollath – zwei Anfragen und Landeshauptmann Mag. Franz Voves – zwei Anfragen

Es wurden 22 Anfragebeantwortungen gem. § 66 Abs. 3 GeoLT 2005 seitens folgender Regierungsmitglieder eingebracht:

Landesrat Dr. Christian Buchmann – eine Anfragebeantwortung, Landesrat Mag. Christopher Drexler – vier Anfragebeantwortungen, Landesrat Dr. Gerhard Kurzmann – vier Anfragebeantwortungen, Landesrat Mag. Michael Schickhofer – zwei Anfragebeantwortungen, Landeshauptmannstellvertreter Siegfried Schrittwieser – zwei Anfragebeantwortungen, Erster Landeshauptmannstellvertreter Hermann Schützenhöfer – zwei Anfragebeantwortungen, Landesrat Johann Seitinger – zwei Anfragebeantwortungen, Landesrätin Dr. Bettina Vollath – eine Anfragebeantwortung

Und Landeshauptmann Mag. Franz Voves – vier Anfragebeantwortungen

Weiters wurde am Dienstag, dem 24. Februar 2015 um 13.27 Uhr von den Abgeordneten der FPÖ eine Dringliche Anfrage an Herrn Landeshauptmannstellvertreter Siegfried Schrittwieser, betreffend „Die rote Asylconnection: SPÖ + Jugend am Werk + Asylwerber = lukratives Geschäftsfeld“ eingebracht.

Die Behandlung dieser Dringlichen Anfrage werde ich im Sinne des § 68 Abs. 2 GeoLT 2005 nach Erledigung der Tagesordnung durchführen, jedenfalls aber um 16.00 Uhr beginnen. Nach Beantwortung der Dringlichen Anfrage findet gemäß § 68 Abs. 1 GeoLT 2005 die Wechselrede statt.

Nunmehr gehe ich zur Tagesordnung im Sinne des § 39 Abs. 3 GeoLT 2005 über. Ich ersuche um Wortmeldungen zu den einzelnen Tagesordnungspunkten der heutigen Sitzung gemäß § 55 GeoLT 2005.

Ich komme zum Tagesordnungspunkt

1. Bericht des Ausschusses für Gesundheit über den Antrag, Einl.Zahl 2615/1, der Abgeordneten Hannes Amesbauer, BA, Dipl.-Ing. Gunter Hadwiger, Anton Kogler und Mag. Dr. Georg Mayer, MBL betreffend Stipendienmodell für Medizinstudenten.

Berichterstatter ist Herr LTAbg. Dipl.-Ing. Gunter Hadwiger. Ich erteile ihm das Wort zur Berichterstattung.

LTAbg. Dipl.-Ing. Hadwiger (11.16 Uhr): Danke, Herr Präsident! Werte Landesräte, sehr geehrte Kollegen und Kolleginnen, liebe Gäste!

Die Einl.Zahl 2615/1, Stipendienmodell für Medizinstudenten.

Der Ausschuss "Gesundheit" hat in seinen Sitzungen vom 25.03.2014 und 03.03.2015 über den oben angeführten Gegenstand die Beratungen durchgeführt.

Zum Antrag der Abgeordneten Hannes Amesbauer, BA, Dipl.-Ing. Gunter Hadwiger, Anton Kogler, Mag. Dr. Georg Mayer, MBL liegt seitens der Steiermärkischen Landesregierung eine Stellungnahme vor:

Der Ausschuss "Gesundheit und Pflege" stellt den Antrag: Der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht des Ausschusses für Gesundheit zum Antrag, Einl.Zahl 2615/1, der Abgeordneten Hannes Amesbauer, BA, Dipl.-Ing. Gunter Hadwiger, Anton Kogler, Mag. Dr. Georg Mayer, MBL betreffend Stipendienmodell für Medizinstudenten wird zur Kenntnis genommen. Ich bitte um Annahme. Danke. (11.17 Uhr)

Präsident Majcen: Danke für diese Berichterstattung. Ich bitte den Herrn Abgeordneten Hadwiger gleich um seine Wortmeldung.

LTabg. Dipl.-Ing. Hadwiger (11.17 Uhr): Danke, Herr Präsident!

Die ursprüngliche Intention unseres Antrages war angesichts der Tatsache, dass viele österreichische Jungmediziner nach ihrer universitären Ausbildung ins Ausland abwandern, dieser Entwicklung entgegenzusteuern. Durch ein Stipendienmodell könnte eine entsprechende Bindung an das Bundesland erreicht werden. Die Stellungnahme, die doch einige Zeit in Anspruch genommen hat, das Stück stammt aus dem März 2014, erläutert sehr ausführlich die rechtlichen Probleme und die eventuell zu bedenkenden Voraussetzungen zur Implementierung eines solchen Stipendienmodells. Zur möglichen Umsetzung dieser oder ähnlicher Maßnahmen findet sich jedoch nichts. Eine in der Stellungnahme enthaltene Aussage der KAGes zum Thema der Abwanderung betrifft die Situation der Turnusanwärter. Die Anzahl ist von 321 im Jahre 2009 auf 169 im Jahre 2012 zurückgegangen. Das ist nahezu eine Halbierung. Diese Reduktion der Turnusanwärter ist zwar in Bezug auf die Wartezeit durchaus positiv zu sehen, nicht jedoch angesichts der logischen Folgeerscheinungen im Gesundheitswesen. Zwei Gründe kann man hier klar erkennen: Einerseits greift inzwischen die Studienplatzbeschränkung auf 350 Studierende voll, andererseits kann in Deutschland die Fachärzteausbildung ohne Turnus gemacht werden, was natürlich eine Verkürzung der Ausbildungszeit und für uns einen Nachteil bringt. Dazu kommt noch das klinisch-praktische Jahr, das in Deutschland im Gegensatz zu Österreich entschädigt wird. Laut einer Studie der ÖA, die vorige Woche in der Zeitung teilweise veröffentlicht wurde, beträgt der Anteil der österreichischen Studenten im letzten Studienabschnitt, die ins Ausland gehen wollen, bereits 53 %. Das heißt mehr als die Hälfte der Medizinstudenten machen keine weiterführende Ausbildung in Österreich. Was sind nun die Gründe für diese Abwanderung? Erstens einmal, und das ist interessant, ist es da zu erwartende Gehalt. Ein weiterer Punkt die Qualität und das Spektrum der weiteren medizinischen Ausbildung, die Arbeitsbedingungen und das sogenannte work-life-balance, also das Zusammenspiel von Arbeit und dem privaten Leben. Gerade hier wäre eine Bindung von auch und vor allem fertig ausgebildeten Ärzten durch ein Stipendienmodell sinnvoll. Die KAGes bezieht sich naturgemäß auf den Spitalsbereich und die Ausbildung zu praktischen bzw. Fachärzten. Aber auch der extramurale Bereich wird zunehmend vom Ärztemangel betroffen sein. Alles in allem ist die Politik gefordert die Rahmenbedingungen für die Ausbildung der Humanmediziner zu verbessern. In der Stellungnahme, Herr Landesrat, beziehen Sie sich auf ein Programm der KAGes zusammen mit der Ärztekammer und der Med-Uni Graz, das die Attraktivität der steirischen Landeskrankenhäuser für junge Ärzte steigern soll. Außerdem geben Sie bekannt, dass zu

diesem Thema eine aktuelle Studie erarbeitet wird. Es wäre interessant zu erfahren, bis wann mit dieser Studie zu rechnen ist. Auch wenn Sie weiters in Ihrer Stellungnahme feststellen, dass das Setzen von Anreizen für Humanmediziner für den Verbleib in der Steiermark nicht Aufgabe des Wissenschaftsressorts ist, so glaube ich wohl, dass die Gesundheitspolitik und das Gesundheitsressort im Besonderen für die flächendeckende ärztliche Versorgung in der Steiermark zumindest mitverantwortlich ist. Ich danke für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der FPÖ - 11.22 Uhr)*

Präsident Majcen: Danke, bevor ich der nächsten Rednerin, nämlich der Frau Abgeordneten Lechner-Sonnek das Wort erteile, möchte ich die Damen und Herren des Seniorenbundes der Ortsgruppe Hatzendorf unter der Leitung von Herrn Anton Hirschmugl ein herzliches Grüß Gott sagen und danke für das Interesse an dieser Landtagsarbeit. Herzlich willkommen. *(Allgemeiner Beifall)*

LTabg. Lechner-Sonnek (11.22 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, werte Mitglieder der Landesregierung, sehr geehrte Damen und Herren im Zuschauerraum, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

Anders als beim letzten Punkt, nämlich in der Aktuellen Stunde, würde ich meinem Vorredner von der FPÖ in großen Zügen gleich einmal Recht geben. Es stimmt, was er aufgezeigt hat, im Übrigen nicht das erste Mal. Wir Grünen haben einige Anträge in dieser Hinsicht auch eingebracht, weil wir glauben, dass das Land sehr wohl was dafür tun kann. Erstens einmal, dass wir eine gute Ausbildung anbieten hier in unserem Land, dass es attraktiv ist für Menschen, die in der Steiermark Medizin studieren auch hier zu arbeiten, hier zu bleiben und zwar zusätzlich dazu nicht nur in Graz, im Zentralraum, sondern auch in den Regionen sich niederzulassen. Es macht einen riesigen Unterschied, ob die jungen Medizinerinnen und Mediziner das so sehen, ob sie gerne bei uns in der Steiermark bleiben, ob sie gerne auch in den Regionen arbeiten. Das macht deswegen einen Unterschied, weil im Endeffekt die Sicherheit der Gesundheitsversorgung ja weniger mit dem Spital zu tun hat, sondern in erster Linie mit dem Hausarzt und der Hausärztin zu tun hat. Wenn man jemanden hat, wo man weiß, dass man hingehen kann, dass man einander schon kennt, dass diese Person erreichbar ist, wenn es ein Problem gibt, oder zumindest im Notfall auch eine gute Stellvertretung da ist, dann ist einmal das Wichtigste für die Gesundheitsversorgung da. Aber dazu braucht es auch Menschen, die das machen. In dem Zusammenhang finde ich es

besonders Besorgnis erregend, dass wir hören, dass innerhalb der nächsten zehn Jahre zwei Drittel der jetzigen Hausärztinnen und Hausärzte in Pension gehen. Zwei Drittel, das ist wahnsinnig viel und die müssen alle nachbesetzt werden, weil sonst gibt es einfach diese Hausarztordinationen nicht und sonst werden die Leute noch viel mehr als bisher in die Spitäler strömen und in die Ambulanzen strömen und das ist etwas, was wir uns ja alle nicht wünschen. Erstens einmal, wer geht gerne ins Spital, schon gar wenn es nicht sehr gravierend ist und zweitens ist das die Dienstleistung oder das Angebot, das am absolut teuersten ist. Das heißt, das ist auch gesamtwirtschaftlich das allerbeste, wenn wir ein gutes Primärversorgungsmodell haben, so heißt das, wenn die Hausärztinnen und Hausärzte einbezogen sind bzw. auch die Personen, die in den Regionen Therapien anbieten, die Pflege anbieten usw. Das ist, auch finanziell gesehen, die günstigste Form. Ich glaube auch von der Lebensqualität her ist das die wichtigste Form, das Erste, was man braucht, wenn man irgendeine Befindlichkeitsstörung hat. Jetzt muss man natürlich schauen, wie man das schafft, dass die jungen Leute in der Steiermark bleiben oder vielleicht auch von anderswo herkommen und bei uns gerne arbeiten, eben auch in den Regionen. Das hat natürlich mit der Ausbildung zu tun, erstens einmal. Ist sie bei uns attraktiv? Ist sie interessant und ist sie auch in einer gewissen Art und Weise abgesichert? Es hat damit zu tun, dass viele junge Menschen sagen: „Erstens einmal, in den letzten Jahren hat man ja ewig warten müssen, Jahre auf Turnusstellen.“ Erstens einmal hat man lange warten müssen und zweitens waren das oft Stellen, wo man sich oft wie eine billige Hilfskraft vorgekommen ist. Das haben viele junge Medizinerinnen und Mediziner erzählt und haben gesagt, dass sie Blut abgenommen haben, sie sind halt herumgeschickt worden die ganze Zeit und sie haben eigentlich nicht das erlebt, wofür der Turnus eigentlich da ist, die Zeit nach dem Studium, nämlich eingeschult zu werden von jemanden, der die Medizin zum Inhalt seiner Arbeit hat. Also von einem Arzt, einer Ärztin, der oder die erfahren ist und einem einfach zeigt, wie das dann wirklich im Spital vor sich geht oder wie das wirklich ausschaut und wie muss man wirklich mit Patientinnen und Patienten umgehen, dass eine Behandlung auch gelingt. Und das ist natürlich einmal ein großes Manko. Es freut mich zu hören, wenn jetzt darüber nachgedacht wird, wie man das attraktiveren kann, aber es muss wohl erlaubt sein zu sagen, dass es überhaupt so weit gekommen ist, dass Turnusärztinnen und Turnusärzte diesen Befund gehabt haben und gesagt haben, dass sie da nicht viel gelernt haben, dass sie da mehr eine billige Hilfskraft waren, das muss hier gesagt werden. Das ist nicht in Ordnung. Und Änderungen wirken oft sehr nachhaltig und sehr langsam in dem Bereich. Wenn es jahrelang so war, dass

der Turnus nicht als hilfreich erlebt wurde für die Ausbildung, dann schadet uns das bis in die Gegenwart und auch noch in die Zukunft. Also das heißt, es muss sich sehr viel ändern, es muss sich rasch ändern, es muss klar sein in unseren Krankenanstalten, dass die Turnusärztinnen und -ärzte nicht nur als Arbeitskraft da sind, sondern auch weil sie lernen wie es geht. Zweitens ist es so, dass bei uns leider, wenn es z. B. um Hausärztinnen und Hausärzte geht, die Lehrpraxis noch nicht sehr um sich gegriffen hat. Das ist eine Zeit, wo ein junger Mediziner, eine junge Medizinerin bei einem niedergelassenen Arzt mitarbeitet. Da ist es ein bisschen ähnlich wie beim Turnus. Es ist so, dass die jungen Leute da schon eine Arbeit leisten, aber sie können natürlich den Arzt oder die Ärztin nicht ersetzen. Das soll ja auch nicht sein. Sie sollen auch in dieser Situation lernen. Jetzt sagt der Hausarzt: „Warum soll ich dem Menschen, ich weiß nicht, wie viel hundert Euro zahlen, wenn er mir nicht eine ganze Arbeitskraft ersetzt?“ Wenn aber dieser junge Arzt oder die junge Ärztin, die da in der Lehrpraxis was lernen soll, vielleicht nur 200/300 Euro bekommt, dann ist das halt auch sehr wenig und zu wenig, um davon zu leben. In anderen Bundesländern zahlt das Land ein paar hundert Euro dazu und sorgt dafür, dass die Lehrpraxis dann auch länger dauern kann. Es gibt Länder, jetzt nicht in Österreich, aber in Europa, wo die Lehrpraxis bis zu zwei, drei Jahre dauert. Das muss man sich einmal vorstellen. Aber eines kann man sich ganz sicher sein, dass diese jungen Ärzte und Ärztinnen, wenn sie sich dann niederlassen als Hausarzt und dort ja Einzelkämpfer oder Einzelkämpferin sind, da habe ich nicht mehr viel Kolleg/innen, mit denen ich mich beraten kann, dass die dann sehr gut ausgebildet sind. Die wissen was das für ein Job ist und die wissen was zu tun ist. Was ich damit sagen will, ist, wenn wir nicht in diese Situationen investieren, auch als Land, dann dürfen wir uns nicht wundern, dass wir ein Problem haben, die Leute zu bekommen, die wir brauchen, damit wir die Gesundheitsversorgung sicherstellen können. Und da ist es im Endeffekt ziemlich wurscht, welches Ressort ganz genau wofür zuständig ist. Das ist ja sowieso nur was, was in politischen Köpfen existiert, diese Teilung. Das ist Gesundheit und das ist Pflege und das hat alles nichts miteinander zu tun. So ist aber das Leben in Wahrheit nicht und eine Landesregierung in ihrer Gesamtheit ist gefordert, hier Lösungen zu entwickeln und muss zur Kenntnis nehmen, dass sie auch kritisiert wird, wenn das jahrelang schleifen gelassen worden ist. So ist es nämlich! Ich finde, dass es extrem wichtig ist, insgesamt die Gesundheitspolitik in einem großen Rahmen anzuschauen und nicht immer nur Einzelteile herauszunehmen und zu sagen: „Ja, das schauen wir uns an und irgendwann haben wir da eine Lösung.“ Man muss einfach schauen, wie die Gesundheit der steirischen Bevölkerung zu unterstützen ist. Wie

kann man sicherstellen, dass wir nicht nur im Verhältnis zu unseren Vorfahren schon sehr alt werden, von der Lebenserwartung her, aber wenige oder viel weniger Jahre in Gesundheit haben, als Menschen in anderen Ländern. Man hat ermittelt, dass in Österreich Menschen ungefähr acht Jahre krank sind in ihrem Leben, vorwiegend gegen Ende des Lebens und in anderen Jahren sind das ein oder zwei Jahre. Das heißt, wir haben im Vergleich, wir werden zwar alle alt, aber wir haben im Vergleich zu anderen Ländern viel weniger Jahre, wo wir wirklich gesund sind. Und dort muss man hinschauen. Was ist denn das eigentlich? Sind das chronische Erkrankungen, kann man da schon sehr früh etwas dafür tun? Das ist einmal das Erste, wie kann man sicherstellen, dass die Bevölkerung gesund bleibt? Und das Zweite ist, herzugehen und zu sagen: „Wie kann ich eine Primärversorgung im ganzen Land aufbauen, dass es wirklich gute Anlaufstellen gibt und dass die Bevölkerung wirklich Hilfe hat, wenn sie Hilfe braucht und stabilisiert wird in ihrer Gesundheit?“ Und da geht es dann um die Hausärztinnen und Hausärzte, da geht es aber auch um verwandte Berufe. Da hätte ich auch gerne, dass eine Pflegefachkraft in der Nähe ist, weil der Hausarzt oder die Hausärztin kein Experte in Sache Pflege ist. Da sollen auch Sozialarbeiter/innen dabei sein. Da braucht man auch die Logopädinnen und Logopäden. Wie oft habe ich das gehört, dass jemand einen Schlaganfall gehabt hat und dringend Logopädie brauchte, weil man da zu lange Zeit zuwartet, dann kann man da vieles nicht mehr wieder gutmachen und weit und breit war niemand zu kriegen. Gleich Physiotherapie und andere Therapieformen. Das ist in den Blick zu nehmen. Das alles in Gesundheitsversorgung und nicht nur das, was in unseren Spitälern passiert. Mir war das jetzt sehr wichtig, das zu sagen, weil nur wenn wir es in einer Gesamtheit sehen, dann können wir auch großen Entwicklungen entgegensteuern und nur wenn wir mehrere Akzente setzen, mehrere Handlungen setzen, können wir sicher sein, dass die jungen Leute hier in der Steiermark Medizin studieren, auch bei uns bleiben und ihre Arbeit hier leisten und wir können auch hier in das Bundesland wieder einbringen.

In dem Zusammenhang hätte ich gerne den Antrag der FPÖ unterstützt. Der Ausschuss hat allerdings dem Landesrat Rechnung gegeben, der da anderer Meinung ist, deswegen werden wir jetzt dagegen stimmen. Ich finde es schade. Es wäre im Endeffekt nicht so wahnsinnig viel Aufwand gewesen für den Erfolg, den wir damit erzielen hätten können. In diesem Sinne, danke für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei den Grünen - 11.33 Uhr)*

Präsident Majcen: Danke, die nächste Wortmeldung von Frau Abgeordneter Barbara Riener. Frau Abgeordnete, bitte sehr.

LTabg. Riener (11.33 Uhr): Danke, sehr geehrter Herr Präsident! Werte Mitglieder der Landesregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen und Zuhörerinnen und Zuhörer!

Ja, beim Antrag der FPÖ ist von der Überlegung her, man sollte unterstützen, dass Turnusärzte im Land bleiben, durchaus ein guter Wille erkennbar. Aber es stellt sich immer die Frage, was ist möglich und was ist nicht möglich? Und wie Kollege Gunter Hadwiger schon ausgeführt hat, hat uns der Verfassungsdienst hier eigentlich ganz klar die Richtung gewiesen, nämlich zu sagen: „Ich kann nicht jetzt in einem Ausbildungssystem, wo eine kostenlose Ausbildung zur Verfügung gestellt wird, ein Stipendiumsystem hochfahren, bei dem ich dann verlange, dass Arbeitsleistung im Bundesland geleistet wird, wenn das Studium abgeschlossen wird.“ In der Stellungnahme spricht der Verfassungsdienst in diesem Zusammenhang von einem Verstoß gegen gute Sitten. Also das heißt, es ist nicht möglich. Natürlich stellt sich auch die Frage, wenn jemand Stipendium bekommen hat, das Studium abbricht – warum auch immer, vielleicht auch nicht durch eigene Schuld –, muss er dann das Geld zurückzahlen oder wie schaut das aus? Derjenigen oder diejenige kommt natürlich in eine schwierige Situation. Dass wir uns dem Thema widmen müssen, wie schaffen wir es, dass Ärztinnen und Ärzte, ob jetzt über den Turnus oder andere Fachausbildungen, im Bundesland bleiben, das ist natürlich auch mit unsere Aufgabe. Aber ich muss jetzt etwas klarstellen. Die Stellungnahme der Landesregierung ist mit 3. Juli datiert. Durch die Umstellung auf den ELAK ist es aus technischen Gründen passiert, dass die Stellungnahme hängen geblieben ist und erst jetzt im Haus ist. Also, die Stellungnahme ist Status quo 3. Juli 2014. Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie alle in diesem Haus haben im Dezember eine Dienstrechtsnovelle mitbeschlossen oder auch nicht, aber zumindest mitdiskutiert und debattiert, wo ganz klar für den Ärztebereich ein Paket aufgestellt war von Karrieremöglichkeiten, aber auch von Verdienstmöglichkeit und da sind auch Turnusärzte damit erfasst. Also, es wurde eine Maßnahme damit bereits gesetzt, die wurde aber von meiner Vorrednerin und meinem Vorredner verschwiegen - politisches Kalkül? Kollegin Lechner-Sonnek hat etwas richtig angesprochen. Wir haben Probleme im ländlichen Bereich mit den Hausärzten. Das macht uns große Sorgen. Wir haben aber auch voriges Jahr im Herbst, und unser Gemeindebundpräsident war da ein guter Verhandler mit dem Herrn Landesrat und der Ärztekammer, dass wir sehr wohl ein System für den niedergelassenen Bereich geschaffen haben, auch um etwa gewisse Aufgaben abzusichern, ob es jetzt die Totenbeschau ist, ob es nach dem Unterbringungsgesetz ist, usw., weil das auch Ärzte abgehalten hat in die Regionen hinauszugehen. Also wieder etwas, was wir gemacht haben.

Wurde auch nicht gesagt in dieser Debatte. Das Problem im niedergelassenen Bereich ist nicht ein steirisches alleine, ist nicht ein österreichisches alleine, es ist ein internationales. Schon vor Jahren haben die Bayern versucht über Ärztezentren genau im Hausarztbereich gegenzusteuern. Aber sie sind dann auch darauf gekommen, dass das nicht der Weisheit letzter Schluss ist, dass die Versorgung für die Bevölkerung, gerade in entlegenen Gebieten, nicht dadurch abgedeckt werden konnte. Mir ist es wichtig, dass wir jetzt nicht Fehler, die andere gemacht haben, wiederholen, sondern dass wir gut hinschauen, was benötigt wird – wie im Zielsteuerungsvertrag verhandelt.. Also das, was Frau Kollegin Lechner-Sonnek auch angesprochen hat, ist durchaus auch unsere Intention, dass wir gut hinschauen, dass wir gut vernetzen. Ich danke dir, das ist etwas, was ich jetzt in den letzten Wortmeldungen immer auch gesagt habe, wir müssen das gesamte komplexe System erkennen und schauen, dass wir die guten Angebote in den Regionen haben, um auch die Bevölkerung abzusichern. Aber wir können auch nicht wegdiskutieren, dass wir weniger Jugendliche haben, die in Ausbildungen gehen, dass wir viel mehr Möglichkeiten an Ausbildung haben und dass die Jugendlichen oder jungen Menschen dann auch in der Welt unterwegs sind, um Erfahrungen zu sammeln. Diese Tatsache kann ich einfach nicht wegdiskutieren, ich kann es nicht ignorieren, deswegen gilt es Anreize zu schaffen. Ich glaube, dass wir in der Steiermark sehr wohl Anreize geschaffen haben, erste Anreize, wir müssen auch noch weitere Anreize schaffen. Das ist keine Frage, aber nur noch eine Sache, Ingrid, zu deiner Aussage: „Die Turnusärzte haben Blut abnehmen müssen.“ Ich sage jetzt einmal, ich war im Nationalrat im Gesundheitsausschuss, wo die Diskussion war: „Um Gottes Willen, das darf ja niemand anderer machen. Das ist eine rein ärztliche Tätigkeit“, nämlich Blut abzunehmen. Also insofern ist das schon eine ärztliche Tätigkeit und das müssen sie auch alle lernen, weil jeder von uns kennt irgendjemanden der sagt: „Da ist ein junger Arzt dahergekommen, der hat mich total verstoßen.“ Also insofern muss man das auch ein bisschen sehen und eine Toleranz haben. Aber ich bin bei dir, es kann nicht so sein, weder in der Pflege, bei KrankenpflegeschülerInnen, noch bei Ärzten, die in Ausbildung sind, dass sie nur für gewisse Tätigkeiten herangezogen werden. Also das Lernen ist schon im Vordergrund und muss auch gemacht werden. Lehrpraxen, sind, glaube ich, auch etwas, was auf Bundesebene weiter forciert werden müsste und ich würde mir wünschen, dass nicht nur die Bundesländer jetzt einfach nur Geld in die Hand nehmen, um wieder so einen internen Wettbewerb zu haben, sondern dass wir auch eine bundesweite gute Regelung haben. Alles in allen glaube ich, dass die Steiermark sehr wohl auf einem guten Weg ist und ich bitte auch fair zu bleiben und die

Maßnahmen, die bereits gesetzt wurden, auch tatsächlich zu präsentieren. Hier wurde es leider nicht gemacht, deswegen habe ich es nachgeholt. Ich glaube, wir sind in der Steiermark auf einem guten Weg mit unserem Landesrat Christopher Drexler. Danke. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ - 11.40 Uhr)*

Präsident Majcen: Danke, die nächste Wortmeldung ist von Frau Abgeordneten Getzinger.

LTabg. Getzinger, MAS (11.40 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrter Herr Landesrat, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Zuschauerinnen und Zuschauer.

Uns liegt ein Antrag der FPÖ zum Thema Stipendienmodell für Medizinstudenten vor und das Ganze ist jetzt relativ schnell zu einer Gesundheits- und Gesundheitsversorgungsdiskussion in unserem Bundesland ausgeföhrt. Liebe Ingrid, ich schätzte deine Expertise in diesem Gebiet wirklich, wirklich sehr. Ich danke dir auch, dass du da immer sehr weit ausholst und das immer sehr ausführlich erklärst. Ich möchte jetzt nur wieder zum eigentlichen Antrag zurückkommen. Ich möchte nur eines dazu sagen, so, wie du, Barbara, das gesagt hast, dass auch die Turnusärztinnen und Turnusärzte nicht nur natürlich, aber auch, für sozusagen untergeordnete Tätigkeiten herangezogen werden, weil sie natürlich auch das Handwerk lernen müssen. Also man muss das ja auch von der Pike auf lernen und wir alle wollen ja bestmöglich versorgt sein und da wollen wir natürlich – ich habe z.B. Schlupfvenen, ich möchte so gestochen werden, dass meine Venen nicht wegschlupfen. Es ist ganz einfach und ich glaube, es geht ganz vielen Menschen so, wenn sie im Krankenhaus versorgt werden wollen. Was will die FPÖ? Die FPÖ möchte, dass Studierende der Humanmedizin ein Stipendium bekommen, also eine finanzielle Zuwendung während des Studiums, wenn ich diesen kurzen Antrag richtig verstanden habe. Im Gegenzug sollen dann die Studierenden sich nach Abschluss des Studiums dazu verpflichten, über einen längeren Zeitraum in der Steiermark zu verbleiben, richtig? – okay, und ihren Turnusdienst hier verrichten oder vielleicht darüber hinaus sich sogar verpflichten, in der Steiermark zu bleiben. Der Zeitraum ist relativ unklar, das ist nicht spezifiziert. Das Modell insgesamt ist gar nicht genauer erklärt, sondern es ergeht der Wunsch an die Landesregierung oder ein passendes Modell sich auszudenken und das dann dem Landtag vorzulegen. So wollt ihr das, genau. Bei genauerer Betrachtung jedoch erweist sich das Ansinnen als nicht ganz bis zum Ende gedacht, aus meiner Sicht. Da nehme ich jetzt gar nicht so sehr Bezug auf die Stellungnahme, das hast du, Barbara, dankenswerterweise schon sehr ausführlich gemacht. Auch danke, dass du die

Dienstrechtsnovelle angesprochen hast und die Dinge, die wir schon im Rahmen der Reformpartnerschaft für dieses Land und das Gesundheitssystem geleistet haben, sondern ich schaue nur mit ganz klarem Hausverstand darauf. Was bedeutet das für die Gleichbehandlung von anderen Studierenden? Haben wir uns das überlegt? Ich könnte also mit gleicher Vehemenz fordern, dass, was weiß ich, AbsolventInnen der Kunst-Uni, die Schauspiel studiert haben, einen Job im Schauspielhaus bekommen. Oder? Sehe ich das richtig, kann ich das anwenden? Also ich glaube, das ist ein grobes Problem da, was die Gleichbehandlung anbelangt und ich frage mich, ob ihr mit der KAGes gesprochen habt. Wir haben hier nämlich eine ganz kluge Stellungnahme von der KAGes auch vorliegen und die KAGes wäre ja dann die Arbeitgeberin. Richtig? Ja, also ich finde, wenn die KAGes das STIP bezahlen sollte, dann müsste man mit der KAGes reden. Es gibt durchaus Beispiele in der Wirtschaft, in der Industrie, es gibt z.B. von der ÖMV ein STIP, das sie jungen Frauen in den Erdölwissenschaften anbieten, weil sie nämlich Technikerinnen braucht. Gut, worauf es wirklich ankommt, beschreibt die KAGes auch sehr genau, nämlich auf die Ausbildungsqualität, dass diese weiter erhöht wird, dass der Ruf der Abteilungen etwas ganz Wesentliches ist, daran arbeiten wir und natürlich wie immer Mobilität der jungen Menschen und Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Das ist bei den Ärztinnen eine ganz schwierige Sache. Wenn also unsere Krankenanstalten das gewährleisten, dann bin ich überzeugt, dass die Leute nicht nur kommen, sondern auch bleiben. Ganz sicher wird es nicht funktionieren, wenn man sie mit einem STIP ködert und sie dann dazu zwingt in der Steiermark zu bleiben und ihre Mobilität einzuschränken. Im Übrigen hat sich die Wartezeit auf Turnusplätze ganz stark verringert, das ist ja auch etwas Positives und der Bedarf, wie er dargestellt wird im FPÖ-Antrag, ist in dieser Form gar nicht und in diesem Umfang nicht gegeben.

Im Übrigen möchte ich noch etwas sagen, am Sonntag war der Internationale Frauentag. Offensichtlich werden nur Männer gemeint und offensichtlich soll es das STIP nur für Männer geben. Vielen herzlichen Dank. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 11.45 Uhr)*

Präsident Majcen: Meine Damen und Herren, es liegt mir keine Wortmeldung mehr vor, bis auf die Wortmeldung, die abschließende Wortmeldung zu dem Thema des zuständigen Landesrates Mag. Drexler. Herr Landesrat, bitte.

Landesrat Mag. Drexler (11.46 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, verehrte Zuseherinnen und Zuseher, Zuhörerinnen und Zuhörer im Internet!

Ich bin sehr dankbar den Debattenrednerinnen und dem –redner für diese Diskussion. Möchte mich daher auch ganz kurz zu Wort melden und möchte dort, wo Kollegin Riener und Kollegin Getzinger angesetzt haben, auch ansetzen. Ich möchte nämlich zwei Dinge auseinanderhalten. Ich möchte die Diskussion über den konkreten, vorliegenden Antrag der Freiheitlichen auf der einen Seite sehen und auf der anderen Seite, die insbesondere von Frau Lechner-Sonnek angesprochene generelle Debatte, wie sehen wir mit der Versorgung im Gesundheitsbereich in Zukunft aus. Gibt es ein Problem, was die Anzahl der Ärztinnen und Ärzte in der Steiermark betrifft in Zukunft und wenn ja, wie gedenken wir damit umzugehen? Ich bin da auch nicht so streng wie die Kollegin Getzinger, mir ist es durchaus recht, dass wir auch diese generelle Debatte bei der Gelegenheit führen, weil, das sind natürlich dringende und drängende Fragen. Die Frage, wie wir die Versorgung in der Steiermark in diesen Bereich aufrechterhalten können, ist jedenfalls ein Thema, das die Steirerinnen und Steirer zu Recht außerordentlich interessiert. Weil, insbesondere natürlich wenn man krank wird, von einem Unglücksfall betroffen ist oder ähnlichem, man auf die gewohnt gute Versorgung zählen möchte. Aber vorweg kurz zurück zum Antrag der Freiheitlichen. Es ist jetzt von Kollegin Getzinger im Detail ausgeführt worden, was war die Geschichte? Schauen Sie, selbst wenn es ein Problem mit der Versorgung gibt, ist der konkrete Antrag oder wäre die Umsetzung des konkreten Antrages leider nicht eine zielführende Antwort auf diese Frage. Warum? Das haben wir in der Stellungnahme auseinandergesetzt, weil sie nicht mit unserer Rechtsordnung in Einklang steht. Sie alle hier, Damen und Herren Abgeordnete, Kolleginnen und Kollegen in der Regierung, wir haben alle ein Schicksal, wir sind auf die Gesetze der Republik und des Landes angelobt. Deswegen, Kolleginnen und Kollegen von den Freiheitlichen, sind Sie mir nicht böse, wenn etwas, wo der Verfassungsdienst und die einschlägig zuständige Abteilung sagt, das ist mit unserer Rechtsordnung nicht vereinbar, nicht umsetzbar. Das ist der Grund, warum wir diesem Antrag nicht unsere Zustimmung geben konnten. Sind Sie mir nicht böse, auch an die Ingrid gerichtet – hat mich nämlich gewundert, dass du dann am Ende für den Antrag gesprochen hast, weil das ist schon schlüssig, dass hier schon Zwangssituationen aus einem solchen Stipendienmodell entstehen könnten, die eben vom Verfassungsdienst als sittenwidrig qualifiziert werden. Ich möchte nicht in der Haut des Gesundheitsreferenten stecken, wenn wir – denken wir kurz, wir hätten das umgesetzt; denken wir, einzelne Medizinerinnen und Mediziner hätten das Stipendium genossen und denken dann, irgendeiner

von denen würde sich dann weigern den Dienst in der Steiermark zu versehen, sich in der Steiermark zu verpflichten, sich in der Steiermark den Turnus oder was auch immer zu machen. Was machen wir dann? Dann muss ich von dem das Geld zurückverlangen. So, wenn ich von dem das Geld zurückverlange, der beschreitet aber den Rechtsweg und das Land verliert am Ende, weil der OGH am Ende sagt, das sei ja sittenwidrig, was ihr denen antut, dass ihr sie zwingt dazubleiben, Stipendien könnt ihr auszahlen, aber ja nicht einen zwingen dazubleiben. Das, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist nämlich die kürzest gefasste Erklärung, warum das rechtlich nicht geht. Dafür bitte ich wirklich um Verständnis. D.h. aber nicht, dass ich nicht für die Argumente der Grünen durchaus zugänglich bin, d.h. aber nicht, dass das Problem nicht richtig angesprochen wird. D.h. nicht, dass Kollegin Lechner-Sonnek in großen Teilen nicht recht gehabt hat in der Beschreibung des Problems oder allenfalls zukünftiger Probleme. Da, meine sehr verehrten Damen und Herren, darf ich Ihnen eines sagen: Heute ist es fast genau ein Jahr, dass ich in der Regierung für dieses Thema zuständig bin, morgen ist es ein Jahr im Prinzip. Ist eine Einladung zu einer kleinen Jubiläumsfeier morgen, nein (*Allgemeine Heiterkeit*), ich habe noch keinen Ort, tut mir leid, aber vielleicht kommen wir zusammen, die Interessierten am Gesundheitsbereich zumindest. Scherz beiseite, ich bin seit einem Jahr zuständig für diesen Bereich. Liebe Ingrid, ich bitte dich zu bemerken, dass wir genau in diesem Bereich versucht haben Akzente zu setzen. Es ist auf die Dienst- und Besoldungsrechtsnovelle hingewiesen worden, ich bin froh, ich gestehe es, ich bin vom Landtag aufgefordert worden, es hat ja auch einen Entschließungsantrag gegeben, eine adäquate Abfederung des neuen Krankenanstaltenarbeitszeitgesetzes in der Steiermark sicher zu stellen. Ich bin nun endlich froh, dass uns das gemeinsam gelungen ist. Schauen wir, bitteschön, aktuell nach Wien, was sich dort abspielt. Ich meine, die haben geglaubt, die haben eine Einigung, es ist in der Urabstimmung bei den Ärzten durchgefallen. Wieder völlig ungelöste Situation. Schauen Sie, was in Oberösterreich, was in Salzburg, was in Kärnten, ohnehin ein interessantes Pflaster, aber was in anderen Bundesländern stattgefunden hat in den letzten Wochen und Monaten und was zumindest in Wien auch weiterhin stattfinden wird. Was haben wir erlebt? Protestversammlung, Streiks, Demonstrationen, aus Protest geschlossene Ambulanzen usw. Wissen Sie was, meine Damen und Herren, ich bin froh und ich bedanke mich bei unseren Ärztinnen und Ärzten in der Steiermark, dass wir die Einigung herbeiführen konnten und dass wir auch seit dem 01. Jänner 2015, seit das neue Krankenanstaltenarbeitszeitgesetz gilt, sicherstellen konnten, dass die Versorgung in gewohnter Qualität sichergestellt ist. (*Beifall bei der ÖVP und SPÖ*) Wir

werden aber weitertun, die KAGes muss ein attraktiver Dienstgeber bleiben, aber es ist auch das Thema, was Ingrid Lechner-Sonnek angesprochen hat, wie schaut es mit den Landärzten in Zukunft aus. Ich bedanke mich bei allen regionalen Verantwortungsträgern und bei allen Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern, die mir schreiben und sagen: „Pass auf, bei mir geht der Arzt übernächstes Jahr, nächstes Jahr, nächsten Monat, nächste Woche“, wann auch immer „in Pension. Wie schaut das aus, was kann man tun?“ Da rede ich mich nicht darauf hinaus, dass das insbesondere natürlich auch eine Geschichte ist, die der gesetzlichen Krankenversicherung obliegt, für Lösungen zu sorgen. Ich habe schon im November letzten Jahres, ohne viel Tamtam, alle Partnerinnen und Partner im Gesundheitssystem zusammengeholt, an meinen Besprechungstisch im Büro, d.h. die Gebietskrankenkassa, die Ärztekammer, die Apothekerkammer, den Gesundheitsfonds, den Gemeindebund und eben das Land selber, um genau über dieses Thema zu beraten. Ich habe aber da keine große Trara-Geschichte gemacht, „Jetzt ist der große Landarztgipfel da“, oder so etwas. Ich will nicht Effekthascherei in diesem sensiblen Themenbereich. Ich möchte gemeinsam, auch gemeinsam mit allen Fraktionen hier im Hause, an Lösungen arbeiten, denn es ist so, dass wir durch die Altersstruktur Probleme haben. Ich möchte dieses sensible Thema nicht flapsig behandelt wissen, sondern ich möchte, dass wir gemeinsam mit unseren Partnerinnen und Partnern im Gesundheitssystem hier zu Lösungen kommen. Ich darf ein weiteres Thema ansprechen. Ich möchte nämlich vermeiden, dass wir bei einem Teil des Themas ein bisschen eine komische Schlagseite haben. Dies ist nämlich jener Teil des Themas, wo wir beklagen, dass so viele junge Medizinerinnen und Mediziner in das Ausland gehen. Wissen Sie, es kann zum Problem werden, wenn das wirklich weiterhin ein Massenphänomen zu werden droht. Aber grundsätzlich möchte ich schon eines sagen, mir ist es außerordentlich recht, wenn junge Menschen im Ausland Erfahrungen sammeln. Mir ist es aber doppelt recht, wenn sie nachher wieder zurückkommen und ihre Erfahrungen, etwa in unserem Krankenhausunternehmen oder auch im niedergelassenen Bereich, oder in welchem medizinischen Betätigungsfeld auch immer, zur Anwendung bringen. Wir dürfen uns aber nicht zu sehr fürchten, dass jemand ins Ausland geht. Wir dürfen uns nicht zu sehr fürchten, dass jemand aus dem Ausland zu uns kommt und dürfen uns erst recht nicht fürchten, dass jemand von uns ins Ausland geht. Das ist Europa, das ist eine offene, Gott sei Dank, mit Freizügigkeiten etwa im Erwerbsleben ausgestattete, nachgerade kontinentale Einheit.

Dritter Punkt, den ich noch ganz kurz ansprechen wollte, das ist das angesprochene klinisch-praktische Jahr. Entschuldigung, die Freiheitlichen haben, glaube ich, einen Antrag zu dem

Thema in diesem Haus, auch die Grünen haben einen Antrag im Hause zum Thema klinisch-praktisches Jahr. Warum war ich bis jetzt zögerlich, dem Beispiel anderer Bundesländer zu folgen und mir nichts, dir nichts eine Bezahlung für das klinisch-praktische Jahr einzuführen? Weil ich der ursprünglich zwischen den Ländern akkordierten Linie angehängt bin, um zu sagen, wir wollen mit dem Bund verhandeln. Die Linie ist längst durchbrochen, Oberösterreich zahlt das klinisch-praktische Jahr, etliche Bundesländer zahlen das klinisch-praktische Jahr in unterschiedlichen Größenordnungen. Damit nicht endgültige Nervosität ausbricht, wir werden auch in der Steiermark einen Vorschlag machen, der eine Bezahlung des klinisch-praktischen Jahres vorsehen wird – in Absprache mit den anderen, in unserem Bundesland operierenden Trägern wird die KAGes mir zuerst einen Vorschlag machen, dann werde ich Ihnen einen Vorschlag machen, aber ich sage bewusst in Absprache mit anderen in diesem Bundesland agierenden Trägern, weil ich nicht wieder eine Diskussion will, wer da vorprescht oder sonst was. D.h. mit den Orden, mit der AUVA wird es einen gemeinsamen Vorschlag geben. Aber wissen Sie, warum ich so lange gezögert habe möglicherweise bei dieser Geschichte oder auch jene, die das unbedingt wollten, gelegentlich etwas eingebremst habe? Es ist ein absolut nicht zu akzeptierendes Vorgehen des Bundes, dass man eigentlich so etwas wie einen grauen Finanzausgleich betreibt. Ausbildung der Medizinerinnen und Mediziner ist Aufgabe des Bundes, Universitäten sind Aufgabe des Bundes. Wenn ich plötzlich für die Studierenden der Humanmedizin ein klinisch-praktisches Jahr einführe ohne Bezahlung durch den Bund und halt so irgendwie sage: „Das werden dann die Länder schon blechen“, dann ist das im bundesstaatlichen Miteinander schon ein Skandal, meine sehr verehrten Damen und Herren (*Beifall bei der ÖVP und SPÖ*). Darum geht es mir bei dem Thema. Aber es sollen nicht die jungen Menschen büßen, nicht dass da jetzt wieder jemand kommt und sagt, tun wir da nicht so prinzipientreu sein. Bis jetzt ist nicht viel passiert, wir werden im kommenden Studienjahr, 140 glaube ich, weil 140 Studierende dieses klinisch-praktische Jahr in der Steiermark in Angriff nehmen werden, und wir werden für diesen Moment eine Lösung haben, überhaupt kein Thema. Nur verstehen Sie mich, dass ich hier auch im Rahmen der Landesgesundheitsreferentenkonferenz und auch im Auftreten gegenüber den zuständigen Stellen des Bundes mit Nachdruck darauf hinweisen musste, dass mir das nicht gefällt, wenn man im bundesstaatlichen Miteinander einfach Geschäfte zu Lasten Dritter macht. Das gilt es einfach zu Protokoll zu nehmen. Es ist ja auch noch niemand auf die Idee gekommen, dass plötzlich die Steiermark die Rechtspraktikanten bei Gericht

zahlt. Also ist ein hinkender Vergleich, wie ich weiß, aber immerhin ein Vergleich. Zumindest in der Argumentation gegenüber dem Bund sollte es ein Vergleich sein.

Bleibt letzten Endes noch eine Geschichte, die mir wichtig ist. Erstens, Ingrid Lechner-Sonnek hat einen weitgehenden trefflichen Problemaufriss dargestellt. Ich sage, Gott sei Dank sind wir aber auch an der Bearbeitung genau dieses Problemaufrisses und haben das eine oder andere schon in die richtige Richtung bewegt und schauen wir, dass wir das in Hinkunft auch so gemeinsam tun. Einen Kritikpunkt von dir möchte ich aufgreifen. Du hast gesagt, ja da dürfen wir nicht ganz so heruntun, diese nur in den Köpfen der Politiker bestehende Differenzierung das ist Gesundheit, das ist Pflege, das ist Wissenschaft, völlig richtig, völlig d'accord. Kein Mensch, und zu Recht, wird kein Mensch sagen, das ist nicht Aufgabe des Landes in einem Manterl, aber das ist doch Aufgabe des Landes in anderen Manterln usw. usw., habe ich Verständnis für deine Kritik. Ist ja in der Steiermark schon deswegen sichergestellt, auf politischer Ebene zumindest, weil ich meine, ich kann mich ja nicht teilen. Ich bin ja eindeutig für Gesundheit, für Pflege, Wissenschaft und Forschung zuständig, so ist es in der Geschäftsein- und -verteilung entsprechend auch festgelegt. Insofern gebe ich zu, dass diese eine Formulierung in der Stellungnahme etwas unglücklich ist. Gemeint ist damit, dass das dort genannte Referat dort nicht in der Abteilung für das zuständig ist. Aber ich gebe jedenfalls zu, ja ich bekenne mich dazu, ich bin für das ganze zuständig, völlig richtig. Insofern nehme ich auch die Verantwortung für diesen Bereich gerne wahr und hoffe gemeinsam mit Ihnen auch weitere zukunftsfähige Lösungen in diesem Bereich zustande zu bringen. Herzlichen Dank. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 12.00 Uhr)*

Präsident Majcen: Danke dem Herrn Landesrat für diese abschließenden Bemerkungen. Wir werden die Einladung morgen gerne wahrnehmen.

In diesem Sinne, meine Damen und Herren, nachdem keine weitere Wortmeldungen mehr vorliegen, wer dem Antrag des Berichterstatters zu diesem Tagesordnungspunkt eins die Zustimmung gibt, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke vielmals. Gegenprobe!

Ich stelle die mehrheitliche Annahme gegen die Stimmen von FPÖ, Grünen und KPÖ fest.

Komme damit zum Tagesordnungspunkt

2. Bericht des Ausschusses für Umwelt über den Antrag, Einl.Zahl 3070/1, der Abgeordneten Lambert Schönleitner, Ing. Sabine Jungwirth und Ingrid Lechner-Sonnek betreffend Errichtung eines Geh- und Radweges in Neuseiersberg.

Darf dazu Frau LTAbg. Ing. Sabine Jungwirth das Wort erteilen zur Berichterstattung.

LTAbg. Ing. Jungwirth (12.01 Uhr): Bericht aus dem Ausschuss „Umwelt“ zu Tagesordnungspunkt Einl.Zahl 3070/5.

Der Ausschuss „Umwelt“ hat in seinen Sitzungen vom 11.11.2014 und 03.03.2015 über den oben angeführten Gegenstand die Beratungen durchgeführt.

Der Ausschuss „Umwelt“ stellt den Antrag: Der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht des Ausschusses für Umwelt und Verkehr zum Antrag Einl.Zahl 3070/1, der Abgeordneten Lambert Schönleitner, Ing. Sabine Jungwirth und Ingrid Lechner-Sonnek betreffend Errichtung eines Geh- und Radweges in Neuseiersberg wird zur Kenntnis genommen. (12.02 Uhr)

Präsident Majcen: Danke für die Berichterstattung. Es liegt eine Wortmeldung vor. Herr Abgeordneter Peter Samt bitte.

LTAbg. Samt (12.02 Uhr): Danke, Herr Präsident! Geschätzter Landesrat, liebe Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Zuhörer!

Dieser vorliegende Antrag der Grünen ist halt, das muss ich leider auch so sagen, nachdem ja der Kollege Schönleitner schon sehr stark in Richtung Wahlkampfrethorik gegangen ist (LTAbg. Lechner-Sonnek: „Aber Ihr nicht.“), ein Antrag der durchaus – nur keine Aufregung liebe Kolleginnen und Kollegen, nur keine Aufregung – in die Richtung geht, dass man sagt, überall dort, wo man Kompetenz glaubt zu finden, wird man sie nicht finden. Die Kompetenz der Grünen liegt ganz einfach nicht im Verkehrsbereich, wie Sie heute mit diesem Antrag wieder auch zeigen, weil, und ich möchte das auch sachlich begründen, es gibt ja für einen Antrag nicht nur politisch motivierte Begründungen die abzulehnen, sondern natürlich auch sachliche. Ich glaube, jeder, der mich kennt, weiß, dass ich eher auf der sachlichen Schiene zu Hause bin. Geschätzte Grüne, es ist natürlich so, dass Teile ihres Antrages, so wie sie hier stehen, schlicht und ergreifend nicht stimmen. Im Bereich der Feldkirchner Straße vom

Einkaufszentrum, so wie Sie das sagen, bis zur Mitterstraße gibt es nur schmale Gehwege und ein Radweg ist nicht vorhanden und das stimmt schlicht und ergreifend nicht, weil im Bereich der Feldkirchner-Straße von der Brunnenfeldstraße, wenn Sie sich das vielleicht einmal angeschaut hätten, wüssten Sie das, gibt es keine schmalen Gehwege, sondern gesetzlich vorgeschriebene, 1,50 Meter breite, beiderseits der Fahrbahn anzufindende Gehwege. Die sind nicht schmal, sondern die sind den Anforderungen entsprechend, so, wie es in der Straßenverkehrsordnung drinnen steht. Weiters gibt es von der Mitterstraße bis zur Brunnenfeldstraße einen Geh-Radweg einseitig, der sozusagen kombiniert ist. Jetzt kommt`s: Das Problem, das wir mit solchen Verkehrslösungen haben, ist, dass wir einen kombinierten Geh-Radweg haben – und eine andere Möglichkeit gäbe es ja dort gar nicht – und ca. 2,50 Meter der zur Verfügung stehenden Verkehrsfläche brauchen würden, um das realisieren zu können. Das würde wiederum bedeuten, dass ich den Gehsteig auf einer Seite der Feldkirchnerstraße nicht mehr hätte, weil sich die Fahrbahnbreiten, die ich brauche für eine verkehrsführende Straße in diesem Bereich, einfach schlicht und ergreifend nicht mehr zur Verfügung stehen habe. Es gibt auch eine entsprechende Antwort der Fachabteilung, eine Stellungnahme, die mehr als schlüssig ist. Erstens: Wir haben es dort mit einer Verkehrsfläche zu tun, die mit 30 km/h beschränkt ist und zwar durchgehend. Zweitens haben wir ein LKW-Fahrverbot mit 7,5 t, ausgenommen der Anrainer, das bedeutet, und das geht auch eindeutig aus dieser Stellungnahme hervor, dass ausreichend Verkehrsfläche zur Verfügung steht, um sowohl den Straßenverkehr wie auch den Fahrradverkehr zuzulassen und auch entsprechend sicher zu gestalten. Ich bin sicher, dass man alles, auch im Verkehrsressort seit Jahren macht, um wirklich notwendige Projekte zu realisieren und wirklich notwendige, sicherheitstechnisch relevante Strecken auch für Fahrradfahrer auch so zu entschärfen, dass man hier sinnvoll Investitionen ansetzen kann. In diesem Fall, geschätzte Grüne, ist es eindeutig nicht der Fall und die entsprechenden Stellungnahmen und auch die Beschlüsse, die im Ausschuss gefasst worden sind, sind daher gegenüber diesem Antrag negativ. Das, das ist sozusagen auch schon mein Schlusssatz dazu, zeigt eben, dass Sie vielleicht sich gerne Kompetenzen anordnen oder aneignen würden, die Sie in dem Fall nicht haben und wie das Detail zeigt, wenn man sich einen Antrag im Detail dann vornimmt, sieht man, dass Sie schlicht und ergreifend die Kompetenzen im Verkehrswesen einfach hier in der Steiermark nicht haben. Dankeschön. *(Beifall bei der FPÖ – 12.06 Uhr)*

Präsidentin Mag. Lackner: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Wir kommen zur Abstimmung.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag der Berichterstatterin zu TOP 2 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe!

Mehrheitliche Annahme gegen die Stimmen der Grünen und der KPÖ.

Tagesordnungspunkt

3. Bericht des Ausschusses für Kontrolle über den Landesrechnungshofbericht, Einl.Zahl 3144/3, betreffend B 68 Feldbacher Straße – Querspange Gnas.

Berichterstatter ist Herr LTAbg. Karl Lackner.

LTAbg. Karl Lackner (12.07 Uhr): Hoher Landtag!

Der Ausschuss „Kontrolle“ hat in seinen Sitzungen am 03.02.2015 und am 03.03.2015 über oben angeführten Gegenstand die Beratungen durchgeführt.

Der Ausschuss „Kontrolle“ stellt den Antrag: Der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht des Landesrechnungshofbericht, Einl.Zahl 3144/3, betreffend B 68 Feldbacher Straße – Querspange Gnas wird zur Kenntnis genommen. Ich bitte um Annahme. (12.08 Uhr)

Präsidentin Mag. Lackner: Danke für die Berichterstattung. Der Herr Berichterstatter hat sich zu Wort gemeldet.

LTAbg. Karl Lackner (12.08 Uhr): Frau Präsidentin, Herr Landesrat, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, Frauen und Männer in unserem Hohen Haus!

Dieser Prüfungsbericht des Landesrechnungshofes ist alles andere als erfreulich. Es wurden bei diesem Projekt B 68 Feldbacher Straße – Querspange Gnas fast alle Gepflogenheiten, die es so gibt bei Planung und Errichtung, nicht richtig ausgeführt, oder es hat dementsprechende Mängel gegeben. Worüber hat der Landesrechnungshof insgesamt berichtet? Die B 68 Feldbacher Straße erschließt von der A2 Südautobahn kommend die Region Feldbach und stellt somit eine wichtige Zubringerfunktion zur A2 im Anschluss in Gleisdorf dar. Jedenfalls, und das ist unbestritten, ein sehr wichtiges Projekt – die Planungsphase von 1989 beginnend, Umsetzung und auch die Prüfung des Landesrechnungshofes von 2003 bis 2012. In der

Richtungsphase, sprich auch in der Planungsphase, hat es jede Menge Mängel gegeben, die der Rechnungshof auch ausweist. Er spricht, dass es keine Richtlinien betreffend die Anwendung eines Projektmanagements gegeben hat. Er sagt, es fehlen durchgehende Kontrollprozesse. Weiters bei der Überprüfung der Vergaben wurden Mängel bei der Kontrolle und Ausschreibung bei der Massenermittlung festgestellt und was besonders auffällig war, das war die eklatante Kostenüberschreitung. Geschätzte Kosten waren 15,57 Millionen Euro und tatsächliche Kosten in der Umsetzungsphase 31,48 Millionen Euro. D.h., das Projekt ist um ganze 13,78 Millionen Euro überzogen worden. Auffallend ist, dass vielfach bereits im Vorfeld oder bei den Planungsphasen Ermittlungen auch gewarnt wurde, dass diese Kostenansätze viel zu gering sind, dass viele Erfordernisse nicht erfüllt wurden. Der Landesgeologe hat wegen des Grundwassers gewarnt und dass eigentlich in der gesamten Abfolge wirklich so ziemlich alles schief gelaufen ist. Ich sage dazu, es ist natürlich schwierig, wenn ein Projekt eine so lange Planungsphase hat und dann auch in der Umsetzungsphase so lange braucht, dass es dann auch in den Kosten ansatzweise natürlich Probleme geben kann, aber dass diese Überschreitung derart eklatant war, das ist doch etwas Besonderes. Ich möchte meinen, wir hadern oft mit den Landesrechnungshofberichten, weil wir sagen, hinterher sind wir alle gescheitert und wenn wir dann hören, was der Landesrechnungshof alles an Mängel ausweist. Jedoch denke ich, das Instrument des Rechnungshofes ist ungeheuer wichtig. Für die Kontrolle der Regierungsarbeit, aber auch für uns hier im Landtag und bei diesem Bericht muss man sagen, es kann eigentlich für die nächsten Maßnahmen, die in diesem Ressort zu setzen sind, nur besser werden. Ich bin immer sehr vorsichtig auch mit Schuldzuweisungen, sage aber bei diesem Projekt dazu, dieses Projekt hat eine Historie, die vor 2005 angesiedelt ist und es ist nur zu wünschen, dass derartige Rechnungshofberichte mit einer so großen Mängelliste in den Landtagssitzungen demnächst nicht mehr erscheinen werden. Ich danke. *(Beifall bei der ÖVP – 12.12 Uhr)*

Präsidentin Mag. Lackner: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Mag. Dr. Wolfgang Dolesch. Ich bitte ihn zu seiner ersten Rede zum Rednerpult.

LTAbg. Mag. Dr. Dolesch *(12.12 Uhr):* Sehr geehrte Frau Präsidentin, geschätzter Herr Landesrat, meine Damen und Herren Abgeordneten, liebe Besucherinnen und Besucher, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer!

Wenn man sich den Landesrechnungshofbericht durchliest, dann wird einem ob dieser Fülle an Fehlern, an Fehleinschätzungen, Fehlberechnungen in diesem Umfang regelrecht schwindlig, um nicht zu sagen schlecht. Neben diesem praktisch fehlenden Controlling, neben einem mangelhaften Projektmanagement sind es insbesondere diese Kosten von, wie schon erwähnt wurde, 15,57 Millionen Euro auf 31,78 Millionen Euro, die mich in dieser Kostensteigerung regelrecht an einen Vulkan erinnern. Hier kann man von einer Kostenexplosion sprechen und nicht von einer normalen Kostensteigerung. Insbesondere wenn man die normalen Steigerungen mit in Betracht zieht, so bleiben dann doch noch immer, wie wir im Bericht gelesen haben, satte 13,48 Millionen Kostensteigerungen über. Das ist einfach eine Größenordnung, die Wahnsinn ist und die scheinbar in diesem Ressort mittlerweile eine gewisse Regelmäßigkeit zu haben scheint. Lassen Sie mich einen Vergleich bringen. Wenn Sie dieses Geld, welches hier nicht in geplanter Weise ausgegeben wurde, beispielsweise im Wohnbau umrechnen, dann könnten Sie hier etwa 100 Wohnungen mit rund 80 m² Wohnfläche errichten. Denken wir bitte auch daran, dass dieses Geld auch wahnsinnig gut beispielsweise im Kindergartenbereich oder im Schulbereich investiert hätte werden können. Wir haben so viele Projekte bei Schulgebäudesanierungen, bei der Herstellung von Barrierefreiheit, bei Qualitätsverbesserungen etc. Also was hier verbrannt wurde durch dieses Missmanagement, lässt doch schon einigermaßen zu wünschen übrig. Ich möchte jetzt gar nicht mehr alle einzelnen Punkte auflisten, die man hier im Bericht nachlesen könnte. Beispielsweise wie die Anwendung von teilweisen und sehr geringen Kostenschätzungen, Bedenken Dritter, hinsichtlich zu optimistischer Kennwerte werden notiert etc.. Also hier könnte man wahrscheinlich, wenn man wollte, auch mit solchen Berichten, denen man durchaus mit einer gewissen Vorsicht gegenüber stehen soll, einen ganzen Tag füllen, wenn nicht schon länger. Auch wenn das in früheren Zeiten passiert ist, auch wenn Sie persönlich nicht Hand angelegt haben, so liegt es doch, sehr geehrter Herr Landesrat, in Ihrer politischen Letztverantwortung für dieses Projekt. Es ist einfach zu kurz gegriffen, wenn man immer nur sagt, es sind immer nur alle anderen schuld an etwas. Es ist auch nicht ausreichend, wenn man sagt, es hat, wie in der letzten Ausschusssitzung erwähnt, ohnehin schon Maßnahmen gegeben, die das in Zukunft hintanhaltend. Sie haben noch einige Wochen Zeit bis zur Landtagswahl, hier ist ein dringender Handlungsbedarf gegeben. Ich selbst stelle mir vor, dass hier umgehend die weiteren Maßnahmen gesetzt werden, damit dies für zukünftige Projekte nicht mehr passiert oder zumindest hintangehalten wird. Dankeschön.

(Beifall bei der SPÖ, ÖVP und den Grünen – 12.16 Uhr)

Präsidentin Mag. Lackner: Danke. Ich habe gerade noch eine Wortmeldung bekommen. Herr Abgeordneter Anton Gangl, nein, Entschuldigung, Herr Abgeordneter Josef Ober.

LTAbg. Ing. Ober (12.17 Uhr): Ja, die Größe hätte gepasst, da hat kein Blatt dazwischen Platz.

Sehr geehrter Herr Landesrat, werte Frau Präsidentin, werte Damen und Herren!

Zu diesem Rechnungshofbericht muss ich doch ein paar Worte sagen, weil wir in dieser Periode eine sehr konstruktive Reformpartnerschaft geführt haben und die Ressorts von ÖVP und SPÖ sich bemüht haben, hier etwas zu erneuern. Neue Wege zu gehen, Neues aufzustellen. Die Region, wo die Straße gebaut wird, ist die Leidtragende. Im Jahre 2001 wurde damals unter Landesrat Schögggl, FPÖ, toll eingeführt, dass die Bezirke Verkehrsleitbilder bekommen. Das war sehr toll. Da hat es eine Kostenschätzung gegeben für diese fehlende Straße von Feldbach bis Studenzen mit einem Kostenvolumen von, damals noch in Schilling, von ungefähr 350 Millionen/360 Millionen Schilling – kann man die Straße errichten. Es hat auch eine Zusage gegeben, dass bis zum Jahre 2008 diese Straße zur Gänze erledigt und gebaut wird. Auf dem aufbauend wurde dann diese Straßentrasse, die erste Querspange Gnas geplant und da hat ein Riesenproblem begonnen. Da bitte ich Sie, Herr Landesrat, wir haben schon einmal darüber gesprochen, wir können nicht alles so belassen, wie es ist und das andere, die jetzt neu kommt, immer nur von deiner Fraktion aus hier zu bemängeln. Wir leisten uns im Land Steiermark, dass alle Ressorts im Vorfeld hier Gutachten, Stellungnahmen abgeben können und jeder verlangt das Unmögliche von dieser Straße. Zum Schluss muss das ausgeschrieben werden und dann explodieren die Kosten. Wenn wir das im Wohnbau tun würden, nach diesem alten System, dann hätten wir höchstwahrscheinlich Baukosten, wo wir uns überhaupt keine Wohnung mehr leisten können. Im Wohnbau ist es gelungen, vor allem Hans Seitinger, sehr viel Intelligenz hineinzubringen, alle Partner an einen Tisch, wie können wir auch für die Zukunft leistbaren Wohnbau garantieren und da haben sich die Firmen enorm angestrengt, die Handwerker, die Planer, hier einen soliden sozialen Wohnbau zukunftssicher mit neuen Spielregeln aufzusetzen. Ist ein ganz entscheidender Punkt. Was mir fehlt im Straßenbau ist, dass wir ähnliche Wege gehen, dass es Kostenlimits pro Kilometer gibt, dass wir einfach regionale Gegebenheiten besser nutzen, dass die Sachverständigen, dass die Juristen gemeinsam in dieses Projekt eingebunden werden und sagen, diese Straße muss gebaut werden, was sind die optimalsten Voraussetzungen, wo sind die Mittel am besten eingesetzt? Jetzt haben wir das gehört, das ist

bis 2005 ausgeschrieben worden, damals haben wir auch den Spatenstich mit Leopold Schögggl gehabt und haben uns gefreut auf diese Straße. Was ist während der Bauphase passiert? Es sind viele Dinge zu optimistisch angesetzt gewesen in dieser Ausschreibung und die Kosten sind, wie schon erwähnt, um 13 Millionen gestiegen. Aber es ist noch nicht zu Ende. Wir haben auch im Landtag hier einen Bericht gehabt, was die neue Straße von Saaz nach Studenzen auch anbelangt. Da sind wir ungefähr bei 50 Millionen Euro Schätzkosten. Also wir sind im Endeffekt auf 80 Millionen von ursprünglich sozusagen 23 Millionen. Da muss ja in uns allen, da müssen die Alarmglocken läuten, dass das nicht geht. Ich vermisse heute auch die Redner von der FPÖ, dass sie uns heute sagen, dass das nicht mehr passieren kann, weil wir eben diese Maßnahmen in diesen Ressorts gesetzt haben, weil wir eben mit den Sachverständigen, allen jenen, die in dieses Projekt eingebunden sind, eine Task force haben, wie wir in Zukunft Straßenbau auch leistbar, finanzierbar, für die Bürger verträglich gestalten können. Das vermisse ich bei all den Dingen, die im Landtag hier debattiert worden sind. Gemeindestruktureform, sind nur die Fehler gesucht worden und nicht erkannt worden, und das ist für mich eigentlich das, was mich enttäuscht, vor allem von der FPÖ nicht erkannt worden, was die Gemeindestruktureform jetzt an Leistungsfähigkeit in der Kinderbetreuung, in der Versorgung älterer Menschen, in der Bewirtschaftung von Schulen, in der Bewirtschaftung in der Raumordnung, in der gesamten Bewirtschaftung auch dieses Wirtschaftsraumes in größeren Einheiten mehr ermöglicht, davon wird nicht gesprochen. Nochmals die Aufforderung, Herr Landesrat, ich bitte wirklich, und das haben wir beim Südgürtel schon erlebt, das haben wir bei vielen anderen Projekten erlebt, ich weiß, das ist keine lustige Aufgabe, wie insgesamt Reformen, ist es unumgänglich auch hier Zukunftsansätze zu finden, damit wir in Zukunft uns überhaupt Straßenbau leisten können, dass wir in eine gewisse Planungs- und Finanzierungssicherheit kommen. So, wie es momentan angelegt ist, ist das weder planungssicher noch finanzierungssicher und da musst du in deinen Ressorts auch Reformen zulassen und die Menschen begeistern mit den ganzen Beratern, Sachverständigen, Experten und Juristen, hier auch in Zukunft für einen leistbaren Straßenbau zu sorgen (*LTA*bg. *Dipl.-Ing. Deutschmann*: „Wir müssen gar nichts.“). Das ist nicht einfach, wie wir gesehen haben in den letzten fünf Jahren, aber dort, wo die Reformen in diesen Bereichen angegangen worden sind, ist vieles gelungen und damit auch zukunftsfit gemacht worden. Es wundert mich, dass heute niemand, dass Sie den Landesrat heute in Stich lassen, meine Herren, dass er das ausbaden muss, wie auch schon beim Südgürtel und anderen Bereichen (*LTA*bg. *Samt*: „Un glaublich, was du daher redest. Es ist un glaublich, was du

erzählst.“), es wundert mich wirklich. Es ist so innovativ wie auch die von euch hochgepriesene Raumordnung, die Gemeinden sind jetzt vereint worden. Wir haben uns erwartet, dass da auch mehr Kompetenz in die Gemeinden kommt. So kleinkarierte Schritte und das von einem Architekten, der weiß, wo es lang gehen sollte, ist für mich ganz entsetzlich, dass das das Ergebnis nach fünf Jahren Arbeit ist, Herr Kollege Deutschmann. Wir haben eine Baukulturenquete gehabt, die viele Maßnahmen für die Zukunft geregelt hat, ich vermisse das alles in diesen Zukunftsansätzen, aber das ist eben so. Etwas Neues zu machen ist schwierig, aber Infrastruktur ist ein wichtiges Thema für die Zukunft. Aus dem Grund bitte ich Sie nochmals, die restliche Zeit zu nutzen, um in den Ressorts Begeisterung zu wecken dafür, dass wir uns um leistbaren, finanzierbaren und verträglichen Straßenbau für die Bürger bemühen und dass auch die Kolleginnen und Kollegen heute von der FPÖ-Reihe sich nicht verschweigen, sondern auch zu ihren Ressorts, zu ihren Ergebnissen, zu diesen Berichten des Rechnungshofes ganz bewusst Stellung nehmen und sagen, ja wir haben das beraten und wir haben erkannt, dass wir hier gewisse Entwicklungen haben, die uns nicht gut tun. Dass wir hier auch Maßnahmen setzen müssen, damit in Zukunft das besser geht, das wünsche ich mir. Nicht nur bei der Gemeindestrukturreform sagen, so kleine Futzerl und Revanche – wundert mich überhaupt, das muss ich auch dazu sagen. Ihr plakatiert ja selbst in Gemeinden, die selbstständig geblieben sind, auf Revanche. Ich weiß nicht, habt ihr da irgendein Match offen oder sonst was, keine Ahnung von Fußball, vielleicht wird das auch verwechselt mit einer Fußballveranstaltung mit Revanche. Das heißt, ihr müsst bei euren Plakaten schon treffsicherer werden, sodass selbst in Gemeinden, wo nichts passiert ist sozusagen, eure Plakate nicht mehr verstanden werden. Wir wollen keine Revanche, wir wollen die Steiermark in vielen Zukunftsfeldern zukunftsfit machen. Dafür braucht es Reformen, die greifen, die auch wehtun, Herr Samt, da gilt es nicht mit samtene Handschuhen – ich meine Herr Samt, (*LTA*bg. Samt: „Was redest du?“) Herr Kollege, du könntest es sogar, aber du darfst es wahrscheinlich nicht, das tut dir in der Seele weh, was hier sozusagen in diesen Ressorts auch passiert, du bist ein vernünftiger Mensch, du bist ein ganz vernünftiger Mensch, nur du traust dich nicht durchzusetzen in deiner Fraktion. Dir würde ich es sogar zutrauen sozusagen. Aber du traust dich in deiner Fraktion nicht dich durchzusetzen. In vielen Gesprächen habe ich aufgeschnappt von dir, dass dir das wirklich im Magen liegt, ob Raumordnung, ob das jetzt der Straßenbau ist, ich muss sagen, auch die Luftreinhaltung, auch das Überfliegen sozusagen, was man uns da beschert hat und all die Dinge. Du wüsstest es besser, aber du traust dich das nicht sagen, weil du höchstwahrscheinlich hier in deiner

Fraktion nicht gut ankommt. Ihr wollt bewahren, nichts verändern und damit ernten wir dann diese Probleme und ich bitte euch, packt es an, traut euch Reformen machen und dann könnt ihr auch für die Zukunft gut mitgestalten. Ein herzliches Glück auf, alles Gute! *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 12.27 Uhr)*

Präsidentin Mag. Lackner: Als Nächster Redner ist Herr Landesrat Dr. Kurzmann am Wort.

Landesrat Dr. Kurzmann *(12.27 Uhr):* Danke, Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Es ist schon darauf hingewiesen worden, dass die wesentlichen Planungen zu diesem Projekt zwischen 1995 und 2005 erfolgt sind. Also lange vor der Zeit meiner Verantwortung und dass die damals politisch Verantwortlichen heute nicht mehr tätig sind. Das sind sowohl der Leopold Schöggl wie auch die Landesrätin Edlinger-Ploder. Bei neuen Projekten, meine Damen und Herren, und da hat die Fachabteilung, die Verkehrsabteilung die richtigen Schlüsse gezogen, ist auf Grund der heutigen Standards in Bezug auf Kostenaktualisierungen eine derartige Kostenüberschreitung nicht mehr möglich. Damit komme ich auch schon zum Kern der Sache. Meine Damen und Herren, es ist ja bezeichnend, dass den selbsternannten Reformpartnern, da gibt es den Herrn Mag. Dolesch, dem auch als politischer Neuling klar sein müsste, dass jemand, der erst im Jahr 2010 die Verantwortung übernommen hat, nicht für etwas die Verantwortung übernehmen kann, wo er noch nicht im Amt war. Aber, dass Sie außer alten Hüten jetzt nichts finden, ist eigentlich ein Kompliment an meine Ressortführung und vor allem auch an die Reformen in meiner Verkehrsabteilung, zu der ich hundertprozentig stehe. Danke für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der FPÖ – 12.28 Uhr)*

Präsidentin Mag. Lackner: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Wir kommen zur Abstimmung.

Die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zu TOP 3 die Zustimmung geben, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe!

Das ist die einstimmige Annahme.

Tagesordnungspunkt

4. Bericht des Ausschusses für Bildung über den Antrag, Einl.Zahl 3139/1, der Abgeordneten Claudia Klimt-Weithaler und Dr. Werner Murgg betreffend Aufklärungskampagne über Spielsucht an steirischen Schulen.

Berichterstatterin ist Frau LTAbg. Claudia Klimt-Weithaler.

LTAbg. Klimt-Weithaler (12.29 Uhr): Danke, Frau Präsidentin! Werte Herren Landesräte, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Zuhörende hier im Auditorium und via Livestream!

Ich berichte zum Tagesordnungspunkt vier, Einl.Zahl 3139/1, Aufklärungskampagne über Spielsucht an steirischen Schulen. Es ist ein Selbstständiger Antrag.

Der Ausschuss „Bildung“ hat in seinen Sitzungen vom 09.12.2014 und 03.03.2015 über den oben angeführten Gegenstand die Beratungen durchgeführt.

Der Ausschuss „Bildung“ stellt den Antrag: Der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht des Ausschusses für Bildung zum Antrag, Einl.Zahl 3139/1, der Abgeordneten Claudia Klimt-Weithaler und Dr. Werner Murgg betreffend Aufklärungskampagne über Spielsucht an steirischen Schulen wird zur Kenntnis genommen. (12.30 Uhr)

Präsidentin Mag. Lackner: Ich danke für die Berichterstattung. Frau Klubobfrau hat sich auch zu Wort gemeldet.

LTAbg. Klimt-Weithaler (12.30 Uhr): Ja, geschätzte Damen und Herren, Sie wissen, dass das Thema Spielsucht und das Thema Glückspiel im Allgemeinen hier eines ist, zu dem sich die KPÖ immer zu Wort meldet, so auch in diesem Fall. Es geht hier darum, dass wir einen Antrag gestellt haben, dass es eine Aufklärungskampagne über Spielsucht an Steirischen Schulen geben soll. Die Zahl der Spielsüchtigen nimmt leider in Österreich immer weiter zu. Drei bis vier Prozent der erwachsenen Österreicher und Österreicherinnen zeigen mittlerweile ein problematisches Spielverhalten. Die Folgen der Spielsucht, die haben wir hier in diesem Haus schon sehr oft genannt, die gehen oft hin bis zum totalen Existenzverlust. Davon sind in weiterer Folge nicht nur die Spielsüchtigen selbst betroffen, sondern auch deren Angehörige. Erst vor kurzem hat der Suchtexperte Univ. Prof. Dr. Martin Kurz im Rahmen einer von der Fachstelle Glückspielsucht Steiermark präsentierten Veranstaltung, also einer Fachtagung –

und zwar war das am 06. November 2014 – Zahlen präsentiert, die, auf die Steiermark umgelegt, von mindestens 65.000 direkt oder indirekt von der Spielsucht betroffenen Personen schließen lässt. Ich glaube, das sind sehr alarmierende Zahlen und Sie wissen auch, es wurde ja hier in diesem Haus beschlossen, dass ab 2016 neue Regelungen, was das Automatenglückspiel anbelangt, gelten. Das sind die liberalsten Bestimmungen Österreichs. Wir haben uns hier auch in sehr hitzigen Debatten damit auseinandergesetzt. Wir haben dagegen gestimmt, denn wenn auch gegenüber der derzeit geltenden Regelung Verbesserungen beim Jugendschutz da sind, muss man dennoch wissen, dass es vorprogrammiert sein wird, dass auf Grund der erlaubten viel, viel höheren Einsätze die sozialen Probleme rund um das Automatenglückspiel, das beim pathologischen Spiel eine weitaus bedeutendere Rolle spielt als bei allen anderen Formen der Spielsucht, zunehmen werden. Die werden weiter anwachsen und damit auch die Folgekosten des Glücksspiels, die ja oft ausgeklammert werden in den Debatten, weil sie auch Steuereinnahmen bringen. Ich glaube, das ist besonders wichtig, dass man sich dann, wenn es jetzt hier schon ein Gesetz gibt, das, wie gesagt, die liberalsten Bestimmungen Österreichs aufweist, dass man sich dann doppelt und dreifach damit auseinandersetzt, wie kann man vor allem die jungen Menschen davor bewahren, dass sie dieser Spielsucht verfallen. Wir haben diesen Antrag im Ausschuss besprochen. Es gab dann auch ein Gespräch mit dem zuständigen Bildungslandesrat, das ich sehr positiv erlebt habe, weil ich das Gefühl habe, dass man da jetzt wirklich hinschauen möchte und etwas machen möchte. Dementsprechend gibt es eben diesen Abänderungsantrag, der gleichzeitig den Inhalt der Stellungnahme wiedergibt und wir sind davon ausgegangen, dass eben künftig so eine Aufklärungskampagne gemeinsam mit verschiedenen Experten und Expertinnen durchdacht werden soll und dass man das dann auch an die, vor allem jene Jugendlichen, die in Berufsschulen sich aufhalten, richtet, den die sind, unserer Meinung nach, und da teilen wir eben die Meinung der Expertinnen und Experten, sicher am Gefährlichsten.

Jetzt gibt es aber zusätzlich einen Entschließungsantrag von der FPÖ und ich muss dazu sagen, ich finde das schon einigermaßen bemerkenswert, dass die FPÖ sich nun auch auf dieses Thema draufsetzt. Ich nehme gleich einmal vorweg, selbstverständlich werden wir diesem Antrag unsere Zustimmung geben, aber ich finde das schon spannend, dass die FPÖ einerseits den Wünschen der Glückspielindustrie vollkommen nachgekommen ist, indem sie diesem Gesetz die Zustimmung gegeben hat. Wie gesagt, es gibt dort immens höhere Einsätze, also da war überhaupt keine Debatte. Die FPÖ hat überall mitgestimmt, wenn es um

die Novellierung dieses Gesetzes gegangen ist. Unserer Meinung nach ein verantwortungsloses Gesetz, weil es eben die höchstmöglichen Einsätze zulässt und jetzt kommt die FPÖ drauf, hoppla, ist vielleicht doch nicht unwichtig, vielleicht hat es auch mit der Wahl etwas zu tun, wenn man hier für Aufklärungskampagnen sorgt. Also wie gesagt, wir werden diesem Antrag gerne unsere Zustimmung geben, wiewohl wir auch dem normalen Antrag unsere Zustimmung geben werden. Aber eines muss man Ihnen schon vorhalten, das wirkt ein bisschen scheinheilig, wenn Sie jetzt hergehen und sagen: „Naja, wir haben zwar dem Gesetz unsere Zustimmung gegeben, aber jetzt sind wir doch dafür, dass da mehr getan werden muss.“ Wie dem auch sei. Ich gehe jetzt einmal davon aus, wenn die FPÖ wirklich daran interessiert gewesen wäre, etwas gegen die Spielsucht zu unternehmen, dann hätte sie einem vom Glückspielkonzern diktierten Gesetz letzten Sommer nicht die Zustimmung gegeben, aber wie auch immer. Es geht jetzt um diese Aufklärungskampagnen und ich glaube, dass es besonders wichtig ist, dass wir uns dessen annehmen und deshalb werden wir sowohl dem einen Antrag als auch dem Entschließungsantrag unsere Zustimmung geben. Danke für die Aufmerksamkeit. (12.36 Uhr)

Präsidentin Mag. Lackner: Danke. Als Nächste zu Wort gemeldet hat sich Frau Abgeordnete Andrea Schartel.

LTAbg. Schartel (12.36 Uhr): Danke, Frau Präsident! Sehr geehrter Herr Landesrat, meine lieben Herren Kollegen und Damen!

Liebe Frau Claudia Klimt-Weithaler, ich möchte dazu sagen, es hat jetzt nichts mit einer Scheinheiligkeit zu tun, aber wie Sie wahrscheinlich bemerkt haben, steht bei uns im Parteiwort das Wort Freiheit. Wir sind nach wie vor noch überzeugt, dass die Menschen unseres Landes in ihrer Freiheit selbst zu entscheiden so stark sind, dass es nicht immer bedarf alles zu verbieten und sehr enge Gesetze zu schaffen, sondern dass es viel, viel wichtiger ist, die Menschen über etwaige, nicht so optimale Dinge aufzuklären. Da eben die Stellungnahme der Landesregierung eigentlich nur darauf verweist, dass sie sich sozusagen sehr intensiv mit dem Jugendschutz auseinandersetzt und dass jetzt eben erst im Februar 2014 als Nachweis diese Testkäufe gemacht wurden, im Februar 2014, war das für uns, dass das sich nicht zu sehr mit diesem Thema auseinandersetzt, sondern dass man davon ableitet, wenn man eben sozusagen hergeht und sagt, wenn das Jugendgesetz bei Rauchen und Alkoholkonsum eingehalten wird, dann könnte man eventuell davon ausgehen. Und vor allem

haben Sie sich auch darauf bezogen, dass Sie selbst auf die Notwendigkeit überprüfen müssen, ob überhaupt eine Notwendigkeit besteht, diese Spielsuchtkampagne zu starten. Wenn man sich anschaut, z.B. den Projektbericht der Steirischen Gesellschaft für Suchtfragen, dann beweisen die eindeutig, dass eben speziell die Jugendlichen, die Schüler und vor allem Berufsschüler und Lehrlinge sehr stark internetsuchtgefährdet und vor allem auch diese Online-Glücksspiele nutzen. Es hat dann auch im Jahre 2011 eine Studie gegeben, die Jugendliche befragt hat und wo bereits 35 % dieser jungen Menschen zugegeben haben, dass sie sehr wohl einschlägige Erfahrungen mit Online-Glücksspielen haben. 15 % von ihnen wurden damals bereits als Vielspieler charakterisiert.

Da wir wirklich die Notwendigkeit sehen, dass man entsprechende Präventionsmaßnahmen tätigen muss, stellen wir daher folgenden Antrag: Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, in Zusammenarbeit mit dem Landesschulrat eine Aufklärungskampagne zum Thema Spielsucht an allen allgemein bildenden Schulen (AHS), berufsbildenden mittleren und höheren Schulen (BMHS) und Berufsschulen (BS) in der Steiermark anzubieten. *(Beifall bei der FPÖ – 12.38 Uhr)*

Präsidentin Mag. Lackner: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Bernhard Ederer.

LTAbg. Ederer (12.39 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, Herr Landesrat, geschätzte Kolleginnen und Kollegen!

Das Jugendschutzgesetz, vor allem die Einhaltung dessen, ist natürlich eine ganz, ganz wichtige Sache. Gerade die Spielsucht ist eine große Gefahr. Man müsste sich natürlich auch die Frage stellen, warum nimmt das ständig zu? Was sind hier die Ursachen, wo kann man hier auch anders ansetzen? Gespräche, Aufklärung, das ist natürlich ganz, ganz wichtig und eine jede Aktion in diese Richtung ist begrüßenswert. Die Frage, in der Stellungnahme passiert was? Ja, bzw. was könnte man anders machen oder zusätzlich machen, was ist umgesetzt, um welche Maßnahmen muss man das erweitern, ist erläutert. Die Testkäufe, die durchgeführt wurden, halten wir für sehr, sehr wichtig. Möchte hier auch persönlich erzählen, dass mein Sohn für eine Konsumentenschutzzeitschrift teilgenommen hat, ist, glaube ich, ein oder zwei Jahre her, und ich das auch persönlich mitverfolgen konnte, wie dann das abläuft, wo es Probleme gibt. Dass man jetzt das Ganze erweitert, das zuständige Ressort, wie es aussieht in Spielautomatenbetrieben, Tankstellen, Gasthäusern usw., ob und wie das

möglich ist und dass man hier dem in verschärfter Form nachgeht, ist ebenso vorgesehen und wichtig. Generell muss ein Umdenken erfolgen. Die Verschärfung der Kontrollen ist eine Sache. Sie sollen abschreckend wirken, sollen vorbeugend wirken. Die Studien, wenn man sich anschaut, was es hier alles gibt, zeigen ja auf, es sind spezifische Gefahren, die vom Glücksspiel ausgehen. Wichtig ist gerade für die Jugendlichen, dass sie Bezugspersonen haben, dass sie umgehen können und lernen, mit negativen Gefühlen zu leben und dass wir, jetzt als Gesetzgeber, als zuständige, als Verantwortungsträger, konstruktive Strategien haben und hier in die Suchtprävention rechtzeitig und richtig investieren können. Zugangsbarrieren schaffen, ist, glaube ich, schon erfolgt, das war einmal eine wesentliche Maßnahme, aber natürlich in weiterer Folge in der Jugendarbeit Unterstützung in der Lebensbewältigung zu geben. Es ist ganz klar, wenn es hier Verstöße gibt, das ist nicht duldbar, wir brauchen klare Regeln. Ich denke, wir haben auch klare Regeln, strenge Exekutierung der gesetzlich vorhandenen Bestimmungen, weil natürlich logischerweise zukünftige Existenzen gefährdet sind und Folgekosten, die wiederum die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler treffen und die auf die Allgemeinheit sonst abgewälzt werden. Es liegt dieser schriftliche Abänderungsantrag vor – war im Ausschuss einstimmig. Hier wurden die Punkte aufgezählt, was in weiterer Folge gemacht wird. Deshalb haben wir jetzt als Fraktion der Volkspartei oder gehen davon aus, dass das jetzt ausreichend vorerst ist und werden dem Antrag der Freiheitlichen nicht zustimmen. Dankeschön. *(Beifall bei der ÖVP – 12.42 Uhr)*

Präsidentin Mag. Lackner: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Wir kommen zur Abstimmung.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag der Berichterstatterin zu TOP 4 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe!

Entschuldigung, ich wiederhole noch einmal die Abstimmung. Wer dem Antrag zustimmt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe!

Das ist die einstimmige Annahme.

Frau Abgeordnete Schiffer – bitte? *(LTAvg. Lechner-Sonnek: „Sind wir beschlussfähig? – LTAvg. Ing. Jungwirth: „Sind wir überhaupt beschlussfähig?“ – LTAvg. Lechner-Sonnek: „24?“) – ja, wir haben früher durchgeschaut (LTAvg. Lechner-Sonnek: „Dann sind wir jetzt 24. Das ist nicht die Hälfte.“) – ja, nein wir haben aber die 24 gehabt früher, bevor wir zur*

Abstimmung gekommen sind. (LTAbg. Ing. Jungwirth: „Wir brauchen aber 28, der Landtag ist noch nicht verkleinert.“) Nein, wir haben für die normale Beschlussfähigkeit eine Notwendigkeit von 24 Abgeordneten. 24 für normale. (LTAbg. Ing. Jungwirth: „28.“) Nein, nicht die Hälfte. Wir haben die Notwendigkeit jetzt in realita 24 – 3/7 laut Geschäftsordnung, 24, und die hatten wir, auch zu Beginn der Abstimmung. So!

Das war, sehe ich das richtig, die einstimmige Annahme? Auch mit der Stimme von Frau Schiffer.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der FPÖ zu TOP 4, Einl.Zahl 3139/6, betreffend Aufklärungskampagne über Spielsucht an steirischen Schulen ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe!

Das ist die mehrheitliche Ablehnung mit den Stimmen der SPÖ und ÖVP.

Tagesordnungspunkt

5. Bericht des Ausschusses für Landwirtschaft über den Antrag, Einl.Zahl 3085/1, der Abgeordneten Lambert Schönleitner, Ing. Sabine Jungwirth und Ingrid Lechner-Sonnek betreffend Mountainbiken auf Forststraßen.

Berichterstatter ist Herr LTAbg. Lambert Schönleitner

LTAbg. Schönleitner (12.45 Uhr): Danke Frau Präsidentin!

Ich darf den Schriftlichen Bericht des Ausschusses „Landwirtschaft“ bringen. Der Ausschuss „Landwirtschaft“ hat in seinen Sitzungen vom 11.11.2014 und 03.03.2015 über den oben angeführten Gegenstand die Beratungen durchgeführt.

Der Ausschuss „Landwirtschaft“ stellt den Antrag: Der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht des Ausschuss für Landwirtschaft zum Antrag mit der Einl.Zahl 3085/1 der Abgeordneten Lambert Schönleitner, Ing. Sabine Jungwirth und Ingrid Lechner-Sonnek betreffend Mountainbiken auf Forststraßen wird zur Kenntnis genommen. (12.45 Uhr)

Präsidentin Mag. Lackner: Danke für die Berichterstattung. Zu Wort gemeldet hat sich Frau Abgeordnete Waltraud Schiffer.

LTabg. Schiffer (12.45 Uhr): Frau Präsidentin, Herr Landesrat, werte Kolleginnen und Kollegen!

Dieser Antrag ist ein ganz interessanter Antrag. Es sind sehr viele Punkte schon abgehandelt und erledigt. Ich bin selbst ein begeisterter Biker und kenne die Steiermark in- und auswendig auf diesen Strecken. Wir haben eine wunderbare lange Strecke, 900 km von Graz nach Mürzzuschlag auf den Dachstein. Wenn man die Tour genießen möchte, dann muss man diese Strecke wirklich fahren. Die Steiermark ist wirklich ein wunderbares Gebiet für die Mountainbiker bis zum Schilcherland und wenn man schaut, ist für jeden etwas dabei. Ob jetzt für einen Anfänger oder für einen Anspruchsvollen, für Familien, für Jung oder Alt, da haben wir wirklich wunderbare Pisten. Wenn man allein nach Schladming schaut, auf den Hauser Kaibling oder die Hochwurzen, die Gondeln wurden umgebaut, dass man ob Sommer oder Winter das auch nutzen kann. Aber wie im Antrag der Grünen formuliert wird, dass alle Wegehalterinnen und Wegehalter die ganzen Wälder öffnen sollen, mit diesem Antrag kann ich nicht mitgehen, weil ich bin selbst Landwirtin und Forstwirtin und muss ganz ehrlich sagen, der Wald ist Schutz- und Erholungsgebiet. Da gibt es ganz, ganz viele Dinge, wo wir nicht zustimmen können. Es ist ein Erschwernis im Arbeiten. Was macht man, wenn man mit der Seilwinde arbeitet und wir können nicht dagegen steuern, wenn die Mountainbiker kommen oder wer haftet dafür. Im Tourismusressort ist es ganz genau ausgewiesen, dass die Haftung über das Land Steiermark verfolgt wird, aber in Ausnahmefälle, die nicht registriert sind, diese Strecken wissen wir beim besten Willen nicht, wo die Haftung hingehet. Dann ist es so, wir Landwirte sind so großzügig im Gebiet der ..., dass wir unsere Grundstücke offen halten für Freizeitbetätigung, für Wanderungen und Schifahren und alles Mögliche, und da muss man wirklich ein großes Lob an alle Landwirte sagen, danke, dass sie sich soweit bereit erklärt haben. Was ist, wenn ich bei einem Grundeigentümer im Garten fahre mit dem Rad und vielleicht einen Unfall habe und der hat dann die Haftung, dann schauen sie mich auch blöd an. Aber wie es auch bei dem Schifahren ist, ist es auch bei den Bikern, dass sie oft nicht wissen, wohin der Weg führt und sie führen wahrscheinlich irgendwo im Gebiet herum, und dann zerstören sie im Wald irgendwelche Jungwälder. Sie haben mit dem Wild schon das Problem, aber im Endeffekt müssen wir auf den Straßen bleiben und die Land- und Forstwirtschaft schon sehr schützen. Die Tiere brauchen ihren Freiraum und ihre Ruhezeiten und die Landwirte brauchen die Zeit zum Arbeiten. (Beifall bei der FPÖ) Schlussendlich ist noch zu sagen, dass ja nicht die Quantität zählt, sondern die Qualität. Da haben wir sehr viele

Strecken in der Steiermark, welche wir unseren Mountainbikern zur Verfügung stellen.
Danke. *(Beifall bei der FPÖ – 12.49 Uhr)*

Präsidentin Mag. Lackner: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Dipl.-Ing. Odo Wöhry und ich ersuche Sie alle, den Lärmpegel wieder zu senken.

LTabg. Dipl.-Ing. Wöhry (12.49 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, Herr Landesrat, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren im Zuschauerraum!

Es liegt ja der Ausschussantrag heute zur Diskussion vor. Ich möchte aber trotzdem noch einmal zurückkommen auf den ursprünglichen Antrag der Grünen, weil der aus meiner Sicht, so wie viele Anträge der Grünen, bemerkenswert ist von der Argumentation und von der Sprache. Da ist zu lesen im ursprünglichen Antrag, und das führe ich nicht nur auf die bevorstehenden Wahlen zurück, sondern das verfolgt uns ja bei vielen Grünen Anträgen in dieser Legislaturperiode, da steht z.B. zu lesen, die Steiermark gerät ins Hintertreffen, Mountainbiker werden immer wieder schikaniert, Mountainbiker werden angezeigt, wann reagiert das Land Steiermark endlich und vieles andere mehr. Ich weiß nicht, wer diesen Antrag formuliert hat, oder wer diese Formulierungen immer wieder trifft, aber im konkreten Fall kann ich das entweder nur auf Vorsatz oder auf Ahnungslosigkeit zurückführen, weil die Situation in der Steiermark eine völlig andere ist, was allein die Sprache bei diesem Antrag zum Ausdruck bringt. Wir haben ja in der Vergangenheit von den Grünen auch Anträge zur Luftqualität, zur Wasserqualität gehabt, die in einer ähnlichen Diktion abgelaufen sind und letztendlich glaube ich, dass das Bild, das die Grünen von der Steiermark zeichnen, nicht jenes Bild ist, das die Steirerinnen und Steirer und schon gar nicht die Touristinnen und Touristen von unserem Land in Erinnerung haben bzw. täglich sehen. Es ist ja kein Zufall, dass das Land Steiermark das Tourismusland Nr. 1 ist. Da spielt natürlich neben anderen wesentlichen Freizeitmöglichkeiten und Sportmöglichkeiten gerade der Outdoor-Tourismus eine entscheidende Rolle, und zwar in allen Landschaftsteilen. Wir haben hier auch entscheidende Zunahmen, was die Frequenz betrifft, im Hinblick auf die Nutzung von diesen Outdoor-Möglichkeiten in der Steiermark und das drückt sich auch in den Statistiken des Steiermark-Tourismus Jahr für Jahr aus. Gerade für Mountainbike-Strecken gibt es bei uns in der Steiermark sehr, sehr gute Lösungen, weil wir eines der ersten Bundesländer waren, in den 90-er Jahren wohlgerne, bereits in den 90-er Jahren, das sich dieser Thematik angenommen hat und es ist uns damals von anderer Seite, neutraler Seite, attestiert worden,

dass hier die Steiermark eine Vorreiterrolle übernommen hat, sowohl in dieser Entwicklung der Mountainbike-Touren, als auch in der rechtlichen Umsetzung und in der finanziellen Entschädigung. Also wir brauchen den Vergleich mit anderen nicht zu fürchten und es ist geradezu eine gefährliche Drohung, weil es nämlich für die Steiermark ein Rückschritt wäre, so zu tun, wie andere Bundesländer es machen. Ich habe mir einmal angeschaut, was definitiv an Streckenlängen von Mountainbike-Strecken in vergleichbaren Bundesländern es gibt. So haben wir in Tirol 5.900 km, in Salzburg 5.000 km, in Vorarlberg 1.500 km freigegebene Mountainbike-Strecken. In der Steiermark sind es 5.300 km. Bei dieser Streckenlänge sind ausschließlich Forststraßen, Almwege und Güterwege erfasst. Es ist in dieser Statistik nicht enthalten, wie viele Gemeindewege bzw. öffentliches Gut von diesen Strecken betroffen sind. Allein im Bezirk Liezen haben wir nahezu 1.000 km Mountainbike-Routen und ich denke, dass das für diesen Bezirk durchaus angemessen ist und dass das durchaus auch ausreichend ist, um diese Outdoor-Sportarten auch in diesem Bezirk entsprechend zu pushen. Wir sind also gut aufgestellt. Aber natürlich gibt es länderweise unterschiedliche Zugänge. Einerseits bei der Schaffung dieser Mountainbike-Strecken und andererseits bei der laufenden Betreuung. Es gibt von Geldleistungen in Form von Entschädigungszahlen bis hin zu Versicherungsleistungen von Seiten der Länder unterschiedlichste Varianten, aber das hängt natürlich auch mit der Eigentümerstruktur zusammen, die in den jeweiligen Bundesländern dominant sind. Es gibt Bundesländer, wo man einen relativ hohen Anteil an öffentlichen Waldungen hat wie z.B. jene Bundesländer, wo die Bundesforste oder auch die dazugehörigen Landesforste große Flächen besitzen. Da tut man sich natürlich als Land leichter, die eine oder andere Strecke freizubekommen und es gibt auch Bundesländer, wo das Privateigentum überwiegt. Ausgehend von dieser Eigentümerstruktur ist natürlich der jeweilige Einsatz des Landes zu sehen. Wir haben diese Mountainbike-Strecken ja entweder im Wald oder auf Almflächen oder über landwirtschaftliche Nutzflächen und es ist natürlich auch unterschiedlich zu bewerten, je nachdem wie die Struktur aussieht, welche Kulturgattung es ist, in welcher Form man dann dort auf rechtlicher Basis das eine oder andere dann durchsetzen kann. Ich habe zuerst die Kilometerlängen dieser Mountainbike-Strecken in den Bundesländern aufgezählt, aber ich glaube nicht, dass es die Länge ist, also die Quantität, ich glaube auch nicht, dass es auch nur die Qualität ist im Hinblick auf Landschaftserlebnis und sonstige Dinge, sondern das, was das Land definitiv beitragen kann ist, dass man eine gewisse Benützungssicherheit gibt. Eine Benützungssicherheit für Mountainbiker, eine Benützungssicherheit aber auch für die Grundeigentümer und die

anderen Landschaftsnutzer. Da hat das Tourismusressort in der Steiermark in so ferne großartige Arbeit geleistet, als dass man in der Beratung, in der Vertragserrichtung oder auch im Sinne der Freizeitpolice rechtliche und organisatorische, aber auch finanzielle Hilfe angeboten und umgesetzt hat. Auf den ausgewiesenen Routen, und das habe ich schon gesagt, gibt es Benützungssicherheit aber nur solange, solange sich alle an die Spielregeln halten. Wir haben ja auf Grund der Vielzahl der Landschaftsnutzer natürlich auch unterschiedliche Interessen. Das muss man, glaube ich, respektieren, wenn man von Konflikten spricht, die ja eigentlich dem Grünen Antrag zugrundeliegen. Diese Konflikte sind aber nicht so, dass jeden Tag hunderte von Konflikten bzw. Anhaltungen oder Anzeigen auftreten, sondern das sind Einzelfälle, die halt dann in den sozialen Medien entsprechend kommuniziert werden und quasi als die Norm dargestellt werden. Dem ist absolut nicht so und ich denke, wenn sich alle an die Regeln halten, die vorgegeben sind, dann kann man auch diese Konflikte ausschließen. Ein wesentlicher Punkt und ein wesentlicher Beitrag zu dieser Benützungssicherheit wurde vom Land Steiermark bereits Ende der 90-er Jahre gemacht, wo nämlich die zehn Grundsätze für ein positives Mountainbiken erarbeitet und auch veröffentlicht wurden. Jeder, der sich diese zehn Grundsätze durchliest, weiß oder sieht, dass man eigentlich, wenn sich die Mountainbiker, auch die Mountainbiker an die Regeln halten, dass man wesentliche Konfliktpotentiale ausschalten kann. Die meisten, die sich mit diesem Thema intensiv befassen, denen ist auch bekannt, dass eigentlich weit über 90 % der Mountainbiker oder der Naturnutzer mittels Mountainbike sich an diese Regeln halten, aber es ist halt wie überall anders auch, dass sich ein, zwei Prozent sich partout nicht an diese Regeln halten wollen. Da kommt es natürlich dann zu offenen Konflikten. Ich habe es schon angesprochen, das eine Konfliktpotential ist einfach Grundeigentümer, Waldbewirtschafter. Das zweite Konfliktpotential, und das soll man nicht unterschätzen, ist Wanderer/Mountainbiker. Dann gibt es natürlich auch noch Jagd und Mountainbiker, um ein paar spezielle Konfliktpotentiale oder –herde herauszupicken. Da geht es meistens, glaube ich, um persönliche Starrsinnigkeit, weil, würde sich jeder an die Regeln halten, die selber auferlegt sind, würde das so nicht sein. Es ist natürlich ein Aspekt, und der betrifft insbesondere das Privateigentum in besondere Weise, hervorzuheben: Wir leben in einer Gesellschaft, wo das Eigentum zunehmend einen Stellenwert in der öffentlichen Diskussion verliert. Man darf allerdings nicht vergessen, dass dieses Privateigentum, nehmen wir den Wald einmal her, für den einen eine Lebensgrundlage darstellt, für den anderen ist es der Raum zur Freizeitgestaltung. Für den einen ist es die Basis des Einkommens und für den anderen ist es der Erholungsraum, wo er sich von seinem

stressgeplagten Alltag erholen kann. Es wirken natürlich auch in unterschiedlichen Kulturgattungen unterschiedliche Gesetze und Verordnungen. Wir leben da in einem Spannungsfeld einerseits Landschaftsnutzer, die das ganze mehr als Hobby, Freizeit, Erholung sehen zu anderen Landschaftsnutzern. Aber wir haben natürlich auch für diese Kulturgattungen ganz spezielle Gesetze, die auch einzuhalten sind und die ganz klare Vorgaben für die Nutzung dieser Kulturgattungen inkludieren. Ich denke da an das Forstgesetz, an das Naturschutzgesetz, das Jagdgesetz, etc. Was mich ja sehr wundert, ist, dass die Grünen mit diesem Antrag mehr oder weniger die Position einnehmen, dass jeder überall Mountainbiken dürfen soll. Jene Grünen in der Steiermark, die sonst immer wieder versucht sind, gleich einmal einen Glassturz drüberzulegen über die Landschaft und jedenfalls einmal zu wissen, was man wo alles nicht darf. Das ist für mich eine spannende Diskussion, gerade im Hinblick auf die Grünen, weil ich möchte nicht wissen, wie denn das so wäre, würde irgendwo eine besonders schützenswerte Pflanze, ein schützenswertes Tier oder sonst etwas auftauchen, da sehen sie das Konfliktpotential nicht, weil da die Natur zweitrangig ist und das nehme ich jetzt in Richtung Vorwahlzeiten. Zweitrangig ist im Hinblick darauf, dass man vielleicht ein paar Wählerstimmen damit lukrieren kann, dass man in der Öffentlichkeit die Position einnimmt, dass selbstverständlich Mountainbiken überall in unseren Wäldern und Bergen erlaubt ist. Das ist für mich verwunderlich. Aber bitte, mit dem müssen die Grünen dann selbst zurechtkommen. Der Lambert, und das wundert mich ja, dass er deshalb die Position einnimmt, weiß ich ja, dass das Allheilmittel nicht die grenzenlose Öffnung ist, im Tourismus, insbesondere in Landschaftsteilen, sondern dass die Besucherlenkung einen ganz besonderen Stellenwert hat. Was bedeutet Besucherlenkung beim Mountainbiken? Dass ich mich auf jenen Strecken bewege, die freigegeben sind, weil die also für alle Beteiligten, und zwar dann auch vorrangig für Mountainbiker vorgesehen sind und man damit sehr viel Konfliktpotential vermeiden kann.

Abschließend darf ich feststellen, dass die Steiermark in Bezug auf das Mountainbiken sehr, sehr gut aufgestellt ist. Wir stellen das ja durch die touristischen Statistiken alljährlich fest. Die Touristen, aber auch die Bevölkerung, die heimische Bevölkerung kann mit diesen ausgewiesenen Strecken sehr, sehr gut leben. Aber wie gesagt, es gibt immer ein paar schwarze Schafe, die glauben, dass Regeln für die anderen gelten, aber für sie persönlich nicht. Es ist vieles realisiert, es ist noch manches geplant und in einem Gespräch mit Landeshauptmannstellvertreter Schützenhöfer, dem Tourismusreferenten, ist auch klargestellt worden, dass Verbesserungsvorschläge oder sinnvolle Planungen selbstverständlich auch in

der Zukunft vom Land Steiermark unterstützt werden. So denke ich, dass die scharfe Formulierung der Grünen in diesem Antrag, dass in der Steiermark alles so schrecklich ist, ich vielleicht habe aufklären können nämlich dahingehend, dass die Steiermark eigentlich das Musterland hinsichtlich Mountainbiken ist. Glück auf. *(Beifall bei der ÖVP – 13.03 Uhr)*

Präsidentin Mag. Lackner: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Ewald Persch.

LTAbg. Persch (13.03 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, Herr Landesrat, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Nach dem Kollegen Wöhry könnte ich sagen, es ist alles gesagt, aber nicht von mir. Der Odo hat das wirklich sehr genau und präzise ausgeführt, aber noch kurz zwei, drei, vier Sätze dazu. Wenn man sich den Bericht der Abteilung ansieht muss man sagen, dass wirklich viele Forderungen von Seiten der Grünen hier auch wirklich schon umgesetzt wurden. Wir wissen, dass in vielen Bereichen aus rechtlichen Gründen es nicht möglich ist umzusetzen, dass das weniger am Ressort liegt oder an der Regierung, sondern mehr an den rechtlichen Barrieren, die wir haben. Es gibt einen Schutz der Grundbesitzer und den muss man in vielen Bereichen einfach akzeptieren. Kollege Wöhry hat es schon ausgeführt, es ist leider doch so, dass es zwei, drei, vier Prozent der Mountainbiker gibt, die sich an das Gesetz partout nicht halten wollen. Die sogenannten schwarzen Schafe machen da natürlich Beispiele, die die Grundbesitzer natürlich abschrecken ihre Grundstücke zur Verfügung zu stellen. Mit rund 5.500 km oder genau 5.300 km Mountainbikestrecken in der Steiermark und ganz im Besonderen im Bezirk Liezen sind wir, glaube ich, sehr, sehr gut aufgestellt. Immerhin gibt es auch große Veranstaltungen, die stark von Seiten der Landesregierung unterstützt werden wie die Alpentrophy oder das UEC-Mountainbike-Masters, das dem ganzen Sport, glaube ich, auch gut tut. Die Freizeitpolizei des Landes, die es seit 1996 gibt, glaube ich, war schon ein wichtiger Schritt, dass man den Grundbesitzer oder die Grundbesitzer dementsprechend absichert, was das Haftungsrisiko bei Unfällen anbelangt. Ich glaube, dass hier viel getan wurde. Natürlich kann man immer mehr machen, das ist klar. Ich glaube, im guten Einvernehmen mit den Grundbesitzern ist es auch möglich, dort und da, wo es Sinn macht, diese Strecken noch auszubauen und für den Sport freizugeben. Ich glaube, in Summe ist viel passiert und ich bedanke mich für die gute Arbeit. Dankeschön. *(Beifall bei der SPÖ – 13.05 Uhr)*

Präsidentin Mag. Lackner: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Lambert Schönleitner.

LTabg. Schönleitner (13.05 Uhr): Danke, Frau Präsidentin! Herr Landesrat, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Danke für die sehr gute Debatte. Da sieht man schon, dass der Grüne Antrag Sinn gehabt hat über das wieder einmal zu reden. Es ist natürlich nicht alles in völliger Unordnung und alles schrecklich in der Steiermark. Das Wort schrecklich findet sich übrigens im Antrag überhaupt nicht. Aber wir erleben hier etwas anderes und darum haben wir diesen Antrag eingebracht, dass nämlich sich ganz viele Menschen bei uns melden und sagen, in der Steiermark sieht es anders aus als in den anderen Ländern – Italien, Südtirol und andere Bereiche. Die kommen zu uns mit dem Anliegen, wir sollen mehr Strecken freigeben. Was für mich beachtlich ist, dass es mittlerweile auch wirklich schon die großen Freizeitorganisationen sind, mit dem Alpenverein, also auch mit denen haben wir Kontakt gehabt, die sagen, es muss einfach mehr geschehen. Niemand fordert, dass man überall völlig frei, ohne jegliche Abgeltung und ohne Regeln fahren kann, das wäre völlig falsch. Wenn ich Besucherlenkung ernst nehme, dann müsste man einfach sehen, einer der wichtigsten Herausforderungen im Tourismus ist vom Wintertourismus etwas wegzukommen und den Sommertourismus zu attraktivieren. Die Mountainbikerinnen und Mountainbiker sind eine irrsinnig finanzkräftige Kundengruppe. Das muss man auch einmal sagen, also man weiß, das sind gewichtige Touristinnen und Touristen und für die muss man etwas anbieten. Da stehen wir natürlich im internationalen Wettbewerb und der Wunsch wäre, dass wir es vielleicht schaffen eine ganze Menge mehr an Strecken freizugeben oder wesentlich mehr freizugeben, um das Angebot zu erweitern. Es stimmt schon, wenn wir sagen, wir haben so und so viel Kilometer an Strecken vorhanden, aber immer wieder hören wir, dort darf man nicht hineinfahren, dort darf man nicht hineinfahren und ich glaube, dass so mancher Landwirt dann, wenn eine Entschädigungslösung da wäre, pro Kilometer oder wie auch immer mit dem Tourismus einiges möglich wäre, dass man mehr freigeben kann. Wir wissen ja auch und, Herr Landesrat, du weißt es, dass wir den Forststraßenbau massiv öffentlich fördern. Das hat auch gute Gründe, weil durch das können wir die kleineren Bauernwälder bewirtschaften, weil sonst könnten wir das Holz überhaupt nicht mehr rausholen und da ist schon die Frage, ob es nicht z.B. als Förderkriterium oder wie auch immer beim einen oder anderen vielleicht die Möglichkeit für eine erhöhte Förderung gibt. Ich sage jetzt nur mehr ein Beispiel, dass dann auch Strecken freigegeben werden

müssen, aber ich rede von Forststraßen und ich rede nicht vom Waldboden und von allen Flächen, wie der Odo jetzt gesprochen hat, sondern vorwiegend von Forststraßen, dass man das Netz einfach erweitert und freigibt. Aber es muss immer klar sein, der Grundbesitzer muss einwilligen oder muss in einer Lösung drinnen sein, sonst wird es nicht funktionieren. Völlig klar, wir werden nicht alles freigeben, denn dann hätten wir wahrscheinlich wirklich ein Problem, weil wir ja bis ins sehr sensible Bergland hinein wahrscheinlich das Mountainbiken hätten. Aber die Botschaft des Antrages der Grünen war, wesentlich mehr freizugeben, mehr Angebot im Bereich des Mountainbikens zu machen und die Regelungen, auch was die Haftungen anbelangt, wirklich lückenlos zu regeln, damit kein Landwirt - weil das ist ja auch das Problem für den Bauern, der sehr oft in irgendeine Gefahrensituation kommt, dass er da irgendwie haftbar wird, wenn irgendetwas passiert. Ich glaube, es wäre einmal gut, in diesem Bereich die großen Naturschutzorganisationen, den Organisationen aus der Landwirtschaft zu schauen, ob man nicht Maßnahmen oder Regeln zusammenbringt, die wesentlich das Angebot in diesem Bereich verbessern. Es sind, wie gesagt, viele Menschen, die zu uns kommen und die sagen, es ist zu wenig und die Konflikte gibt es immer wieder zwischen Grundbesitzern und Mountainbikern und ich glaube, da muss die Politik etwas tun. Danke. *(Beifall bei den Grünen – 13.09 Uhr)*

Präsidentin Mag. Lackner: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Hubert Lang.

LTAbg. Hubert Lang (13.09 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrter Herr Landesrat, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörer!

Der Herr Kollege Lambert Schönleitner hat die Forstwege angesprochen und die allgemeine Situation, dass man zusätzliche Wegstrecken freigeben sollte. Ich darf schon daran erinnern, dass man nicht nur die 5.200 km ausgewiesenen Mountainbikestrecken vorfindet, sondern zusätzlich gibt es ja auch die Gemeindewege, die für die Mountainbikeradfahrer geöffnet sind, die für die Mountainbiker auch zugänglich sind und es gibt regionale Lösungen, die in dieser Ausweisung bei den 5.200 km nicht enthalten sind, regional angesprochen sind das Vereinbarungen in Tourismusverbänden mit den Grundstücksbesitzern. Hier ist ein wesentlich größeres Angebot auch in der Steiermark vorhanden. Ich darf auf eine Adresse hinweisen. Unter www.bergfex.at finden sie alle Möglichkeiten, auch vor Ort in den Regionen draußen, wenn es darum geht, regionale Lösungen zu suchen. Um die

Haftungsfrage noch einmal zu präzisieren, das Land Steiermark hat über den Tourismus die Freizeitpolizei, das ist eine Lösung, dass die Grundbesitzer aber auch die Mountainbiker versichert sind, wenn was passiert. Allerdings auch mit der Auflage, dass die Mountainbiker sich sehr wohl an die Wegstrecken halten müssen und auch die Wegerhalter, das müssen ja nicht immer Grundbesitzer sein, sondern auch Institutionen, zum Beispiel der Naturpark, die Wege aufrechterhalten oder Tourismusverbände, die hier versichert sind. Ich darf trotzdem noch einmal darauf hinweisen, was das Thema betrifft, von den Forstwegen. Forstwege sind Arbeitsstätten im Bereich des Forstes. Ich darf schon eindringlich darauf hinweisen, der Forst ist ein gefährlicher Arbeitsplatz. Auch Forstwege dienen dazu, dass Holz gelagert wird, dass Holz verladen und beladen wird und in diesem Bereich das einfach zu öffnen, bewirkt ein großes Gefahrenpotenzial auch für die Mountainbiker und ich darf schon darauf hinweisen, dass man hier ohne Erlaubnis nicht einfach die Forstwege öffnen darf und öffnen kann. Ich darf vielleicht noch darauf hinweisen, wenn es darum geht, wenn etwas passiert, wenn es zu Unfällen kommt und wir hier nicht die klare Entschädigung über die Versicherung hätten, wie wollen wir es feststellen? Da müssten wir jeden mit Ausweispflicht und mit Kennzeichen versehen, damit wir hier den Personalbereich feststellen können. Also was das Land Steiermark gemacht hat per Gesetz 1996 mit dem Versicherungsschutz, ist eine ausgezeichnete Lösung. Das ist vorbildlich, auch für andere Bundesländer gesehen. Wird auch im größten Teil von den Mountainbikern so gesehen. Die Ausnahmefälle, wo es darum geht, wo es zu Diskussionen kommt, ist genau dann, wie der Kollege Odo Wöhry gesagt hat, wenn man die 10 Gebote der Mountainbiker nicht einhält, dann kommt es genau zu diesen Kontroversen und zu diesen Konflikten. Mein Appell an alle Beteiligten: Wenn sich die Mountainbiker an diese 10 Gebote halten, dann ist das Einverständnis der Grundbesitzer sehr groß und dann kommt es zu diesen Konflikten nicht. Mein Appell: Halten wir uns an diese Gebote als Mountainbiker und das Gute miteinander zeichnet die Steiermark aus, auch im Tourismusbereich, auch im Bereich der Mountainbiker. Halten wir uns daran, dann werden wir auch in Zukunft keine Probleme haben. In diesem Sinne, danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der ÖVP – 13.14 Uhr)

Präsidentin Mag. Lackner: Als Nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Herr Landesrat Johann Seitinger.

Landesrat Seitinger: (13.14 Uhr): Geschätzte Frau Präsidentin, meine sehr geschätzten Damen und Herren Abgeordnete, lieber Lambert Schönleitner!

An sich ist es ja ein klassischer Kulturbruch, den du mit deiner Partei heute hier aufführst. Also das ist sensationell. An sich sind ja die Grünen ja immer eher so dafür, dass man den heiligen Schutz über Stock und Stein, übers „Pflanzerl“ und übers „Viecherl“ gibt und jetzt sagst du plötzlich: Auf, die Mountainbikestrecken gehören aufgemacht. Auf geht's! Mountainbiker, die Welt gehört euch! Also, ich überspitze jetzt natürlich ein wenig, aber so habe ich es verstanden. Ich habe nicht gewusst, dass sich die Grünen jetzt sozusagen zur ideologischen Zwitterpartei entwickeln, aber soll so sein. Interessant ist nur, dass du sagst, lieber Lambert, und ich glaube es dir sogar, vielleicht gibt es tatsächlich einzelne, aber dass so viele Mountainbiker gerade zu den Grünen kommen und sagen: Bitteschön, ihr seid's meine richtige Partei, die die Welt und die Natur öffnen soll, für alle diese Trendsportarten, wie immer sie ausschauen, für die Mountainbiker im Besonderen. Von denen wir wissen, dass es leider ein paar gibt, die sich nicht an die Forstwege halten, sondern viel lieber zwischen Stock und Stein herunter fahren. Also das ist bei mir ein bisserl eigenartig angekommen. Also das ist ungefähr so, wenn jemand den Pfarrer fragt, wie er es anstellen soll, dass niemand drauf kommt, wenn er seine Frau betrügt. (*Allgemeine Heiterkeit*) Gut, soll so sein, ich nehme es zur Kenntnis. Ich bitte dich nur, lieber Lambert Schönleitner, auch zur Kenntnis zu nehmen, es gibt Eigentum und dieses Eigentum genießt, Gott sei Dank in unserem Rechtsstaat, und ich glaube, das vertreten hier alle Parteien, einen besonderen Schutz. Es gibt das Forstgesetz, das uns sehr klar vorgibt und weitreichende Möglichkeiten gibt, im Wald auch sich zu erholen, Schwammerl zu suchen, Beeren zu brocken, aber alles mit klaren Regeln und Einschränkungen, wie es auch der Odo Wöhry sehr klar und deutlich auch gesagt hat. Ich glaube, wir sollten dieses Forstgesetz, das diesen großen, breiten Rahmen für die Gesellschaft abgibt und aufmacht, hier nicht entsprechend provozieren. Das Zweite ist und das hat der Hubert Lang völlig richtig gesagt, Forstwege sind Arbeitsplätze, sehr gefährliche Arbeitsplätze, sind zum Teil notwendige Lagerplätze und wir wissen alle, dass es nicht so einfach ist, für einen Grundeigentümer, der hier arbeitet, jeden Tag sich vielleicht nicht leisten kann, dass er oben und unten und überall Tafeln aufstellt: Bitte Vorsicht! Ich muss jetzt einen Windwurfbaum hier umschneiden. Wir wissen, wo die Mountainbiker dann herkommen, wenn die Unfälle eben so passieren, wie sie passieren. Also, ich glaube schon, dass man das respektieren muss, dass es sich hier um einen Gefahrenbereich, um einen Arbeitsplatz handelt und dass es selbstverständlich dem Grundeigentümer überlassen werden muss, ob er seine

Straße, seinen Forstweg aufmacht oder nicht. Und wie der Odo schon richtig gesagt hat, über 5.000 km haben wir in der Steiermark, die sollten einmal genutzt werden. Die werden bei Weitem noch nicht genutzt. Und zwar nicht irgendwelche Kilometer, die völlig uninteressant sind, sondern die ausgewiesen sind, die von den Tourismusregionalverbänden sozusagen auch entsprechend finanziert werden. Wo das Land, Hermann Schützenhöfer, mit seiner Tourismusgesellschaft für die Haftung einspringt, und so weiter und so fort. Also das ist ein großartiges, tolles Angebot, das wir haben. Ich muss auch dazusagen, das sind ja nicht nur die Mountainbikestrecken, sondern die Radfahrer und die sozusagen Hochtrainierten, die lieben ja auch andere Strecken. Ich denke an die vielen Radwege, die wir entlang unserer schönen Straßen gebaut haben, damit sie nicht auf der Landesstraße, auf der Gemeindestraße fahren müssen, im Weingebiet, bis in die Obersteiermark. Also hier gibt es wirklich ein großartiges Aufgebot und so hoffe ich doch, dass auch du respektieren kannst, als Partei sozusagen der besonderen Demokratie, wie die Grünen sich immer durchaus benennen wollen, dass man Eigentum und das Gesetz entsprechend hoch achtet und das auch in der Zukunft so sein soll. Was mich auch ein bisserl eigenartig stimmt ist, ihr seid doch die, die auch im Rahmen vieler NGO's auf den Naturschutz, auf den Tierschutz einen besonderen Wert legt, so glaube ich, das hier so sagen zu können, gerade dieser Tierschutz, denken wir an das Wild und jetzt sind gerade die Jägertage in allen Bezirken und überall ist das ein angesprochenes Thema, dass eigentlich das Wild keine Ruhe mehr hat, dass sich das Wild zurückzieht, Schäden macht im Wald. Da geht es nicht um den Überdruck des Wildes, sondern weil es einfach in Unruhe ist, weil überall heute Trendsportarten hinein strömen in die Wälder. Das sind Schifahrer, Schitourengeher, das sind Mountainbiker und alle möglichen Sportarten, die es da gibt. Ich glaube, wir sollten auch in Bezug auf die Jagd und auch den Forst, der eng mit der Jagd zusammenhängt, hier Rücksicht nehmen und uns wirklich darauf konzentrieren, dass das, was gut ausgewiesen ist, finanziert und auch entsprechend versicherungstechnisch abgesichert ist, auch benutzt wird und nichts Anderes soll es sein. Ich möchte schon eines noch zum Abschluss dazusagen, wir sollten das nicht so leichtfertig hinnehmen. Der steirische Wald bietet in der Steiermark alleine 55.000 Menschen außerhalb der Landwirtschaft einen Arbeitsplatz. Das ist ein gigantischer, wichtiger und für uns stabiler Wirtschaftsraum. Wenn wir uns dem sozusagen zu sehr „öffnen“ für alle diese Dinge, dann haben wir auch hier ein veritables Problem und das möchte ich auch gerade jetzt, in dieser rezessiven Wirtschaftszeit, Niemandem antun, dass wir auch in solche Gedankengänge einströmen müssen, möglicherweise hier den wichtigen Arbeitsplatz Wald einmal in Frage zu stellen. Also ich

bitte dich schon zu akzeptieren, wir haben sehr Vieles getan dazu, der steirische Tourismus ist hier völlig offen und wird auch da und dort weitere Finanzierungen übernehmen, was die Haftungen anbelangt. Aber es muss ein Einvernehmen herrschen zwischen dem Grundeigentum und denen, die das Grundeigentum nutzen wollen. Wenn es dieses Einvernehmen nicht gibt, gibt es das halt nicht. Das muss man im Rechtsstaat Österreich akzeptieren. Vielen herzlichen Dank. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 13.21 Uhr)*

Präsidentin Mag. Lackner: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Wir kommen zur Abstimmung.

Die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zu TOP 5 die Zustimmung geben, ersuche ich um Zeichen mit der Hand, und ich stelle die mehrheitliche Annahme gegen die Stimmen der Grünen fest.

Tagesordnungspunkt

6. Bericht des Ausschusses für Wirtschaft über den Antrag, Einl.Zahl 3088/1, der Abgeordneten Claudia Klimt-Weithaler und Dr. Werner Murgg betreffend Staffelung der Nächtigungsabgabe nach Preissegmenten.

Berichterstatter ist Herr Abgeordneter Dr. Werner Murgg.

LTAbg. Dr. Murgg *(13.22 Uhr):* Ich darf berichten über die Staffelung der Nächtigungsabgabe nach Preissegmenten, das ist 3088/1, ein selbstständiger Antrag. Der Ausschuss „Wirtschaft“ hat in seinen Sitzungen vom 11.11.2014 und 03.03.2015 über den oben angeführten Gegenstand die Beratungen durchgeführt. Da liegt jetzt eine Regierungsstellungnahme vor, deren Verlesung ich mir, ich glaube, auch in Ihrem Interesse spare.

Der Ausschuss „Wirtschaft“ stellt den Antrag: Der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht des Ausschusses für Wirtschaft zum Antrag, Einl.Zahl 3088/1, der Abgeordneten Klimt-Weithaler und Murgg betreffend Staffelung der Nächtigungsabgabe nach Preissegmenten wird zur Kenntnis genommen. *(13.23 Uhr)*

Präsidentin Mag. Lackner: Ich danke für die Berichterstattung. Zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Anton Kogler.

LTabg. Kogler (13.23 Uhr): Frau Präsidentin, Herr Landesrat, liebe Kolleginnen und Kollegen zum Landtag, werte Zuhörer!

Ein kurzer Einblick zu diesem Antrag der KPÖ von meiner Seite. Mit einiger Verwunderung habe ich eigentlich diesen Antrag vernommen. Hatten wir doch die Änderung des Steiermärkischen Nächtigungs- und Ferienwohnungsabgabegesetzes erst ja noch nicht einmal vor einem Jahr, konkret am 08. April 2014, haben die Parteien, SPÖ, ÖVP, KPÖ und auch die Grünen, diese Änderung des Gesetzes beschlossen. Wir waren damals nicht dabei und diese Änderung hat sehr wohl und das ist wieder an die Richtung KPÖ gerichtet, die Erhöhung einerseits beschlossen mit dem § 4, und es wurde zusätzlich auch die Nächtigungsabgabe auf Campingplätzen auf 1,20 Euro beschlossen. Wir haben damals auch nicht zugestimmt, weil die Veränderung für die Einnahmen aus der Nächtigungsabgabe der Gemeinden geändert wurde. Es wurde damals geändert, dass nur mehr 60 % gegenüber 70 % vorher der Einnahmen aus der Nächtigungsabgabe den Gemeinden gebühren. Insofern, liebe KPÖ, ist es wirklich für mich verwunderlich, dass ihr nach so einer kurzen Zeit diesen Antrag stellt und wir werden dem natürlich nicht zustimmen. Danke. *(Beifall bei der FPÖ – 13.25 Uhr)*

Präsidentin Mag. Lackner: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor.

Das heißt, wir kommen zur Abstimmung. Die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zu TOP 6 die Zustimmung geben, ersuche ich um eine Zeichen mit der Hand. Gegenprobe!

Das ist die mehrheitliche Annahme gegen die Stimmen der KPÖ.

Tagesordnungspunkt

7. Bericht des Ausschusses für Soziales über den Antrag, Einl.Zahl 3320/1, der Abgeordneten Hannes Amesbauer, BA, Dipl.-Ing. Gerald Deutschmann, Dipl.-Ing. Gunter Hadwiger und Andrea Michaela Schartel betreffend Aussetzung der Aufnahme weiterer Asylwerber bis das Erstaufnahmezentrum in Spital am Semmering geschlossen ist.

Berichterstatter ist Herr Abgeordneter Hannes Amesbauer.

LTAbg. Amesbauer, BA (13.25 Uhr): Schriftlicher Bericht aus dem Ausschuss „Soziales“ mit der Einl.Zahl 3320/2 mit dem Betreff Aussetzung der Aufnahme weiterer Asylwerber bis das Erstaufnahmezentrum in Spital am Semmering geschlossen ist. Der Ausschuss „Soziales“ hat in seiner Sitzung vom 03.03.2015 über den oben angeführten Gegenstand die Beratungen durchgeführt. Bei der Abstimmung am 03. März 2015 wurde der gegenständliche Antrag mehrheitlich abgelehnt.

Der Ausschuss „Soziales“ stellt den Antrag: Der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht des Ausschusses für Soziales zum Antrag, Einl.Zahl 3320/1, der Abgeordneten Amesbauer, Deutschmann, Hadwiger und Schartel betreffend Aussetzung weiterer Asylwerber bis das Erstaufnahmezentrum in Spital am Semmering geschlossen ist, wird zur Kenntnis genommen. (13.26 Uhr)

Präsidentin Mag. Lackner: Danke für die Berichterstattung. Eine Wortmeldung liegt nicht vor.

Wir kommen daher zur Abstimmung. Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zur TOP 7 die Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe!

Das ist die mehrheitliche Annahme gegen die Stimmen der FPÖ.

Bei den Tagesordnungspunkten N1, 8 und N2 ist ein innerer sachlicher Zusammenhang gegeben. Ich schlage daher im Einvernehmen mit der Präsidialkonferenz vor, diese drei Tagesordnungspunkte gemeinsam zu behandeln, jedoch über jeden einzelnen getrennt abzustimmen.

Falls Sie meinem Vorschlag zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke.

N1. Bericht des Ausschusses für Wissenschaft über die Regierungsvorlage, Einl.Zahl 3133/1, betreffend Gesetz, mit dem das Grazer Altstadterhaltungsgesetz 2008 geändert wird (5. GAEG-Novelle).

Berichterstatter ist Herr Abgeordneter Eduard Hamedl.

LTAbg. Hamedl (13.27 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Herren im Zuschauerraum!

Ich bringe den Schriftlichen Bericht des Ausschusses für „Wissenschaft“ mit dem das Grazer Altstadterhaltungsgesetz 2008 geändert wird.

Der Ausschuss „Wissenschaft“ hat in seinen Sitzungen eben am 09.12.2014 und am 09.03.2015 über diesen angeführten Gegenstand die Beratungen durchgeführt.

Der Ausschuss „Wissenschaft“ stellt den Antrag: Der Landtag wolle beschließen:

Gesetz, mit dem das Grazer Altstadterhaltungsgesetz 2008 geändert wird. Ich bitte um Annahme. (13.28 Uhr)

Präsidentin Mag. Lackner: Nächster!

8. Bericht des Ausschusses für Wissenschaft über die Regierungsvorlage, Einl.Zahl 3307/1, betreffend Grazer Altstadtanwalt; Tätigkeitsbericht 2014.

Berichterstatter ist wiederum Herr Abgeordneter Hamedl.

LTAbg. Hamedl (13.28 Uhr): Der Ausschuss „Wissenschaft“ hat in seiner Sitzung vom 03.03.2015 über den oben angeführten Gegenstand die Beratungen durchgeführt.

Der Ausschuss „Wissenschaft“ stellt den Antrag: Der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht der Steiermärkischen Landesregierung betreffend Grazer Altstadtanwalt, Tätigkeitsbericht 2014, wird zur Kenntnis genommen. Ich bitte um Annahme. (13.29 Uhr)

Präsidentin Mag. Lackner: Danke.

N2. Bericht des Ausschusses für Wissenschaft über die Regierungsvorlage, Einl.Zahl 3130/1, betreffend Evaluierungsbericht zur Grazer Altstadtanwaltschaft.

Berichterstatter ist wiederum Herr Abgeordneter Eduard Hamedl.

LTabg. Hamedl (13.29 Uhr): Ich bringe den Schriftlichen Bericht des Ausschusses für „Wissenschaft“ betreffend Evaluierungsbericht zur Grazer Altstadtanwaltschaft.

Der Ausschuss „Wissenschaft“ hat in seinen Sitzungen vom 09.12.2014 und 09.03.2015 über den oben angeführten Gegenstand die Beratungen durchgeführt.

Der Ausschuss „Wissenschaft“ stellt den Antrag: Der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht der Steiermärkischen Landesregierung betreffend Evaluierungsbericht zur Grazer Altstadtanwaltschaft wird zur Kenntnis genommen. Ich bitte um Annahme. (13.30 Uhr)

Präsidentin Mag. Lackner: Ich danke für die Berichterstattung und der Herr Berichterstatter ist auch als Erster zu Wort gemeldet.

LTabg. Hamedl (13.30 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

Es geht um das Altstadterhaltungsgesetz und Sie erinnern sich, der Abbruch des Kommodhauses, damals 2003, ist Ihnen vermutlich noch in Erinnerung und hat danach zu einer verstärkten Diskussion über die Erhaltung der Grazer Altstadt geführt. Mit 01. Dezember 2008 wurde dann das Altstadterhaltungsgesetz sozusagen erneuert – novelliert und unsere schöne Altstadt Graz, die ja auch UNESCO Weltkulturerbe ist, umfasst ja genau jene Teile, der Schutzzone I, die auch im Altstadterhaltungsgesetz sozusagen vorgeschrieben sind. Sehr geehrte Damen und Herren, unsere schöne Altstadt in Graz gilt es natürlich auch zu erhalten. Uns liegt nun eine Novellierung dieses Gesetzes vor und dieses Gesetz wurde von Experten ausgearbeitet. Es ist, glaube ich, ein zeitgemäßes Gesetz, das auch schnellere Verfahren ermöglicht und damit auch mehr Investitionen bringen wird. Aber gleichzeitig denke ich mir, trägt es auch dazu bei und ermöglicht die Erhaltung dieser schutzwürdigen Bauten. In den Zonen gibt es ja keine Änderungen. Wir haben in zwei Unterausschussverhandlungen über dieses Gesetz Verhandlungen geführt. Es waren natürlich einige Punkte, die zu Diskussionen oder zu längerer Diskussion geführt haben. Ein Punkt war die Zusammensetzung der ASVK, weil diese geändert worden ist, weil auch vor allem das Bundesdenkmalamt niemanden mehr entsendet. Ich betone das, weil das auch bekritelt wurde. Das Bundesdenkmalamt hat von sich aus gesagt, sie entsenden keine Mitglieder mehr. Daher gibt es jetzt in der Entsendung eine Novellierung von der Wirtschaftskammer und ich möchte es auch hier noch einmal sagen und wir haben es im Unterausschuss auch diskutiert, weil da ein bisserl ein Anstoß gekommen ist, es ist kein Interessensvertreter der Wirtschaftskammer,

sondern es ist ein Fachexperte, der in diese Kommission entsandt wird. Die ASVK, die auch von der Landesregierung bestellt wird, kann nun nach dem neuen Gesetz auch aus ihrer Mitte den Vorsitzenden wählen. Ich sehe darin einen ganz großen Vorteil, weil genau diese Mitglieder, die ja zusammenarbeiten müssen, den Vorsitzenden bestellen. Ein besonderer Wunsch der Stadt Graz war es ja auch, dass der Altstadtanwalt nunmehr für zweimal fünf Jahre bestellt werden kann und ein herzliches Grüß Gott bei uns hier Herr Anwalt. Diesem Antrag der Stadt Graz wurde auch entsprochen. Jetzt hat es eine große Diskussion gegeben: Ist jetzt im neuen Gesetz eine Schwächung des Altstadtanwaltes gekommen oder nicht? Wir sind der Meinung, dass es zu keiner Schwächung gekommen ist. Die Parteienstellung ist ja gegeben und die Beschwerde beim Landesverwaltungsgericht kann ja durchgeführt werden, vor allem nach der Bescheiderlassung. Wie war es bisher? Die Revision beim Verwaltungsgerichtshof war natürlich möglich, aber auch nur dann, wenn die Baubehörde von der ständigen Rechtsprechung abgegangen ist. Und das war in den letzten sechs Jahren nie der Fall. Also sehr geehrte Damen und Herren, ich glaube, es ist ein Gesetz, dass die Erhaltung unserer schönen Altstadt und unserer schutzwürdigen Bauten sichert und unterstützt, aber auch Neues zulässt. In diesem Sinne danke ich für Ihre Aufmerksamkeit. Herzlichen Dank. *(Beifall bei der ÖVP – 13.34 Uhr)*

Präsidentin Mag. Lackner: Als Nächste zu Wort gemeldet hat sich Frau Abgeordnete Ingrid Lechner-Sonnek.

LTAbg. Lechner-Sonnek (13.35 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, wertees Mitglieder der Landesregierung, sehr geehrte Damen und Herren!

Der Kollege Hamedl hat es mir jetzt leicht gemacht, er hat die wesentlichen Dinge zusammengefasst. Ich könnte es nicht besser sagen, lieber Edi, wir haben nur ein bisserl eine andere Position, was jetzt diesen Fachexperten betrifft, von dem du vorhin gesprochen hast und deswegen möchte ich auch den Antrag stellen, eine getrennte Abstimmung zu machen, und zwar den § 13 herauszugreifen und den Rest sozusagen, also alles andere, was das Gesetz ausmacht, ohne § 13, als zweiten Punkt abzuschließen. Es ist ja so, dass eben die Wirtschaftskammer vorgeschlagen hat oder möchte, dass ein Bauingenieur / eine Bauingenieurin hier mit Sitz und Stimme in der Kommission vertreten ist. Wir meinen, dass es sehr gut ist, fachlichen Input zu bekommen, aber dass der fachliche Input auch gleich ein Stimmrecht bekommt, halten wir nicht für richtig, vor allem weil das dann doch vielleicht die

wirtschaftlichen Überlegungen, stärker als geboten, in den Vordergrund stellt. Deswegen möchten wir uns da anders verhalten. (LTabg. Hamedl: „Das ist ein Vorurteil.“) Ein Punkt, das möchte ich unterstützen..... es ist eine Meinung und aus dieser Meinung und Haltung heraus treffen wir eine Entscheidung und das steht ja jedem zu. Ich sage es ja nicht polemisch. Was ich noch positiv hervorheben möchte, was auch der Herr Kollege Hamedl schon gesagt hat, ist, dass eben die Kommission aus ihrer Mitte heraus ihren Vorsitzenden wählt. Das halte ich für sehr sinnvoll auch in Bezug auf die Zusammenarbeit, die ja gedeihlich sein soll und die durch diesen Vorgang und durch diese Wahlmöglichkeit sicher unterstützt wird. Ich ersuche also um getrennte Abstimmung, wie vorhin beschrieben. Danke.
(Beifall bei den Grünen – 13.37 Uhr)

Präsidentin Mag. Lackner: Als Nächste zu Wort gemeldet ist Frau Abgeordnete Alexia Getzinger.

LTabg. Getzinger, MAS (13.37 Uhr): Liebe Frau Präsidentin, lieber Herr Landeshauptmannstellvertreter, Kolleginnen und Kollegen, Zuschauerinnen und Zuschauer! Auch ich möchte mich natürlich einbringen und zum Prozess zur faktischen Gesetzwerdung der Novelle zum Grazer Altstadterhaltungsgesetz etwas beitragen. Wir haben also den Tätigkeitsbericht des Grazer Altstadtanwalts vor uns liegen, den Evaluierungsbericht der Grazer Altstadtanwaltschaft und die Novelle zum Grazer Altstadterhaltungsgesetz. Ich bin bei dir Edi, wir haben uns ausführlich und eine gute Weile lang, mit dem Thema der Schutzwürdigkeit der Grazer Altstadt sowie den für den Schutz notwendigen und im Gesetz geregelten Rahmenbedingungen beschäftigt. Die Frage ist: Wann und warum brauchen wir überhaupt solche Schutzzonen? Ist das überhaupt nötig? Ist die Grazer Altstadt tatsächlich so schützenswert? Und ich denke, wir sind uns einig: Ja, sie ist schützenswert und das natürlich nicht erst seit sie von der UNESCO in den Kreis der Kulturwelterbstätten aufgenommen ist. Das war sie natürlich schon vorher. Die UNESCO hat die Grazer Altstadt nämlich 1999 wegen ihres hervorragend erhaltenen Stadtkerns zum Weltkulturerbe erklärt. Hauptpunkt der Begründung war damals, und ich zitiere: „...dass die geschichtliche Entwicklung des Stadtkerns nahezu lückenlos im Stadtbild ablesbar ist.“ Im umgangssprachlichen Bereich wird immer von der einzigartigen Dachlandschaft in Graz gesprochen. Im Jahr 2010 wurde dann die Weltkulturerbzone erweitert, und zwar um das Schloss Eggenberg und ich finde, wir dürfen stolz sein und wir können uns freuen, dass wir eine von insgesamt neun Welterbstätten

in Österreich sind. Dazu gehören unter anderem auch die Altstadt von Salzburg, die Altstadt von Wien, der Neusiedlersee, die Region Hallstatt-Dachstein, das Schloss Schönbrunn, die Semmeringbahn, und andere. Apropos Welterbe: Ich habe noch eine Anmerkung zum internationalen Frauentag, der ja am vergangenen Sonntag war. Haben Sie gewusst, dass ein Welterbe, nämlich der Osun Hain in Nigeria, von einer Grazer Künstlerin geschaffen wurde? Das war die Susanne Wenger, eine weitere große Tochter unserer Stadt, unseres Landes. Das wissen die Wenigsten, dass die Susanne Wenger eine Weltkulturerbstätte geschaffen hat. Gut, von Nigeria zurück nach Graz, wir haben in zwei Unterausschussverhandlungsrunden sehr gut und sehr konstruktiv, wie ich meine, an der Novelle zum Grazer Altstadterhaltungsgesetz gearbeitet. Die Ergebnisse sind zufriedenstellend. Edi, du hast sie cursorisch schon aufgezählt. Auch von meiner Seite und von meiner Fraktion kann ich sagen, dass wir sehr zufrieden sind, vor allem mit den Regelungen bezüglich Vergrößerung oder Verkleinerung der Schutzzone – per Gesetz. Die Kann-Bestimmung haben wir hineingenommen in die Schutzgebietsverordnung, dass man die Grenzen des UNESCO Weltkulturerbes ersichtlich machen kann. Das Abstellen von KFZ in Vorgärten, auch wenn das etwas popelig klingt, hat uns eine gute Weile beschäftigt. Die Anpassung der Funktionsperiode der Altstadtanwaltschaft auf die Funktionsperiode der ASVK, die Wiederbestellungsmöglichkeit im Sinne von Kontinuität und Erneuerung und die Zusammensetzung der ASVK, und da bin ich, Ingrid, anderer Meinung als du, das haben wir im Unterausschuss auch schon ausführlich besprochen, also dass analog zum Nominierungsrecht der Ingenieurkammer auch die Wirtschaftskammer als Vertreterin der planungsbefugten Baumeisterin und Baumeister ein Nominierungsrecht bekommt. Ich glaube nicht, dass man da ausschließlich wirtschaftliche Interessen unterstellen sollte, sondern meine Fraktion kann da gut mitgehen. Du hast auch, Ingrid, den § 13 angesprochen, da die Zahl zehn besonders hervorzuheben, ist mir wichtig. Diese besagt, dass die oder der Vorsitzende der ASVK aus dem Kreis der stimmberechtigten Mitglieder gewählt werden soll. Ich denke, dass das Gremium reif und mündig genug ist und ich teile nicht die Meinung der KPÖ, wie sie im Unterausschuss geäußert wurde, dass eine Ernennung der oder des Vorsitzenden top down durch die Landesregierung erfolgen sollte. Ich glaube, dass das Gremium gut daran tut, wenn es seine/seinen Vorsitzende/Vorsitzenden selber wählt. Zum Tätigkeitsbericht, der von Hofrat Rupprecht in bewährter Form erstellt wurde, könnte man jetzt auch noch Einiges sagen. Ich beschränke mich darauf, dass nur in 21 Fällen ein Gutachten angefordert worden ist, also eine Stellungnahme angefordert wurde und nach entsprechenden Umplanungen konnten schlussendlich alle Bauvorhaben realisiert

werden. Also im Großen und Ganzen ein wunderbares Gesetz, wir können zufrieden sein. Ich danke der Abteilung, ich danke Hofrat Rupprecht und wünsche uns allen noch einen guten weiteren Verlauf der Sitzung. Danke (*Beifall bei der SPÖ – 13.42 Uhr*)

Präsidentin Mag. Lackner: Als nächster Redner am Wort ist Herr Abgeordneter Dipl.-Ing. Gerald Deutschmann.

LTabg. Dipl.-Ing. Deutschmann (13.43 Uhr): Herr Landeshauptmannstellvertreter, Frau Präsident, geschätzte Damen und Herren, Hoher Landtag!

Nachdem ich naturgemäß mit dem Altstadterhaltungsgesetz, Grazer Altstadterhaltungsgesetz, Altstadtanwält und –kommission laufend zu tun habe, gestatten Sie mir, dass ich die Geschichte etwas differenzierter aus meiner Sicht betrachte. Ich bin der Meinung, dass zum Schutze unserer schönen Landeshauptstadt, Institution, Sachverständigenkommission, Altstadtanwält, dem Grunde nach sinnvoll ist, keine Frage. Dennoch muss man hier in der Umsetzbarkeit von Gesetz und Verordnungen, vor allem in diesem Bereich etwas hinter den Vorhang blicken und die Sache kritischer betrachten. Denn das Grazer Altstadterhaltungsgesetz 2008, geschätzte Damen und Herren, besagt im Rahmen ihrer Ziele, auf die Erhaltung der Altstadt von Graz in ihrem Erscheinungsbild, in der Baustruktur und vor allem in der Bausubstanz sowie auf die Aktivierung der vielfältigen urbanen Funktionen zu achten. Dieses Gesetz soll im Weiteren, es ist schon angesprochen worden, als ein Beitrag zur Erhaltung der Altstadt von Graz als UNESCO Weltkulturerbe, dienen. Aus der Geschichte war am Anfang, in den Achtzigerjahren, wo dieses Grazer Altstadterhaltungsgesetz im Wesentlichen entstanden ist oder beschlossen wurde, die Umsetzung, die historische Altstadt im Wesentlichen, betroffen und hier war es entsprechend dem Grazer Altstadterhaltungsgesetz klar, wie und in welcher Form man sich in dem historisch wertvollen Altbestand planerisch bewegen durfte oder konnte. Leider wurden diese Schutzbögen, wenn man es so bezeichnen darf, immer weiter ausgedehnt und immer weiter in die Stadtentwicklung hinausgetragen und ich meine, dass dieser Schritt ein denkwürdiger ist. Ich glaube, er ist ein schlechter Schritt, denn hier baut sich die Stadt Graz ein zusätzliches Korsett auf. Ob dieser Schritt für die Architektur und für die Erweiterung der Stadt, im Sinne jetzt der Stadtentwicklung auch sinnvoll ist, wie ich meine, zeigt die Praxis und ich bezweifle, dass das gut ist. Die Altstadtsachverständigenkommission prüfte früher die verschiedenen Projekte nach Kriterien, zu denen komme ich, und konnte hier ein Gutachten erstellen und hatte hier

aber keine Parteienstellung. So konnte man in einem anderen Verfahren mit einem Gegengutachten das Projekt positiv oder auch negativ zu Ende bringen. Gott sei Dank, und er sitzt heute unter uns, gibt es den Altstadthanwalt, der heute mit der neuen Gesetzesmaterie dazwischensteht und hier vergleichend respektive ausgleichend tätig werden kann. Die Beurteilungsmaßstäbe, geschätzte Damen und Herren, sind verständlich nicht nur verschieden, sondern auch problematisch, denn die Objektivität in diesem Bereich ist auch deshalb unmöglich, meines Erachtens, da verschiedene Personen, teils aus fachlicher aber teils aus emotionaler Haltung heraus, Projekte beurteilen und das ist halt in Planung und Architektur des Öfteren so. Geht man nun mit offenen Augen durch die Stadt und jeder hier weiß, wovon ich spreche, der wird viele Entscheidungen in diesem Bereich nicht begreifen. Wer jemals die sogenannte Schutzzone geplant oder gebaut hat, wird meine Kritik hier verstehen und auch nachvollziehen können. Generationen von Architekten und Planern haben zur Kenntnis nehmen müssen, dass nicht jeder in Graz planen oder gar ein positives ASVK Gutachten erwarten kann – unabhängig des Inhaltes. Manche dürfen alles, die anderen nichts. Auch wenn das Ergebnis das gleiche wäre. Subjektive Entscheidungen eben, aus welchen Beweggründen auch immer. So fein ambitioniert dieses Grazer Altstadterhaltungsgesetz auch sein mag, so schwierig und borstig ist es in der Umsetzung. Die Erhaltung von Bauten und Ensembles aus gewachsener Altstadt heraus, ist sicher nicht einfach zu reißen, die Weiterentwicklung nach Außen und die Erneuerung nach Innen und das in verschiedene Epochen, die wir in unserer Grazer Altstadt haben, erscheint fast unmöglich. Überzeugen Sie sich selbst, ob für diese Entwicklung der Stadt Graz, das UNESCO Kulturerbe ein Segen oder ein Fluch war – ich meine nur die Architektur – wir werden ja erst Jahre später oder Jahrzehnte später zu beurteilen haben, wenn unsere Stadt wächst und das ist auch gut so und vor allem auch gut für unsere Wirtschaft, ob diese Zwänge nicht hinderlich sind, muss einmal gründlich überlegt werden. Es wird stets die baukünstlerische Qualität in den Fokus gerückt und davon gesprochen und in dennoch vielen Bereichen wird nicht die baukünstlerische Qualität sondern ganz etwas Anderes gemeint. Gehen wir zum § 7 Neubauten, Zubauten, Umbauten: Unter dem Punkt 2a), ich darf hier zitieren: „Die baukünstlerische Qualität ist nach den Kriterien der strukturellen Gliederung der Baukörper, der Unverwechselbarkeit der Ansichten, der räumlichen Proportion, des Grades der Innovation, der selektiven Auswahl des Materials, der farblichen Gestaltung und des Beitrages des Bauwerkes zur Geschichtsbildung zu bewerten.“ Quo vadis kann ich hier nur sagen. Wer will das in diesem Falle bewerten? Die Altstadtsachverständigenkommission? Glück auf, wenn alles Neue immer komplexer und

schwieriger wird, Verfahren werden dadurch immer länger dauern, gerade durch solche Instanzen. Dann vertreibt man, und das sieht man in der Stadt Graz eindeutig, investitionswillige Investoren in der Stadt und die bleiben auf der Strecke. Sie werden sich woanders ansiedeln. Beispiele dafür gibt es in Hülle und Fülle, die will ich hier gar nicht ausführen. Sie alle kennen sie. Wenn man weiß, dass zum Grazer Altstadterhaltungsgesetz, Raumordnung, Baugesetz, etc. das gesamte Gebiet, naturgemäß in viele Schutzzonen gegliedert ist, auch zusätzlich über 2.000 m² Bruttogeschoßflächen, noch ein Gestaltungsbeirat einbezogen werden muss, ist das ein zusätzlicher Hemmschuh, wo sich jeder Investor hier in Graz die Frage stellt: Wozu brauchen wir so viele verschiedene Kriterien, die ohnehin alles nur verschleppen und verzögern? Ich spreche hier nicht von Wochen, ich spreche teilweise von Jahren, geschätzte Damen und Herren. Ja, die Verfahren in der Landeshauptstadt dauern eben länger und dadurch meine ich, sollte hier eine Entschlackung stattfinden und kein zusätzlicher Aufwand betrieben werden. Wenn man vor allem bedenkt, ich erinnere jetzt noch einmal an das Altstadterhaltungsgesetz und auch diesen Gestaltungsbeirat, dass wir über 17.000 Wohnungen brauchen, bis ins Jahr 2030, ist das eine unangenehme Vorstellung für all Jene, die hier bauen wollen. Einen Punkt, den ich hier noch erwähnen darf, ist der § 8, Absatz drei, der hier lautet und der ist ein sehr brisanter Punkt: „Im Widerspruch zu den Bestimmungen dieses Gesetzes – ich darf hier zitieren – getätigte Maßnahmen sind zu beseitigen bzw. rückgängig zu machen. Ohne behördliche Bewilligung oder Auftrag abgebrochene Bauwerke oder deren Teile sind im Sinne des Paragraph eins, Absatz eins wieder in einer der früheren äußeren Gestaltung entsprechenden Ausführung zu errichten.“ Geschätzte Damen und Herren, in vielen Bereichen ist das unmöglich, aus zwei Gründen. Erstens aufgrund des Handwerks, das uns teilweise abhandengekommen ist, die Handwerker, die uns abhandengekommen sind und die Technologien, die in vielen Bereichen hier nicht mehr stimmig sind und auch nicht angewendet werden können. Auch hier in diesem Punkt sehe ich ein Problem, diesem Gesetz die Zustimmung zu geben. Geschätzte Damen und Herren, unsere Altstadt erhalten, ja, Kommodhaus ist gefallen von Eduard Hamedl, ja, diese Dinge haben wir alle gehabt, die Dinge sind problematisch, aber ich meine, mit einem schärferen Blick auf das Wesentliche und mit einem schärferen Blick in Hinkunft auf jene Leute, die hier in Graz, in der Stadt Graz, investieren wollen, ihnen eine Hilfe zu geben, wäre lehrreicher und vernünftiger, als wieder durch neue Gesetze und solche, wie ich es gerade herausgepickt habe, § 7 und § 8, diese Dinge sind eher hinderlich und sicherlich nicht

förderlich für die wirtschaftliche Weiterentwicklung in der Stadt. In danke für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der FPÖ – 13.51 Uhr)*

Präsidentin Mag. Lackner: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Dr. Werner Murgg.

LTAbg. Dr. Murgg (13.51 Uhr): Geschätzte Frau Präsidentin, Mitglieder der Landesregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Zuhörerinnen und Zuhörer! Nur zwei, drei kurze Bemerkungen. Weil es ja auch von unserer Seite ein paar Kritikpunkte in dem Unterausschuss und dann auch im Ausschuss gegeben hat. Wir anerkennen, dass vor allem ein Kritikpunkt, wenn ich es so salopp sagen darf, planiert wurde, nämlich der, dass es ursprünglich geplant war in der Novelle, dass die Landesregierung die Schutzzonen festlegen darf und das steht jetzt aber wieder im Gesetz drinnen, das ist in unserem Sinne und wir halten das für vernünftig, dass die Novelle das jetzt so regelt. Auch finden wir sehr gut, dass mit dem Problem, gerade in Graz, für das Stadtbild Gründerzeitviertel oder das Erscheinungsbild der Gründerzeitviertel, die prägenden Vorgärten, dass hier deutlichere Bestimmungen in die Novelle aufgenommen wurden. Wo wir uns nicht einverstanden erklären können, ist, und das ist heute bereits einmal angesprochen worden, mit der Erweiterung der Kommission um die Wirtschaftskammer. Ich meine, ich weiß, dass das Denkmalamt von sich aus, auch das haben wir diskutiert, keinen Vertreter mehr schicken will, aber wir glauben nicht, dass die Wirtschaftskammer, die ganz klar die Interessen der Wirtschaft vertritt, die sehr oft konträr damit umgehen, wenn es um schützenswerte Bausubstanz geht, dass die Wirtschaftskammer hier vertreten sein sollte und wir können uns auch nicht einverstanden erklären, dass die außerordentliche Revision des Verwaltungsgerichtshofes nicht mehr möglich ist. Ich weiß schon, dass hat heute einer meiner Vorredner gesagt hat, ist in den letzten sechs Jahren nie vorgekommen, aber trotzdem sehen wir nicht ein, dass man den Punkt gestrichen hat. Deswegen verlangen auch wir eine punktuelle Abstimmung, vor allem in Hinkunft des § 13, das ist eben der Punkt acht der Novellierung und des Punktes elf der Novellierung, da ist nämlich enthalten, dass der § 32 Absatz zwei bis neun entfällt und das wäre das gewesen, dass man eben in außerordentlichen Verfahren immer noch den Verwaltungsgerichtshof anrufen kann. Ansonsten, was die übrigen Punkte betrifft, werden wir der Novelle gerne die Zustimmung geben. Danke. *(13.54 Uhr)*

Präsidentin Mag. Lackner: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Erster Präsident Franz Majcen.

LTabg. Präsident Majcen (13.54 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, Herren auf der Regierung, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Es ist das Meiste schon gesagt worden. Es sind auch die Knackpunkte alle schon erwähnt worden. Ich wundere mich ein bisschen darüber, ich sage das so nebenbei, wie man sich vor einem Vertreter der Wirtschaftskammer in einem zehnköpfigen Gremium so besorgt zeigen kann oder so fürchtet. Eigentlich hätte die Frau Kollegin Jungwirth sofort herauseilen müssen und die Wirtschaftskammer verteidigen, weil es ist ja nicht von vornherein so, dass jemand, der von der Wirtschaftskammer kommt und von der Bauwirtschaft was versteht in speziellen Dingen, dass das sofort eine verdächtige Person ist, die in dieser Kommission nichts zu suchen hat. Aber es kommt so zum Ausdruck, es erscheint so in der Wirkung nach außen. Meine Damen und Herren, es gibt von der UNESCO einen weltweit gespielten Trailer, der, glaube ich, in 30 Sprachen übersetzt wird, in dem die Bestrebungen und die Bemühungen der UNESCO in Bezug auf die Erhaltung von Weltkulturerbstätten gespielt wird und Sie werden es nicht glauben, Graz, mit der Innenstadt und Graz, mit dem Schloss Eggenberg, sind die einzigen Darstellungen, die fünfmal in diesem Trailer, der nur vier Minuten dauert, vorkommen. Keine andere Weltkulturerbstätte kommt in diesem Trailer so oft vor wie Graz, mit – wie gesagt – dem Schloss Eggenberg und der Innenstadt. Und insgesamt können wir stolz sein auf diese Innenstadt von Graz und es sind Bemühungen notwendig, diese Innenstadt nicht zu einem Museum zu machen, sondern sie in der Dimension - mit diesen Augen, mit diesen Punkten - aufrechtzuerhalten, die das Auge des Menschen erfreuen und nicht irgendwie hemmungslos zerstören. Dass es in den letzten Jahren Probleme gegeben hat mit der Abwicklung, mit dem Verlauf der Dinge, ist ganz klar, weil hier Interessensgegensätze bestehen. Trotzdem hat es keine gravierenden Auseinandersetzungen gegeben, und ich glaube, das ist auch darauf zurückzuführen, dass als Vorsitzender der Herr Dr. Rupprecht am Werke ist, der alle Extremsituationen durch seine mediatorische Tätigkeit im Vorfeld beseitigt hat. Dafür gilt es ihm zu danken, nicht nur seitens des Landtages, auch seitens der Stadt Graz. Ich glaube, dass das jetzt uns vorliegende neu geregelte Werk, ein gutes Instrument ist, diesen Spagat zu schaffen zwischen Neuem und Erhaltung des Alten. Daher glaube ich, dass wir uns alle miteinander freuen können über diese jetzt endgültig vorliegende Form des Grazer Altstadterhaltungsgesetzes und eigentlich müssten wir uns, wie gesagt, alle miteinander

freuen, dass es eine solche Institution gibt. Ich sage Ihnen was, in der Steiermark als Land - ich verlange das nicht - täte ich mir manchmal wünschen, dass es eine Kommission gäbe oder jemanden gäbe, der das, was in unserem Land manchmal auf dem Sektor des Bauens passiert, der das begutachtet oder beeinsprucht, weil wenn man da herumfährt, dann „haut‘s einem manchmal die Augen ein“ also manchmal wäre es schön, aber wie gesagt, ich sage das ganz vorsichtig, sonst kommt jemand auf die Idee, dass man eine Steiermarkkommission einberufen muss. Was wir brauchen, ist mehr Bewusstsein für die Bewahrung, ohne irgendwo zu verhindern, dass sich Neues entwickelt und jedes Instrument, das dazu dient, ist zu begrüßen. Ich glaube, dass diese Gesetzesvorlage ein gutes Instrument ist, mit dem wir sehr gut leben können. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 13.59 Uhr)*

Präsidentin Mag. Lackner: Am Wort ist nun Herr Landesrat Dr. Christian Buchmann.

Landesrat Dr. Buchmann *(13.59 Uhr):* Ja, sehr geschätzte Frau Präsidentin, lieber Herr Landeshauptmannstellvertreter, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Das ist eine Novelle des Grazer Altstadterhaltungsgesetzes, die gemeinsam diskutiert wird mit dem Tätigkeitsbericht unseres Altstadtanwaltes und mit dem Evaluierungsbericht über die Aktivitäten der Altstadtanwaltschaft. Ich möchte mich vorweg sehr, sehr herzlich bei den Ausschussmitgliedern, auch bei den Mitgliedern des Unterausschusses, für, glaube ich, sehr gute Beratungen bedanken, die immer von dem Geist getragen waren, auf der einen Seite so viel Altstadtschutz wie möglich zu erreichen, auf der anderen Seite aber auch bei den Verfahren zu Verfahrensabläufen zu kommen, die den Investitionswerbern entsprechend zumutbar sind und wo doch Neues möglich ist und ich glaube, dies entspricht auch unserem Lebensraum, in dem wir uns hier befinden. Auf der einen Seite ist Graz ja UNESCO Weltkulturerbestadt, auf der anderen Seite ist Graz aber auch im Netzwerk der Creative Cities der UNESCO vertreten mit City of Design und beides soll möglich sein in unserer Stadt, das historische, baukulturelle Erbe zu bewahren auf der einen Seite, auf der anderen Seite aber auch Neues im Rahmen der Spielregeln möglich zu machen. Diese Novelle wurde über die vergangenen Monate sehr, sehr kompetent vorbereitet von der Kulturabteilung gemeinsam mit den Vertretern der Stadt Graz, den Kammern, der Wirtschaftskammer, den Kammern der Architekten und Ingenieurkonsulenten, aber auch mit der Altstadtsachverständigenkommission und war diese Überlegung immer getragen, mehr Transparenz zu erzielen und eben zu schnelleren Verfahren zu kommen, damit Investitionen,

die beabsichtigt werden, auch tatsächlich getätigt werden können, damit auch Beschäftigung zu lukrieren und in letzter Konsequenz damit Wertschöpfung auch in der Grazer Innenstadt zu ermöglichen. Sie wissen, dass die Mitwirkung der ASVK in den Architekturwettbewerbsverfahren künftig gesetzlich vorgesehen ist. Sie wissen, dass bei den nachfolgenden Bewilligungsverfahren beschleunigt und auch die Rechtssicherheit für die Bauwerber damit erhöht werden soll und Sie wissen, dass die eine oder andere Änderung, es wurde von den Vorrednern angesprochen, auch den Altstadtanwalt betrifft. Ich möchte mich bei Hofrat Rupprecht sehr, sehr herzlich bedanken für seine sehr kompetente Arbeit als Altstadtanwalt, die sehr verantwortungsbewusst auch ausgeübt wird und ich sehe es als ein Kompliment seiner Arbeit, dass es nicht notwendig war, auch das Höchstgericht zu bemühen. Ich freue mich, dass seine Funktionsperiode, wenn ich die Signale aus der Landeshauptstadt richtig verstehe, Sie wissen, das Vorschlagsrecht für den Altstadtanwalt liegt bei der Landeshauptstadt Graz, dass seine Funktionsperiode ja auch weitergeht und er daher sein breiter Erfahrungsschatz aus seiner beruflichen Vergangenheit uns weiter zur Verfügung stehen wird. *(Beifall bei der ÖVP, SPÖ und den Grünen)* Ja, der Applaus ist, glaube ich, sehr gerechtfertigt, lieber Herr Hofrat Rupprecht. Danke, dass Sie heute auch da sind und damit zum Ausdruck bringen, dass Sie diese Aufgabe sehr, sehr ernsthaft ausüben. Diese Funktionsperiode wird ja entsprechend verlängert auf zweimal fünf Jahre und das ist ein Vorschlag, der, glaube ich, sehr plausibel seitens der Stadt geäußert wurde und es wurde kritisch von einigen Vorrednern angesprochen, dass das Beschwerderecht quasi jetzt beim Landesverwaltungsgericht endet und nicht beim Höchstgericht. Ich glaube aber, wenn diese Arbeit weiterhin so verantwortungsbewusst wahrgenommen wird, dass das qualitativ für die Arbeit keinen besonderen Unterschied machen wird. Sie wissen, dass wir auch die Mitglieder der ASVK entsprechend neu bestellen. Diese Mitglieder, und es wurde angesprochen das Bundesdenkmalamt, sich ja leider, sage ich dazu, zurückgezogen hat aus der Altstadtsachverständigenkommission, dass wir damit auch einem Vertreter der Wirtschaftskammer die Möglichkeit geben, mitzuwirken. Ich halte es auch für sehr klug in dieser Novelle, dass wir sagen, dass die Mitglieder der Altstadtsachverständigenkommission künftig aus ihren Reihen heraus den Vorsitzenden und den Vorsitzendenstellvertreter oder die Vorsitzendestellvertreterin wählen, weil damit gewährleistet ist, dass auch die Akzeptanz im Gremium eine größtmögliche ist und ich möchte heute auch den bisherigen Vorsitzenden, Wolfdieter Treibholz und Professor Szyszkowitz sehr, sehr herzlich für ihre Arbeit danken. Wir werden ja sehen, wie sie in der künftigen Periode weiter zur Verfügung stehen. Es wurde

auch angesprochen und ich möchte mich da auch im Hohen Haus nicht verschweigen, ich hätte es durchaus für zweckmäßig erachtet, wenn sie der Landesregierung eine zusätzliche Kompetenz eingeräumt hätten, verstehe aber, dass der Landtag selbstbewusst genug ist, sich manche Kompetenzen auch zurückzubehalten und selbst darüber zu entscheiden und es ist natürlich zu akzeptieren und wird auch künftig ja nicht täglich auf der Tagesordnung stehen, sondern im Ausnahmefall. So gesehen haben wir hier keine Verfahrensbeschleunigung, aber es wird die Anzahl der Fälle überschaubar sein und wird deswegen kein großes Problem verursachen, diese Kompetenz der Schutzgebietsausweisung bleibt also beim Landtag. Ich möchte abschließend noch einen Punkt ansprechen, den Präsident Majcen abschließend in der Debatte angezogen hat, indem er gemeint hat, die baukünstlerische Qualität, wenn ich dich richtig interpretiere, die baukünstlerische Qualität ist nicht nur in Kernzonen der Landeshauptstadt ein besonderes Thema, sondern in punkto Ortsbildschutz auch in den Regionen ein wesentliches Thema. Ich weiß, dass dieses Thema auch bei der Enquete entsprechend angezogen wurde und ich weiß nicht, ob wir es noch in dieser Legislaturperiode des Landtages schaffen, aber sonst sollten wir es uns jedenfalls vornehmen für die künftige Legislaturperiode, dass wir beim Thema des Ortsbildschutzes hier die eine oder andere Nachschärfung vornehmen. Es ist ja das Ortsbildschutzgesetz, wenn ich es richtig verstehe, eine Lex specialis zum Baugesetz und vielleicht könnten wir diese entsprechenden Schärfungen dann auch im Baugesetz vornehmen, dass es nicht eigens ein eigenes Ortsbildschutzgesetz geben muss, sondern im Baugesetz vornehmen, damit wir da auch einen Schritt weiter kommen und dass die Bauqualität in den Regionen, in den Gemeinden, damit auch in eine neue Dimension gehoben wird. Ich sage nur dazu, ich bitte immer im Hintergrund auch zu haben, dass jeder Gestaltungsbeirat, jede Geschmackskommission, jede Sachverständigenkommission, immer mit Verfahren zu tun hat und jedes Verfahren braucht seine Zeit und wir leben in einer Zeit, wo wir sehr darum ringen, auch immer Beschäftigung zu schaffen durch neue Projekte. Wir sollten nicht Projektabwehrinstitutionen schaffen, sondern wir sollten bei allem Wunsch nach künstlerischer Qualität, nach Baukultur und Bauqualität immer auch im Auge haben, dass wir möglichst schlanke Verfahren zustande bringen, die die baukünstlerische Qualität sicherstellen, aber dann auch die Umsetzung von Projekten ermöglichen. Insgesamt noch einmal herzlichen Dank an alle, die mitgewirkt haben, dass wir, glaube ich, eine gute Novelle zusammenbringen, und ich freue mich auf die weitere gute Zusammenarbeit mit der Altstadtsachverständigenkommission und dem Altstadtanwalt

Hofrat Rupprecht. Danke für die Aufmerksamkeit. (*Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 14.07 Uhr*)

Präsidentin Mag. Lackner: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Bevor wir zur Abstimmung kommen, darf ich eine Begrüßung vornehmen. Ich darf die Damen und Herren des Pensionistenverbandes der Ortsgruppe Trieben unter der Leitung von Ökonomierat Josef Horn sehr herzlich begrüßen und willkommen heißen bei uns im Landtag. (*Allgemeiner Beifall*)

Nun zur Abstimmung und ich ersuche um Aufmerksamkeit, zumal es Anträge auf punktuelle Abstimmungen gegeben hat.

Zu TOP N1 wurde gemäß § 60 Abs. 1 GeoLT 2005 (*Anmerkung der Landtagsdirektion: gemeint war § 60 Abs. 4 GeoLT 2005*) ein Antrag auf eine punktuelle Abstimmung gestellt:

Ich ersuche antragsgemäß die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zu TOP N1 – hinsichtlich § 13 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe!

Das ist die mehrheitliche Annahme gegen die Stimmen der FPÖ, Grünen und KPÖ.

Ich ersuche antragsgemäß die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zu TOP N1 hinsichtlich § 32 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe!

Das ist die mehrheitliche Annahme gegen die Stimmen der FPÖ und KPÖ.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zu TOP N1, ohne § 13 und ohne § 32 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe!

Das ist die mehrheitliche Annahme gegen die Stimmen der FPÖ.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zu TOP 8 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Sicherheitshalber Gegenprobe!

Das ist die einstimmige Annahme.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zu TOP N2 ihre Zustimmung geben, ebenfalls um ein Zeichen mit der Hand und ich sehe die einstimmige Annahme.

Wir kommend nun zur Dringlichen Anfrage und ich darf den Vorsitz an den Herrn Dritten Präsidenten Werner Breithuber übergeben.

Präsident Breithuber: Wir kommen zur Behandlung der Dringlichen Anfrage.

Am Dienstag, dem 24. Februar 2015 wurde um 13.27 Uhr von den Abgeordneten der FPÖ eine Dringliche Anfrage an Herrn Landeshauptmannstellvertreter Siegfried Schrittwieser, betreffend „Die rote Asylconnection: SPÖ + Jugend am Werk + Asylwerber = lukratives Geschäftsfeld“ eingebracht. Ich erteile Herrn Klubobmann Landtagsabgeordneten Hannes Amesbauer das Wort zur Begründung dieser Dringlichen Anfrage und verweise darauf, dass für die Begründung eine Redezeit von 20 Minuten gilt.

LTAbg. Amesbauer, BA (14.10 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrter Herr Landeshauptmannstellvertreter, geschätzte Damen und Herren Abgeordnete, werte Zuseher! Wieder einmal eine Dringliche der Freiheitlichen Partei zum Asylchaos in der Steiermark. Ein Asylproblem, das nach wie vor ungelöst ist und die Lösungsbereitschaft der selbsternannten Reformpartnerschaft, die sich ja bekanntlich in den letzten Zügen befindet, ist immer noch nicht gelöst und immer noch keine Bereitschaft auch zur Lösung vorhanden. Warum konstatieren wir ein Asylchaos und warum hat die Steiermark tatsächlich ein großes Problem mit diesem Asylchaos? Einerseits ist es ja hinlänglich bekannt, dass private Betreiber unter dem Deckmäntelchen der Humanität Millionen scheffeln, also die privaten Quartiere verdienen sich eine goldene Nase mit der Unterbringung der Asylwerber und damit einhergehend haben wir das Problem, dass die Asylheime in den letzten Jahren sprichwörtlich wie die Schwammerl aus dem Boden schießen, vor allem im ländlichen Bereich, wo wir es ja mit einer stetigen Reduktion der Leistungen, einem Zurückfahren der Infrastruktur vor Ort, zu tun haben, aber die Asylwerberheime erfreuen sich bei manchen, die damit gut verdienen, großer Beliebtheit und werden willkürlich verteilt. In Wahrheit haben wir das Problem und die Situation, dass in der Steiermark derzeit jedes leer stehende Gebäude, jede leer stehende Immobilie ein potentiell Asylwerberquartier ist und das können wir so nicht hinnehmen. Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir haben auch das Problem, dass Asylwerberheime

in unmittelbarer Nähe von Schulen und Kindergärten errichtet werden nach wie vor, und nach wie vor in solchen Gebieten auch betrieben werden, obwohl hinlänglich bekannt ist und auch erwiesener Maßen die Fakten auf dem Tisch liegen, dass in unmittelbarer Umgebung von Asylwerberheimen und –quartieren ein erhöhtes Sicherheitsrisiko vorherrscht. Das wissen wir aus parlamentarischen Anfragen, vor allem auch im Nationalrat, aus dem Innenministerium, dass es im Bereich von Asylquartieren zu Einsätzen kommt, erhöhten Polizeieinsätzen. Das geht von Drogenkriminalität, bis über Einbruchdelikte, bis hin zu Körperverletzungen, Tötlichkeiten, Mordversuchen, ja bis hin zu Mord. Wir wissen das ja, da, die Frau Kollegin Kaufmann schaut schon wieder, aber wir haben vor nicht ganz allzu langer Zeit in Mürzzuschlag eine Messerstecherei in einem Quartier gehabt, die auch als Mordversuch von der Polizei gewertet wurde und es ist ja auch noch nicht so lange her, dass in Aflenz ein Todesfall zu beklagen war unter Asylwerbern nach ebenfalls einer Messerstecherei, sehr geehrte Damen und Herren. Aber das sind dann immer wieder die großen Einzelfälle, das wird dann immer wieder vom Tisch gewischt und es passiert ja nichts und es ist ja eh alles in Ordnung. Es ist aber nicht alles in Ordnung, meine sehr geehrten Damen und Herren, mitnichten, die Zahlen beweisen es, und es sind ja keine Mahnungen und es ist ja kein populistischen Getöse, wie von linker und linkslinker Seite immer wieder behauptet wird, das sind die harten Fakten, meine sehr geehrten Damen und Herren. Wir haben das Problem in der Steiermark, dass in vielen wiederum ländlichen Gemeinden das Verhältnis zwischen der autochthonen Bevölkerung und den Asylwerbern einfach nimmer stimmt. Wenn man sich anschaut die Ortschaft Mürzsteg, jetzt seit 01.01. Gemeinde Neuberg an der Mürz, wo eben ein Betreiber am Werk ist und wo auf eine Gemeinde, die rund 600 Einwohner hat, 170 Flüchtlinge kommen, manchmal über 200. Das hängt ja immer von der aktuellen Belegung ab, ja, aber (*Landeshauptmannstellvertreter Schrittwieser: „Das stimmt ja schon wieder nicht.“*) das stimmt schon. (*Landeshauptmannstellvertreter Schrittwieser: „Was schmetterst die ganze Zeit?“*) Ich weiß, dass es jetzt derzeit nicht 200 sind, aber wir haben Zeiten gehabt, lieber Herr Landeshauptmannstellvertreter, wo 200 und mehr waren in der Vergangenheit und auch jetzt aktuell, aber wir werden ja die Antwort von dir bekommen, jetzt aktuell sind wieder 170 dort untergebracht, rund plus/minus ein paar, das ändert sich fast täglich, aber ich weise darauf hin, dass im Ortskern von Mürzsteg nur rund 200 Einheimische sind. Da kann mir keiner erklären, dass das Verhältnis passt. Das ist ja ein Faktum, dass der Landeshauptmannstellvertreter seit Jahren negiert, in Spital am Semmering zwar von einer Ghettobildung spricht – berechtigterweise – aber in seinem eigenen Verantwortungsbereich,

in Mürzsteg, seit vielen Jahren die gleiche Ghettobildung betreibt. Und es ist ja sogar ein Punkt, Mürzsteg, wo ja sogar die Grünen endlich eine Meinung haben, ja dass da das Verhältnis zwischen Einheimischen und Asylwerbern nicht mehr passt und es ist auch so, dass wir immer wieder Klagen bekommen von der Bevölkerung, dass eben die, die Situation nicht mehr hinnehmen wollen, dass sich die Kinder nicht mehr auf den Fußballplatz trauen und dass das letztendlich auch eine negative Entwicklung für das Zusammenleben im Ort aber auch eine negative Entwicklung für den Tourismus in dieser Region mit sich bringt, meine sehr geehrten Damen und Herren. Das Erstaufnahmezentrum in Steinhaus in der Gemeinde Spital am Semmering ist ja nach wie vor nicht geschlossen, auch wenn eine Reduzierung, eine spürbare und deutliche – und das ist richtig – sind glaube ich derzeit, ändert sich ja auch immer, aber wenn meine Informationen richtig sind, rund 30 Asylwerber in der Bundesbetreuung im Bundesquartier untergebracht. Faktum ist aber und das wissen Sie alle, dass die Ministerin, ressortzuständige Mikl-Leitner, Innenministerin, versprochen hat, das Quartier zu schließen, sobald die Steiermark die Quote erfüllt. Jetzt haben wir aber schon seit geraumer Zeit die Situation, dass die Steiermark die Quote übererfüllt und das Quartier ist nach wie vor nicht geschlossen. Ich schicke gleich hinweg, bevor es dann zur Debatte und zur Wechselrede kommt, dass wir da ja am heutigen Tage positive Signale vernommen haben von Seiten SPÖ und von Seiten ÖVP, einen dementsprechenden Antrag gemeinsam auch zu beantragen und gemeinsam zu verabschieden in Richtung Bundesregierung, dass die Bundesministerin endlich aufgefordert wird, dieses Versprechen auch einzulösen. *(Landeshauptmannstellvertreter Schrittwieser: „Das ist schwach, was du da sagst, weil das ist schon alles besprochen.“)* Da bin in den Kollegen von SPÖ und ÖVP durchaus auch dankbar, dass sie zumindest in diesem Punkt Handlungsbereitschaft signalisieren und ein klares Zeichen Richtung Bundesregierung schicken. *(Beifall bei der FPÖ)* Wenn wir schon bei den klaren Signalen Richtung Bundesregierung sind, weil das Kernproblem der verfehlten und falschen Asylpolitik in Österreich ist natürlich auf Bundesebene und in weiterer Folge auf europäischer Ebene zu sehen. Wir haben nach wie vor die Situation, dass wir eine ungezügelter und unselektierter Zuwanderung haben, ja. Ich sage das gleich zu Beginn wieder, weil ja wahrscheinlich gebetsmühlenartig von den Debattenrednern – sofern es welche gibt von Rot und Schwarz – der Vorwurf kommen wird: Die FPÖ agiert populistisch. Die FPÖ *(Allgemeine Unruhe)*, ja, ich komm gleich dazu, was ich mit Selektion meine, Herr Kollege Schwarz, ich werde das ausführen. Ja, natürlich brauchen wir eine Selektion, das ist ja ganz klar, das wird auch in der Bundesrepublik Deutschland gerade aktuell diskutiert, dass wir

genau darauf schauen müssen, welche Zuwanderer wir ins Land lassen und welche nicht. Aber dazu komme ich noch, Herr Kollege Schwarz, brauchen Sie sich nicht aufregen, das werde ich noch ausführen, sehr geehrter Herr Klubobmann Schwarz. Nein, ich horch auf ihren Zwischenruf auch nicht mehr, weil es ist kontraproduktiv, (*LTAbg. Schwarz: „Kennen Sie das Wort Selektion?“*) Sie können sich gerne zu Wort melden (*LTAbg. Schwarz: Kennen Sie das Wort Selektion im Zusammenhang mit der Geschichte unseres Landes?“*) Herr Kollege, (*LTAbg. Schwarz: „Ich habe Sie gefragt: Kennen Sie das Wort im Zusammenhang mit der Geschichte unseres Landes?“*) .. betreibt eine undifferenzierte Einwanderungspolitik. Die Scheunentore sind offen, (*LTAbg. Schwarz: „Er versteht den Zwischenruf nicht, beschämend.“*) Herr Kollege, ich horche Ihnen eh nicht zu, Grenzkontrollen, werden seit Jahren nicht mehr durchgeführt und ja, ich sage es und das wollte ich sagen, bevor sich der Herr Kollege Schwarz so aufgeregt hat und seinen Blutdruck in die Höhe getrieben hat (*LTAbg. Schwarz: „Kennen Sie das Wort Selektion?“*). Ich wollte das sagen, dass die Freiheitliche Partei selbstverständlich (*LTAbg. Schwarz: „Kennen Sie das Wort Selektion in Verbindung mit der Geschichte unseres Landes? Das ist ja unglaublich!“*) selbstverständlich ein Bekenntnis zum Asylrecht ablegt, aber nicht zum Asylmissbrauch, meine sehr geehrten Damen und Herren. (*Beifall bei der FPÖ*) Jemand, der in seiner Heimat tatsächlich Opfer von Verfolgung wird aufgrund seiner ethnischen Zugehörigkeit, aufgrund seiner sozialen Stellung, aufgrund seiner Religion, aufgrund seiner politischen Einstellung. Ja, solche Menschen haben Schutz und Hilfe auf Zeit in Österreich zu bekommen. Das steht völlig außer Frage. Nur es gibt zwei Kernprobleme. Das erste Problem ist, dass das kleine Österreich natürlich nicht das gesamte Asyl- und Flüchtlingsproblem dieser Welt bewältigen kann, wir sind ein kleines Land. Tragen aber gemeinsam, ja, Österreich mit Deutschland, Schweden und Malta die Hauptlast der Asylwerberunterbringung in Europa. Also da gibt es andere Staaten, die auch einmal ihren Beitrag leisten könnten. Das zweite Problem ist, dass wir eben nicht konsequent sind bei der Ansage, wen wir in diesem Land haben wollen oder nicht. Die Tatsache ist, dass eben die Mehrheit der Menschen, die zu uns kommen, nicht tatsächliche Flüchtlinge sind aufgrund der Genfer Flüchtlingskonvention. Die Gründe für den Asylgrund habe ich angeführt. Nein, es ist bekannt und es ist wiederum kein FPÖ-Populismus, das sind die offiziellen Zahlen aus dem Innenministerium, dass 80 % aller Asylanträge negativ beschieden, sprich abgelehnt werden, weil kein Asylgrund vorliegt, weil das Wirtschaftsemigranten sind, die in unser Sozialsystem einwandern. Stichwort Kosovo, das hat ja jetzt letztlich die Bundesregierung schön langsam erkannt, nach jahrelangen und

jahrzehntelangen Warnungen der FPÖ, die immer wieder als Hetze abqualifiziert werden, dass ein Mensch aus dem Kosovo hier in Österreich niemals eine Chance auf Asyl bekommen wird und die Plätze wiederum den tatsächlich Verfolgten somit weggenommen werden. Da gibt es jetzt diese Kampagne des Innenministeriums, die ich übrigens begrüßen kann. Aber warum braucht es da jahrelange Warnungen, die ignoriert werden und dann, wenn eingesehen wird, dass das Verhältnis am Kippen ist, dass das Boot tatsächlich voll ist und das Boot ist voll, weil Österreich hat seine Schuldigkeit mehr als getan, sofern wir überhaupt jemals eine Schuldigkeit gehabt haben. Wenn dann endlich eingesehen wird, dass das Verhältnis kippt, dass vor allem auch die Stimmung in der betroffenen Bevölkerung kippt und die Umfragen für die Systemparteien immer schlechter werden, dann wird reagiert. Aber besser spät als nie. Ja, das ist ein System, zu dem wir nicht gehören, Herr Kollege. Meine sehr verehrten Damen und Herren, noch einmal als Zusammenfassung für Herrn Schwarz, damit es auch er versteht. Ja zu Asyl für jene, die es wirklich brauchen, nein zu den Wirtschaftsflüchtlingen, die sich in unsere sozialen Hängematten legen und unsere sozialen Leistungen ausnützen. (*Beifall bei der FPÖ*) Meine sehr geehrten Damen und Herren, ein neuer Punkt in der aktuellen Debatte ist die Verquickung der SPÖ mit dem Asylwesen in der Steiermark und vor allem auch mit dem Verdienst am Asylwesen. Ich habe ja vorher gesagt, dass das allein in der Steiermark ein Millionengeschäft ist, die sogenannte Asylindustrie und bezeichnend für die ganze Arbeit dieser Reformpartnerschaft, dieser selbsternannten, im Asylbereich, und auch bezeichnend für die Linie des zuständigen Regierungsmitgliedes Siegfried Schrittwieser, ist die Tatsache, dass der SPÖ-nahe Verein Jugend am Werk erkannt hat, wieviel Geld mit dem Flüchtlingswesen zu verdienen ist. Möchte gleich vorweg sagen, dass Jugend am Werk in vielen Bereichen großartige Arbeit leistet, bei der Betreuung und Hilfestellung für beeinträchtigte Menschen, das will und kann und werde ich nicht in Abrede stellen, dass da gute Arbeit passiert. Aber wieso muss ein solcher Verein, eine solche Organisation, plötzlich auch Geld verdienen mit der Unterbringung von Asylerwerbenden? Also, ob das sehr humanitär ist und sehr menschlich ist, weiß ich nicht. Wie gesagt, es ist ein gutes Geschäft und die Tatsache, dass Siegfried Schrittwieser eine Reihe von Landesverträgen zur Betreuung von Asylerwerbenden eben mit Jugend am Werk hat – 160 – und die dürfen sich über großzügige Zuwendungen des Landes freuen. Da frage ich mich schon, ob das eine saubere Lösung ist, wenn das zuständige SPÖ Regierungsmitglied einem SPÖ-Verein hier die Aufträge und auch die Zahlungen zukommen lässt? Um es einmal zu verdeutlichen, wie es in dem Verein aussieht, der Vereinsvorstand spiegelt ja quasi den Parteiadel der SPÖ Steiermark wider. Vereinsvorstand bei Jugend am

Werk, meine Damen und Herren, Präsidentin, Ex-SPÖ-Landesrätin und Zweite Landtagspräsidentin Anna Rieder, Vizepräsident: SPÖ-Nationalratsabgeordneter Michael Ehmann, Vorstandsmitglieder: SPÖ-Klubobmann Johannes Schwarz. (*LTabg. Schartel: „Hört! Hört!“*) Vielleicht regt er sich deswegen so auf, weil er da ja selbst bei einem Verein ist, der davon profitiert. Deutschlandsbergs SPÖ-Bürgermeister, derzeitiger Regierungskommissär Josef Wallner, FSG-Sekretär, das ist die Fraktion sozialdemokratischer GewerkschafterInnen Klaus Breuss und der Geschäftsführer, der allseits bekannte ehemalige SPÖ Graz Chef und Ex-SPÖ-Vizebürgermeister von Graz, Walter Ferk, ist in diesem Verein auch untergebracht und das bedeutet Klärungsbedarf. Weil sich der Herr Kollege Schwarz die ganze Zeit so aufregt über den Begriff Selektion, ich versteh nicht, *was da ... (LTabg. Schwarz: Schauen Sie einmal in Wikipedia nach, was Selektion bedeutet.“)* ... schauen Sie einmal auf Wikipedia nach, (*LTabg. Schwarz: „Schauen Sie einmal rein, welchen Begriff Selektion hat.“*) Herr Kollege Schwarz, es ist ja ganz klar, dass ein Land und das ist ja nichts Ungewöhnliches, wenn man sich Kanada anschaut oder Australien oder Amerika, in diesen Ländern ist nicht alles gut, aber in der Asylpolitik sagen diese Länder ganz klar, wen wir bei uns haben wollen und wen nicht. Eines ist auch klar, reden Sie nicht immer dazwischen, horchen Sie einmal zu, Sie können sich dann eh zu Wort melden, Herr Kollege. Sie sind so aufgeregt, vertreten Sie da jetzt leicht den Vorstand von Jugend am Werk oder wie? (*LTabg. Schwarz: Es geht nicht um Jugend am Werk, es geht um den Begriff Selektion.“*) Herr Schwarz, ich erkläre es Ihnen gerade, was damit gemeint ist. Es ist schlicht und ergreifend und einfach damit gemeint, dass wir uns aussuchen sollten, wer zu uns kommt, dass wir auch wirtschaftlich gut ausgebildete Leute vielleicht eher brauchen als Leute mit einem sehr niedrigen Bildungsniveau, die zur Wirtschaft nichts leisten und beitragen können. (*Beifall bei der FPÖ*) Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrter Herr Landeshauptmannstellvertreter, ich bringe nun die Fragen ein. (*Landeshauptmannstellvertreter Schrittwieser: „Ich kenne sie.“*) Sie kennen sie, ja, das ist klar, aber das parlamentarische Prozedere beinhaltet natürlich, dass die Fragen auch verlesen werden und dass natürlich auch die Zuseher und die Menschen, die die Landtagssitzung über Livestream verfolgen, auch wissen, was wir Sie fragen, Herr Landesrat. Kommen wir zu den Fragen, insgesamt 29 Stück.

- 1.) Wie viele Flüchtlinge werden in welchen Gemeinden aktuell von der SPÖ-nahen Organisation "Jugend am Werk" betreut?
- 2.) Wie viele Quartiere werden derzeit aufgrund bestehender Verträge mit dem Land Steiermark vom Verein "Jugend am Werk" betrieben?

- 3.) Halten Sie angesichts der personellen Verflechtungen des Vereins zu Ihrer Partei (SPÖ-Klubobmann Hannes Schwarz, SPÖ-Nationalrat Michael Ehmann, SPÖ-Vorstandsmitglied Josef Wallner sitzen im Vereinsvorstand von "Jugend am Werk"), wie bereits angeführt, die Vergabe von Landesaufträgen an "Jugend am Werk" als politisch saubere Lösung?
- 4.) Wie erklären Sie sich den Umstand, dass die Organisation "Jugend am Werk" zufällig in Gemeinden mit absoluter SPÖ-Mehrheit (Köflach, Mario Lankowitz, Rosental an der Kainach) mit der Betreuung von Asylwerbern betraut wurde?
- 5.) Wie hoch sind die finanziellen Leistungen, die "Jugend am Werk" im Jahr 2014 und in den ersten beiden Monaten dieses Jahres für die Betreuung von Asylwerbern erhielt?
- 6.) Wie viele Flüchtlinge werden aktuell von der Wisniewski GmbH betreut?
- 7.) Was sind die konkreten Ergebnisse der zwischen Ihnen und Innenministerin Johanna Mikl-Leitner erzielten Einigung hinsichtlich der künftigen Verwendung des Erstaufnahmezentrums in Spital am Semmering?
- 8.) Warum konnte die Reduzierung der Asylwerberanzahl auf 50 Personen im Erstaufnahmezentrum Spital am Semmering nicht fristgerecht vollzogen werden?
- 9.) Warum ist das Erstaufnahmezentrum Spital am Semmering noch immer nicht geschlossen, obwohl Innenministerin Johanna Mikl-Leitner coram publico das Versprechen gab, dieses aufzulassen, wenn die Steiermark ihre Flüchtlingsquote erfülle?
- 10.) Können Sie ausschließen, dass es – etwa durch einen neuerlichen starken Anstieg der Flüchtlingszahlen – zu einer Erhöhung der Anzahl der Asylwerber im Erstaufnahmezentrum Spital am Semmering kommt?
- 11.) Wenn ja, warum?
- 12.) Werden Sie sich weiterhin für die Schließung des Erstaufnahmezentrums in Spital am Semmering einsetzen?
- 13.) Wenn ja, was werden hierzu Ihre nächsten Maßnahmen sein?
- 14.) Auf welche Gemeinden werden jene Asylwerber, die von der Reduzierung der Flüchtlingszahl im Erstaufnahmezentrum betroffen sind, verteilt werden?
- 15.) Stimmt es, dass diese Flüchtlinge großteils in Quartiere der Wisniewski GmbH überstellt werden?
- 16.) Warum verbleiben diese Asylwerber im Mürztal, das ohnehin schon eine sehr hohe Konzentration an Flüchtlingen zu verzeichnen hat?

17.) Werden Sie sich, angesichts der Übererfüllung der steirischen Flüchtlingsquote dafür einsetzen, dass diese Asylwerber von jenen Bundesländern aufgenommen werden, die derzeit bei der Aufnahme von Asylwerbern säumig sind?

18.) Wenn nein, warum nicht?

19.) Werden Sie die kürzlich vollzogene Reduzierung der Asylwerberzahlen in den vom Land betriebenen Quartieren in Spital am Semmering nach der Gemeinderatswahl wieder zurücknehmen?

20.) Wenn nein, können Sie eine Erhöhung der Flüchtlingszahl in diesen beiden Quartieren ausschließen?

21.) Sehen Sie angesichts der hohen Konzentration von Asylwerbern in Mürzsteg eine "Getto-Bildung" gegeben, wie Sie diese auch nach der Errichtung des Erstaufnahmezentrums in Steinhaus konstatierten?

22.) Wenn nein, warum nicht?

23.) Wenn ja, werden Sie sich demnach für eine deutliche Reduzierung der Asylwerberzahlen in Mürzsteg einsetzen?

24.) Wie viele Asylwerber aus dem Kosovo – bekanntlich einem sicheren Drittstaatsland – befinden sich aktuell in der Steiermark?

25.) Warum erhalten diese Wirtschaftsflüchtlinge genauso Leistungen aus der Grundversorgung wie jene Kriegsflüchtlinge, die tatsächlich Schutz und Hilfe benötigen?

26.) Welche Maßnahmen werden Sie setzen, angesichts der Tatsache, dass in der Steiermark überwiegend Männer (57 Prozent) Leistungen aus der Grundversorgung beziehen, hingegen der Anteil weiblicher Flüchtlinge lediglich 16 Prozent und jener von Kindern nur 27 Prozent beträgt?

27.) Werden Sie auch weiterhin, trotz der Übererfüllung der Flüchtlingsquote, gegen den Willen der Bürgermeister Asylquartiere in steirischen Gemeinden errichten?

28.) Wenn ja, warum?

29.) Hand aufs Herz – ist Ihre Asylpolitik gescheitert?

Die Frage 30.) steht nicht offiziell auf der Anfrage. Erlauben Sie mir aber die persönliche Frage

30.) Herr Landeshauptmannstellvertreter, wann treten Sie endlich zurück?

(Beifall bei der FPÖ – 14.31 Uhr)

Präsident Breithuber: Ich erteile nun Herrn Landeshauptmannstellvertreter Siegfried Schrittwieser das Wort zur Beantwortung dieser Dringlichen Anfrage.

Landeshauptmannstellvertreter Schrittwieser (14.31 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren auf der Regierungsbank, Hohes Haus, meine Damen und Herren im Zuschauerraum!

Sie erleben heute wieder ein Schauspiel, wie wir das schon das zehnte Mal jetzt haben und lassen Sie mich, bevor ich beantworte, einige persönliche Bemerkungen machen. Jugend am Werk – ich werde in der Anfrage noch genau die Fragen beantworten – aber ich möchte vorweg Jugend am Werk herzlich danken, die Tausenden Menschen in der Steiermark ein Leben ermöglichen, wie anderen auch, nämlich, indem sie eine erfolgreiche und soziale Arbeit leisten, die unverzichtbar ist. Wenn man heute sagt, weil von knapp 5.000 Asylwerbern, die wir derzeit in der Steiermark haben, 147 von Jugend am Werk betreut werden, dann glaube ich nicht, dass man von Connection zwischen Jugend am Werk und SPÖ sprechen kann, sondern - ich komme noch dazu – ich bin sehr dankbar, dass sie das tun, weil ich meine, wir brauchen optimale Verantwortung und auch Betreuung. Und Kollege Amesbauer, wenn Sie sagen, Sie haben ein Bekenntnis zu Asyl für Flüchtlinge, für Kriegsflüchtlinge, dann muss ich klipp und klar sagen, dass Sie nicht ganz die Wahrheit sagen. Denn diese Flüchtlinge, von denen Sie gesprochen haben, die wir nicht brauchen, sind in den letzten Monaten ausschließlich - mit geringen Ausnahmen - Kriegsflüchtlinge aus Afghanistan, jetzt in der Mehrheit aus Syrien und aus dem Irak. (*LTA* Abg. Amesbauer, BA: „*Im Jänner war die stärkste Gruppe aus dem Kosovo!*“) Und Sie wissen gar nicht – wir haben März – und Sie wissen gar nicht, weil Sie sich noch nie mit einem Flüchtling unterhalten haben oder mit jemandem, der da ankommt, dass da auf der Flucht Frauen und Kinder vergewaltigt werden, die dann ankommen und einen Platz suchen, um überleben zu können. Sie gehen dann her und sagen: „Na für die sind wir eh!“ Wiir reden nur von denen!“ Diese Scheinheiligkeit, die Sie an den Tag legen und die gesamte Freiheitliche Partei, die regt mich so auf, weil über Menschenwürde, über dramatischen, traumatisierten Zustand von Flüchtlingen herzuzugehen, um politisches Kleingeld für Wahlen zu sammeln, ist eine furchtbare Situation, und das lehne ich ab, aber es passt wirklich zu euch! (*Beifall bei der SPÖ und ÖVP*) Mein Damen und Herren, Menschlichkeit ist etwas, das trägt man im Herzen, das habt ihr nicht. Darum fühlt ihr auch nicht, wie viele andere fühlen, weil wenn man das im Herzen tragen würde, könnte man das nie, in der Asylpolitik mit solchen politischen

Hetzkampagne, die Leute gegeneinander ausspielen, wie ihr das hier macht. Jetzt sage ich es einmal nur so, wie du es mit der Wahrheit hältst. Du sagst: „Kinder gehen nicht mehr auf den Sportplatz, weil es Asylwerber gibt.“ Ich kann dir sagen: Ich habe bei allen Bürgermeisterkonferenzen auch die Polizeikommandanten der Regionen eingeladen, und die sagen mir, dass es mit diesen Flüchtlingen keine Probleme gibt, sondern sie sind dankbar, sie sind dankbar, dass sie endlich einen Platz gefunden haben, wo sie sich wieder erholen können, wo sie sich von der psychischen Krankheit, der sie ausgesetzt sind auf ihrer Flucht, erholen können. Da könnt ihr erzählen, was ihr wollt, ich weiche, wenn es um Kriegsflüchtlinge geht, keinen Millimeter ab, da könnt ihr noch so hetzen, ich werde auf der Seite der Schwächeren stehen! Das tun Sie nicht, meine sehr verehrten Damen und Herren.
(Beifall bei der SPÖ und ÖVP)

Dann kommt noch etwas dazu, was die Wahrheit betrifft, Kollege Amesbauer, das muss ich noch dazusagen, dann komme ich noch zu meiner Anfrage. Ich bin noch gar nicht dabei bei dem, was ich mir da hergeschrieben habe. Aber wenn ich da zuhöre, das ist eine seelische Grausamkeit anderen gegenüber, was Sie da betreiben. Jetzt sage ich da noch etwas: Ich habe das letzte Mal gemeint, und zwar bei der Dringlichen Anfrage Landtagssitzung 01. Juli 2014, dass die Asylbetreiber von den Hausbetreibern in deiner Heimatgemeinde, dass das deine besten „Haberer“ und deine besten Freunde sind. Dann hast du, lieber Kollege – und ich werde es dir heute beweisen, dass es anders ist – dich hier hergestellt, und jetzt soll sich der Landtag selbst ein Bild machen, ob du damals die Wahrheit gesagt hast oder nicht. Du hast dich damals hier hergestellt, ich zitiere: „Herr Landeshauptmannstellvertreter, lieber Sigi, ich weiß nicht, woher du diese Informationen hast, aber es ist mir wirklich ein Anliegen, hier klar und deutlich zu sagen, dass weder einer meiner besten Freunde, noch irgendjemand meiner Freunde, noch sonst irgendeine Person, mit der ich in Kontakt stehe, irgendwo in diesem Land ein Flüchtlingsheim betreibt.“ *(LTAvg. Amesbauer, BA: „Ja!“)* Dann hast du noch weiter gesagt: „Es ist mir ein Anliegen, das klarzustellen, und habe auch von dieser Person, die es ja nicht gibt, keinerlei Informationen.“ *(LTAvg. Amesbauer, BA: „Genau!“)* Lieber Freund, jetzt sage ich dir etwas: Der Betreiber des Appelhofes in Mürzsteg – der Betreiber, nicht der Besitzer – ist auf deiner Kandidatenliste für die Gemeinderatswahl an zweiter Stelle! *(LTAvg. Schwarz: „Unerhört!“ – Durcheinanderrufen unter den Abgeordneten der SPÖ)* Da hast du die Unwahrheit gesagt. *(LTAvg. Amesbauer, BA: „Blödsinn!“)* Das ist deine Wahrheit in der Asylpolitik. Du stellst dich da her und sagst vor dem Landtag die Unwahrheit, du kennst diese Person nicht, und auf deiner Kandidatenliste ist der Verwalter dieses Hauses in

Mürzsteg auf der Liste von dir bei den Freiheitlichen für die Gemeinderatswahl an zweiter Stelle, das ist ja unerhört! Für was hältst du diesen Landtag? Das ist ja keine „Quatschbude“ – nur wenn du redest, ja, aber sonst nicht, das möchte ich einmal feststellen. So eine Unwahrheit hier zu sagen, das ist genauso, wie du sagst: „Die Leute gehen nicht mehr dort hin und da hin und die sollen sich alle putzen und die brauchen wir nicht!“ Du hast den Landtag hier bewusst falsch informiert, da ist dein Kandidat an zweiter Stelle bei der Gemeinderatswahlliste und du sagst, du kennst keine dieser Personen. Das ist doch ... was denkst du dir da dabei? Wahrscheinlich gar nichts, wie so oft! *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP)*

Und jetzt, meine Damen und Herren, möchte ich zu dieser Anfrage kommen und mich auch bedanken, dass ich die Möglichkeit habe, über das Asylwesen hier in diesem Haus wieder einmal zu sprechen. Es gibt mir die Möglichkeit, die tatsächliche Situation der Steiermark darzustellen. Diese Situation ist grundverschieden von jenem Bild, das von der FPÖ gezeichnet wird, denn die FPÖ – und das habe ich vorhin gesagt – schürt zu diesem Thema nur Vorurteile und Ängste und hetzt die Leute gegeneinander auf. Aber ich gebe gleichzeitig auch zu: Manchmal deckt die FPÖ tatsächlich Missstände auf! Und zwar schonungslos! Ich habe Ihnen ein Beispiel mitgebracht: Meine Damen und Herren, die FPÖ sagt immer: „Man muss deutsch lernen!“, der Meinung bin ich auch, man muss Deutsch-Kurse machen, jawohl, man muss das! Ein gutes Beispiel hat die FPÖ geliefert bei einem Folder der FPÖ: Da hat sie nämlich dieses Inserat ausgeschildet (*Landeshauptmannstellvertreter Schrittwieser hält einen Folder in die Höhe*). Und wenn ich jetzt sage, man muss deutsch lernen, das stimmt, aber ich würde selbst bei mir anfangen. Denn da steht nämlich auf diesem Folder nicht „Hausordnung“ sondern „Hausordnug“, dann steht unten „Sprache lernern“, meine Damen und Herren: In zwei Sätzen zwei Fehler! Und die sagen, die anderen würden zu wenig deutsch lernen. Ich würde sagen: Tut ihr selber einmal deutsch lernen! *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP)* In dieser Frage, meine Damen und Herren, gebe ich euch Recht: Da ist Nachholbedarf, aber bei euch selber in erster Linie, weil bei einem Inserat in zwei Zeilen zwei Fehler zu machen, das habe ich nicht einmal gemacht, als ich mit der Schule begonnen habe. Aber wir haben das ja schon öfter gehabt.

Nun zurück zur Anfrage, meine Damen und Herren. Ich habe in meiner Abteilung nachgefragt, wie viele Anfragen schriftlicher Art oder Dringliche Anfragen es zum Thema Asyl und Grundversorgung von der FPÖ gegeben hat. Seit Mai, meine Damen und Herren,

letzten Jahres hat es zehn Anfragen gegeben – zehn seit Mai – und 255 Einzelfragen in diesen zehn Anfragen. Wobei man sagen muss, die meisten haben sich wiederholt und waren keine neuen Fragen. Wenn das so ist ... ich habe mir gedacht, ihr wollt euren Wissendurst stillen, aber das kann nicht so sein, denn übelmeinende Personen könnten jetzt sagen: „Wenn ihr zehn Anfragen stellt, 255 Fragen: Ja wie ist das denn mit dem Merken?“ (*Heiterkeit unter den Abgeordneten – LTAvg. Schartel: „Es kann auch daran liegen, dass die Antworten nicht zufriedenstellend sind!“*) Vielleicht tut ihr es euch nicht so gut merken, um das auf gut steirisch zu sagen. Ja irgendeinen Schluss muss ich daraus ziehen. Wenn ich so oft frage ... wenn ich drei Mal das Gleiche frage, wird gesagt: „Ja sag einmal, merkst du dir denn nichts?“, und ihr fragt 255 Mal das Gleiche. Da müssen doch Leute dazu kommen und sagen: „Die haben vielleicht ein Merkproblem und ein Rechtschreibproblem.“ Das gehört zu euch und weil ihr ein Merkproblem und ein Rechtschreibproblem habt und kein anderes Thema habt, macht ihr Asylpolitik und tut dabei die Leute verhetzen. Das nicht mit mir, meine Damen und Herren! (*Beifall bei der SPÖ und ÖVP*) Sie machen auch gar kein Geheimnis daraus, dass Sie vor den Wahlen wieder einmal die Ausländer-Karte zücken wollen. (*LTAvg. Amesbauer, BA: „Seid Jahren, nicht vor der Wahl!“*) Sie machen sich schutzbedürftige Asylsuchende zur Zielscheibe in ihrem Wahlkampf, und das muss jetzt erbarmungslos getrommelt werden, landauf- und landab, tagein und tagaus. Es werden Probleme mit Flüchtlingen behauptet, die nicht existieren. Ihre Strategie ist wieder einmal, alles, was fremd ist, zum Freiwild zu erklären – in der Hoffnung, dass bei den Wählern schon irgendetwas hängen bleibt. Diese Propaganda, meine Damen und Herren, ist einfach widerwärtig und aus tiefstem Herzen abzulehnen, kann ich Ihnen nur sagen. Und nicht nur das: Sie kommen sich dabei auch noch gut vor, wenn Sie Menschen gegen andere Menschen aufhetzen. Im letzten Wahlkampf wurde von Ihnen noch plakatiert: „Liebe deinen Nächsten“ – auf diese Form von Nächstenliebe kann ich gerne verzichten – und ich hoffe, der Rest dieses Hauses, außer den Freiheitlichen, auch! Und gleichzeitig beklagen Sie sich, dass Sie von anderen Parteien ausgegrenzt werden. Doch in Wahrheit grenzen Sie sich selber aus – denn mit Leuten, die eine solche Gesinnung offen zur Schau tragen, ist kein Staat zu machen. Das ist so und das wissen alle in Österreich, die ein positives Gedankengut haben und die nicht auf dieser Seite stehen, die Leute gegeneinander aufhetzen.

Jetzt wollen Sie auch noch einen parteipolitischen Skandal heraufbeschwören, weil neuerdings Jugend am Werk bei der Flüchtlingsbetreuung mitwirkt. Sie unterstellen sogar eine „rote Asyl-Connection“ und tun so, als würden einer SPÖ-nahen Organisation lukrative

„Geschäftler“ zugeschanzt. Darauf sage ich Ihnen eines: Ich verwahre mich gegen diese Unterstellungen, die ich auf das Schärfste zurückweise! Das habe ich am Beginn bereits gemacht. Schreiben Sie sich das ins Stammbuch, meine sehr verehrten Damen und Herren der FPÖ: Mitmenschlichkeit und Hilfsbereitschaft kennt keine Parteifarbe, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus aber schon! Ich bin Jugend am Werk sehr dankbar für die Bereitschaft, uns bei der Betreuung der Flüchtlinge zu helfen. Angesichts der großen Aufgaben der letzten Monate waren die Kapazitäten bei den anderen Trägern weitgehend erschöpft. Und wenn nicht Jugend am Werk eingesprungen wäre, hätten wir die neuen Quartiere in der Weststeiermark gar nicht verwenden können.

Aber jetzt, meine Damen und Herren, zur Beantwortung Ihrer Fragen im Einzelnen:

Zur Frage 1: Die angeführten Zahlen basieren auf dem Stichtag 05. März 2015. Köflach 78 Asylwerber, Maria Lankowitz zehn, Rosental an der Kainach 21, Wettmannstätten 7, Schwarzautal 31. Das ist diese gerechte Verteilung, die Sie immer verlangen, die ich schon lange lebe. Insgesamt geht es also um 147 bei Jugend am Werk untergebrachte Asylwerbende. Die Gesamtzahl der in der Steiermark grundversorgten Flüchtlinge liegt beinahe bei 5.000. Also sind das nicht einmal drei Prozent. Das muss man sich auf der Zunge zergehen lassen: Aus diesem zahlenmäßigen Verhältnis konstruieren Sie eine parteipolitisch motivierte Bevorzugung einer Einrichtung.

Zur Frage 2: Da die Unterbringung in Wohnungen erfolgt, gibt es 13 Verträge, die oft nur eine kleine Zahl von Unterbringungsplätzen betreffen.

Zur Frage 3: Ja.

Zur Frage 4: Nachdem ich mich in den letzten Monaten intensiv darum bemüht hatte, weitere Quartiere zu finden, insbesondere in Regionen, in denen bisher wenig Flüchtlinge untergebracht waren, wurden dem Referat für Flüchtlingsangelegenheiten aus diesen Gemeinden Wohnungen angeboten. Die Betreuung von Flüchtlingen in diesen Wohnungen wurde von arrivierten Quartierbetreibern wegen personellen Kapazitätsengpässen abgelehnt. Erst dann wurde bei Jugend am Werk nachgefragt, da diese Organisation im Bezirk für andere Aufgabenbereiche bereits Leistungen für das Land Steiermark erbringt und daher vor Ort eine organisatorische Basis hat.

Zur Frage 5: Jugend am Werk ist erst seit Mitte Dezember 2014 Quartierbetreiber und damit Vertragspartner des Landes im Bereich der Flüchtlingsbetreuung. Jeder Betreiber einer Flüchtlingsunterbringung erhält je nach Unterbringungsart jenen Tagsatz, der in der Artikel-15a-B-VG-Grundversorgungsvereinbarung festgelegt ist. Diese Kostenhöchstsätze von 19 Euro pro Asylwerber haben sich seit 01. März 2013 nicht verändert.

An Jugend am Werk wurden bis jetzt 37.601 Euro für den Monat Dezember an Tagsätzen für die Unterbringung und Verpflegung der 147 Asylwerbenden ausbezahlt. Für die weiteren Monate liegt noch keine Abrechnung vor.

Zur Frage 6: Mit Stand 05. März 2015 wurden 439 AsylwerberInnen von der Wisniewski GmbH betreut.

Zur Frage 7: Das Ergebnis der Vereinbarung mit der Frau Innenminister lautet wie folgt:

- Die Zahl der im „Haus Semmering“ untergebrachten Asylwerber wird bis Mitte Februar auf 50 reduziert, was passiert ist.
- Die Zahl der von Bund und Land in der Gemeinde untergebrachten Flüchtlinge wird auf 80, 85 Personen begrenzt, was auch die Anzahl war, bevor dieses Asylquartier von der Frau Bundesministerin eröffnet wurde.
- Die Betreuungseinrichtung wird bei Finden einer Nachnutzung und eines damit verbundenen Eigentümerwechsels geschlossen.

Zur Frage 8: Mit den Vorarbeiten für die Verlegung der Asylwerber wurde sofort nach Abschluss der Vereinbarung begonnen. Die Verlegung erfolgte lediglich eine Woche später als geplant.

Zur Frage 9: Diese Frage bitte ich, der Frau Bundesministerin zu stellen.

Zur Frage 10: Es liegt die Zusage der Frau Bundesministerin vor, dass es zu keiner Erhöhung der Belegungszahlen kommen wird.

Zur Frage 11: Siehe die Antwort auf Frage 10.

Zur Frage 12: Ja, wie auch bereits in den letzten Monaten

Zur Frage 13: Ich gehe davon aus, dass die Frau Bundesministerin ihre getätigte Zusage auf Punkt und Beistrich einhalten wird. Diese Zusage hat sie gegenüber der Gemeindevertretung sowie den Medien öffentlich getätigt und auch mir gegenüber wiederholt bestätigt. Daher werden meinerseits vorerst keine weiteren Maßnahmen nötig sein.

Zur Frage 14: Die AsylwerberInnen aus der Bundesbetreuungsstelle wurden auf die Gemeinden Preding, Judenburg, Leoben, Liezen, Rottenmann und Graz aufgeteilt. Das ist diese flächenmäßige, gleichmäßige Verteilung, die ich lebe und die Sie immer verlangen, weil Sie gar nicht nachfragen, wie die aufgeteilt werden.

Zur Frage 15: Nein. Niemand von den Flüchtlingen aus der Bundesbetreuungsstelle wurde in ein Quartier der Wisniewski GmbH überstellt.

Zur Frage 16: Wie Sie aus der Beantwortung der Frage 14 ersehen, stimmt dies nicht. Dies ist eines von vielen Musterbeispielen, wie Sie im Asylbereich falsche Tatsachen verbreiten und damit die Bevölkerung verunsichern.

Zur Frage 17: Mit Stand 05. März 2015 erfüllte die Steiermark die Quote zu 100,89 %. Damit erfüllt die Steiermark ihre Quote ziemlich genau gemäß Vereinbarung mit dem Bund. Auch alle anderen Bundesländer sind bemüht, ihre Quoten zu erfüllen. Dieses Thema wird regelmäßig in den verschiedensten politischen Gremien besprochen.

Zur Frage 18: Siehe Beantwortung der Frage 17.

Zur Frage 19: Nein. Diese Reduktion der Asylwerbenden in der Gemeinde Spital am Semmering steht in keinem Zusammenhang mit der Gemeinderatswahl, sondern beruht auf der Vereinbarung zwischen der Frau Bundesministerin und mir. Die beiden genannten Landesquartiere werden wieder mit ihrer ursprüngliche Belegung versehen, sobald das Bundesquartier endgültig geschlossen ist.

Zu den Fragen 20 bis 23:

Ich strebe seit jeher eine gleichmäßige Verteilung der Flüchtlinge in der Steiermark an. Um dieses Ziel zu erreichen, bedarf es entsprechender Quartierangebote und der positiven Mitwirkung der örtlichen und Landespolitik. Tatsächlich haben Sie von der FPÖ gar kein Interesse, dass ich dieses Ziel erreiche. Daher fordern Sie von mir auch vehement, dass ich Flüchtlinge nur mit Zustimmung der Kommunalpolitik unterbringe, weil Sie wissen, dass dies häufig nicht gelingt. Demzufolge leisten auch ausgerechnet Politiker Ihrer Partei häufig Widerstand, wenn ich Flüchtlinge in einem Bezirk unterbringen will, in dem noch verhältnismäßig wenige Asylwerbende untergebracht sind, wie z.B. Ihr Kollege Rauch in der Südoststeiermark. Daher komme ich zu der Erkenntnis, dass die von mir gewünschte und offiziell von Ihnen verlangte gleichmäßige Verteilung von Ihnen und Ihren eigenen Politikern unterlaufen wird. Auch dies war bisher ein Umstand, warum gewisse Bezirke, wie beispielsweise Bruck-Mürzzuschlag, gegenüber anderen Bezirken ein höheres Maß an Verantwortung übernehmen mussten. Zum Leidwesen Ihrer wahltaktischen motivierten

Strategie müssen Sie aber zur Kenntnis nehmen, dass es mir in den letzten Monaten gelungen ist, den Bezirk Bruck-Mürzzuschlag deutlich zu entlasten. Allein in den letzten Wochen wurden rund 282 Flüchtlinge vom 02.01.2015 bis 10.03.2015 von Bruck-Mürzzuschlag in andere Bezirke verlegt. Dazu muss ich Ihnen noch mitteilen, dass dies 282 weniger sind – das habt ihr auch nicht nachgeforscht. Aber wir hatten auch bei der Aufteilung der Gemeinden im Mai 2014 60 Gemeinden nach der neuen Gemeindestruktur, jetzt im März 2015 sind es 113 Gemeinden, die Flüchtlinge aufgenommen haben, d.h. die Zahl der Gemeinden ist nahezu verdoppelt worden. Was auch den Beweis erbringt, dass wir natürlich interessiert sind, die Bevölkerung nicht zu überfordern, in Gemeinden, wo weniger Einwohner sind, nicht zu viele Flüchtlinge hinzugeben, um den sozialen Frieden zu gefährden. Dort, wo wir die Flüchtlinge haben, stellen wir fest: Wenn sie hier sind, dass die Bevölkerung eher darauf übergeht, Mitleid mit diesen Menschen zu haben, sie unterstützt und auch das bringt, was sie brauchen.

Zur Frage 24: 178.

Zur Frage 25: Ob dies Wirtschaftsflüchtlinge sind und ob sie unseren Schutz benötigen, entscheiden das Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl sowie Bundesverwaltungsgericht oder Verwaltungsgerichtshof. Die Bundesländer sind nur für die Grundversorgung der von den Bundesbehörden zu Asylverfahren zugelassenen Personen zuständig.

Zur Frage 26: Erstens kann ich das nicht beeinflussen, und zweitens entspricht dieses Verhältnis den gesamtösterreichischen statistischen Asylzahlen.

Zur Frage 27: Alle ExpertInnen erwarten einen erneuten Anstieg der Flüchtlingszahlen für die Zeit nach Ende des Winters. Vom Angebot eines Quartiers bis zu dessen Eröffnung vergehen Wochen, oft auch Monate. Wir müssen jetzt neue Quartiere finden, damit wir im Sommer genug Plätze zur Erfüllung der vereinbarten Quote haben. Im Übrigen wird nach wie vor versucht, Einvernehmen mit den Gemeindeverantwortlichen herzustellen. Wie ich bei den Bürgermeisterkonferenzen den Bürgermeistern mitgeteilt habe, können aber auch Quartiere ohne Zustimmung eröffnet werden.

Zur Frage 28: Siehe Antwort auf Frage 27.

Zur Frage 29, das war dein letztes Wort in deiner Begründung, hast du gemeint: „Hand aufs Herz! Ihre Asylpolitik ist gescheitert!“ Du hast dann noch dazu gesagt: „Wann treten Sie zurück?“, ich kann dich beruhigen: Das wirst du in diesem Haus nicht erleben. (*LTA*bg. *Amesbauer, BA*: „*Das geht sich schon noch aus!*“)

Zur letzten Frage: Hand aufs Herz, sage ich: Hand aufs Herz! Für dieses unwürdige Spektakel, das Sie hier aufführen, würde ich Sie gerne auffordern: Schämen Sie sich! Aber das setzt ein Schamgefühl voraus, also lasse ich es bleiben. Vielen Dank für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP – 15.55 Uhr)*

Präsident Breithuber: Ich danke für die Beantwortung dieser Dringlichen Anfrage. Ich eröffne nunmehr die Wechselrede zu dieser Dringlichen Anfrage und weise auf § 68 Abs. 5 Geschäftsordnung hin, wonach Regierungsmitglieder, sowie Hauptredner und Hauptrednerinnen nicht länger als 20 Minuten und Debattenredner und –rednerinnen nicht länger als 10 Minuten sprechen dürfen.

Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Maria Fischer.

LTAbg. Fischer *(14.56 Uhr)*: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Mitglieder der Landesregierung, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Zuschauer hier im Haus und via Livestream!

Auch ich finde es wirklich beeindruckend, dass eine Partei seit Monaten immer nur das gleiche Thema behandeln möchte und immer nur die gleichen Antworten hören möchte. Aber heute muss ich ausnahmsweise damit beginnen, dem Kollegen Amesbauer Recht zu geben. Ich gebe ihm heute Recht als Vizebürgermeisterin der Gemeinde Spital-Steinhaus, weil es stimmt, dass die Frau Mikl-Leitner bei der Pressekonferenz im September bei uns im Ort versprochen hat: Sobald die Steiermark die Quote mit 100 % erfüllt, wird sie das Haus schließen. Das stimmt, dass sie das nicht gemacht hat. Sie hat damals auch keine Nachnutzung gefordert, wobei natürlich wir uns als Gemeinde auch dafür einsetzen, dass es eine Nachnutzung geben wird, weil so ein großer Gebäudekomplex ja nicht leer stehen soll. Das alles weiß ich ganz sicher, dass es so war, weil ich bei diesem Gespräch damals anwesend war. Und sie hat offenbar damals nicht damit gerechnet, dass unser Landeshauptmannstellvertreter Schrittwieser das so schnell schaffen wird, dass er die 100%-Quote erfüllen wird. Es stimmt eben, dass sie ihr Versprechen nicht eingelöst hat, dass sie das Haus nicht geschlossen hat, sondern auf 50 Personen reduziert hat. Genau das ist der Grund, warum ich heute den Entschließungsantrag der Freiheitlichen mitunterscriben habe und auch zustimmen werde. Aber es ist uns nie um die Menschen gegangen, die dort untergebracht sind, sondern nur um die Vorgehensweise vom Bundesministerium. Eines möchte ich auch festhalten: Es hat dort weder Mordversuche noch Morde gegeben, noch sonst

irgendwelche großen Ereignisse oder Delikte. Dass unserem Landeshauptmannstellvertreter Schrittwieser nun vorgeworfen wird, dass er versagt hat, da frage ich mich schon, warum. Aber es ist typisch für die Freiheitlichen, dass es eigentlich egal ist, was gemacht wird, weil es ohnedies wieder sofort kritisiert wird. Und unser Landeshauptmannstellvertreter hat sehr wohl darauf reagiert, dass die Frau Mikl-Leitner dieses Haus nicht geschlossen hat. Er hat so darauf reagiert, dass sehr viele AsylwerberInnen aus dem landesbetreuten Quartier verlegt wurden und somit hat er es gemacht, dass die Zahl von 280 auf 80 in Steinhaus reduziert wurde. Das ist genau die Zahl, die wir gehabt haben, bevor das bundesbetreute Quartier eröffnet wurde. Dann ist von den Freiheitlichen sofort die Lüge verbreitet worden, dass alle, die bei uns in Steinhaus untergebracht waren, jetzt nach Mürzzuschlag kommen. Wir haben uns dort erkundigt: Das würde nicht einmal gehen, weil nicht einmal die Kapazität und nicht einmal die Betten dort zur Verfügung gestanden wären. Natürlich wird jetzt auch in der Gemeinde, weil bald haben wir Gemeinderatswahlen, die nächste Lüge verbreitet und das ist die, dass die Quartiere, sobald die Wahlen geschlagen sind, wieder voll besetzt werden. Wobei das kann ich ja noch ein bisschen verstehen, weil wir haben den Freiheitlichen ja ein ganz wichtiges Wahlkampfthema für die Gemeinderatswahl genommen, darum muss jetzt schnell ein neues Thema gefunden werden, damit die Bevölkerung wieder verunsichert wird und wieder falsch informiert werden kann. Aber wie gesagt, bei den Freiheitlichen ist es offenbar egal, was wir machen, es ist grundsätzlich falsch. Dass viele Flüchtlinge in einer Gemeinde untergebracht sind, dafür bin ich auch nicht. Aber die Situation, die wir in Steinhaus gehabt haben, hat auch nicht unser Landeshauptmannstellvertreter Schrittwieser herbeigeführt, sondern das war eben durch das undemokratische Verhalten, durch diese Vorgehensweise, dass dieses Haus Semmering eröffnet wurde. Unser Landeshauptmannstellvertreter und seine gesamte Abteilung haben sich in den letzten Monaten bemüht, die Flüchtlinge solidarisch auf die gesamte Steiermark aufzuteilen, aber jetzt passt das auch wieder nicht. Ich denke, dass unserem Landeshauptmann, unserem Landeshauptmannstellvertreter und seiner ganzen Abteilung ein riesengroßes Danke ausgesprochen gehört für die Arbeit, die sie in den letzten Monaten geleistet haben und dass sie es geschafft haben, dass die Steiermark die Quote erfüllt. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP)* Dafür waren sehr viele Gespräche mit Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern notwendig, aber auch mit den Quartiergebern und es war auch sehr viel Arbeit, die Quartiere überhaupt erst einmal anzuschauen, ob sie bezogen werden können und das hat monatelang gedauert. Wenn unserem Landeshauptmannstellvertreter Schrittwieser der Vorwurf gemacht wird, dass

er untätig ist, dann frage ich jetzt einmal in Richtung der Freiheitlichen: Warum unternehmen die Kollegen bei uns im Gemeinderat in Spital nichts? Das einzige, was sie gemacht haben, waren viele Flugblätter, wo sie den Bürgermeister beschimpft haben, wo sie mich beschimpft haben, wie unfähig ich sei, dass unser Sigi Schrittwieser mit mir nicht spricht, ich mit ihm nicht spreche, dass ich es nicht schaffe, dass ich in Graz einmal auf den Tisch haue und dass etwas weitergeht und dass etwas passiert. Sie haben eine Dringliche bei uns im Gemeinderat eingebracht, wo es darum gegangen ist um die Einsichtnahme in den Vertrag, der abgeschlossen wurde zwischen Haus Semmering, zwischen der Frau Murinova und dem Innenministerium, ein privatrechtlicher Vertrag, wo wir überhaupt kein Recht darauf haben, Einsicht zu nehmen. Ich habe dann in der Gemeinderatssitzung gefragt, warum wir dann nicht auch gleich fordern, dass wir in die Verträge Einsicht nehmen können, die abgeschlossen wurden, die Grundablösen, die bezahlt wurden für den Semmering-Basis-Tunnel. Ich glaube, da geht's da, wo die Deponie verkauft wurde, ziemlich um den gleichen Betrag. Da hat es sofort geheißen: „Das ist ganz etwas anderes!“ Ich glaube nicht, dass es ganz etwas anderes ist, weil es geht hier um Steuergeld, und es geht dort um Steuergeld. Der zweite Gemeinderat bei uns im Gemeinderat in Spital, der hat zu diesem Thema offenbar überhaupt keine Meinung, weil es wurde von SPÖ und ÖVP ein Antrag eingebracht, damit wir eben in der Angelegenheit Haus Semmering gemeinsam vorgehen und es nicht für ein schmutziges Wahlkampfthema verwenden. Da war er zuerst überhaupt überfordert mit dem Antrag, er wurde dann von einer ÖVP-Gemeinderätin gefragt, ob er eine Meinung hat dazu und seine Antwort war: „Nein!“ Der einzige Sager der Freiheitlichen bei uns in der Gemeinde in den letzten Wochen und Monaten war immer: „Ich bin ja nicht ausländerfeindlich, aber ...!“ Und ansonsten haben sie nichts getan, als Lügen zu verbreiten, menschenverachtende Aussagen zu tätigen und die Bevölkerung in Angst und Schrecken zu versetzen und genau das ist typisch für die Freiheitliche Politik: Alles schlechtreden, aus der Angst der Menschen Kapital schlagen zu wollen, aber keine Lösungen zu haben. Ich traue mich zu sagen, dass keine andere Partei hier in diesem Haus gegen die Aufnahme von flüchtenden Menschen und gegen eine solidarische Aufteilung bei uns in der Steiermark ist und dagegen ist, dass wir Menschen auf der Flucht helfen. Ich stimme 100-prozentig zu, dass Terroranschläge auf der ganzen Welt zu verurteilen sind, aber ich kann doch deswegen nicht alle, die nach Österreich kommen, flüchten, als Terroristen, Kriminelle und Drogendealer bezeichnen. (*LTabg. Amesbauer, BA: „Das hat ja nie wer gesagt!“*) Es gibt auch Politikerinnen und Politiker, die - aus welchen Gründen auch immer - verurteilt worden sind, aber deswegen sind wir auch nicht alle, die wir

hier sitzen, korrupt und schlecht und kriminell. Und Kollege Amesbauer, du hast hier in diesem Haus einmal gesagt, du warst in Steinhaus und hast dir dort selbst ein Bild gemacht – das glaube ich sicher nicht. Weil dann wüsstest du nämlich, dass in Steinhaus nicht alle gegen die Unterbringung von Flüchtlingen sind. (*LTA*bg. Amesbauer, BA: „Aber viele!“) Aber nicht alle und ich frage dich jetzt einmal: Warst du jemals in einem Flüchtlingsquartier? Hast du dir jemals diese Geschichten angehört, die diese Menschen erzählen? Hast du jemals Menschen ankommen sehen mit einem Plastiksack in der Hand, wo ihr Hab und Gut drinnen war und mit der Angst im Gesicht? Hast du jemals gehört, was sie alles auf der Flucht erleben mussten und Frauen und Kinder oft zurücklassen mussten? Hast du jemals gehört, wenn sie telefonieren, dass im Hintergrund Geräusche von Bomben zu hören sind? Oder hast du jemals mit Menschen gesprochen und gehört, wie stolz sie darauf sind, wenn sie wieder einmal einen Satz mehr auf Deutsch sprechen können? Oder hast du jemals Tränen in Kinderaugen gesehen, weil sie ihre Eltern auf der Flucht verloren haben? Oder hast du jemals ein Kind im Kindergarten sehen müssen, dass keine Socken und keine Schuhe angehabt hat und mit den Patschen im tiefsten Schnee gegangen ist? Und hast du jemals einem dieser Menschen geholfen, wenn sie Hilfe brauchen? Oder hast du einmal versucht, diese Menschen zu verstehen und zu integrieren? Auf diese Fragen werde ich wahrscheinlich jetzt auf alle ein Nein bekommen, weil es ist viel einfacher zu sagen, das alle kriminell sind und dass wir sie abschieben. Aber ich und viele Bürger und Bürgerinnen in Steinhaus und in Spital und in der ganzen Steiermark, wir haben das in den letzten Wochen gemacht und wir haben Dankbarkeit gespürt, weil wir diese Menschen menschenwürdig behandelt haben und nicht als Kriminelle abgestempelt haben und sie nicht von vornherein als Verbrecher hingestellt haben. Und ich bin noch einmal stolz auf unseren Landeshauptmannstellvertreter und auf sein gesamtes Team und auf alle Gemeinden, die Flüchtlinge aufgenommen und ihnen somit ein Stück Heimat geben und wir somit eine solidarische Aufteilung im Land geschafft haben. War nicht genau das auch das, was die FPÖ einmal gefordert hat? Ich denke, unsere Kollegen aus der FPÖ sollten sich vielleicht einmal die Mühe machen und mit Menschen reden, die nicht zu ihrer Partei gehören weil dann würden sie nämlich hören, dass es nicht nur menschenverachtende Bürgerinnen und Bürger in meiner Gemeinde und in der ganzen Steiermark gibt. Die Welle der Hilfsbereitschaft ist und war riesengroß. Und ihr werdet es nicht glauben, aber bei uns in der Gemeinde waren sogar Bürgerinnen und Bürger dabei, die zu den Freiheitlichen gehören, die auch geholfen haben. Es gibt immer mehr, die den Flüchtlingen freiwillig helfen, die mit ihnen deutsch lernen, die ihnen unsere Kultur zeigen und die ihnen helfen, sich bei uns wohl

zu fühlen. Und ja, es sind Menschen dabei, die sich nicht an unsere Regeln halten wollen, warum auch immer, aber das ist ganz sicher nicht die Mehrheit und solche Menschen gibt es überall auf der ganzen Welt, auch in Österreich.

Ich bedanke mich noch einmal bei unserem Landeshauptmannstellvertreter Schrittwieser und seinem gesamten Team, weil sie nämlich etwas für Menschen tun. Für Menschen in der Steiermark, indem sie drauf schauen, dass es eine solidarische Aufteilung auf die gesamte Steiermark gibt, aber sie suchen auch für Menschen, die auf der Flucht sind, nach Unterkünften und geben Ihnen damit ein Stück Heimat. Es ist für mich, aber auch für viele andere ein Pflicht, solchen Menschen in oft lebensbedrohenden Situationen beizustehen und sie menschenwürdig zu behandeln. Und ich denke, die Freiheitlichen sollten einmal darüber nachdenken - ernsthaft darüber nachdenken - dass wir hier von Menschen sprechen und wie es ihnen ergehen würde, wenn sie aus ihrer Heimat vertrieben werden oder in einem Land leben müssten, wo Krieg herrscht. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP – 15.06 Uhr)*

Präsident Breithuber: Nächste Wortmeldung, Kollege Klubobmann Hannes Amesbauer.

LTabg. Amesbauer, BA (15.06 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Damen und Herren!

Naja, jetzt haben wir es wieder bekommen: Die Freiheitlichen, die bösen Menschenfeinde, die Unmenschen, immer wieder das gleiche Spiel. Das Problem ist nur, sehr geehrte Damen und Herren, lieber Herr Landeshauptmannstellvertreter Sigi Schrittwieser, liebe Maria Fischer: Das nimmt euch draußen keiner mehr ab. Ich habe es schon mehrmals gesagt: Da herinnen im Plenum habt ihr noch die Mehrheit der Klatscher, draußen habt ihr die Zustimmung der Menschen nicht mehr, weil sie wissen auch, welches Spiel ihr hier spielt. Das ist die Ablenkung von Problemen und nichts Anderes und wahrscheinlich auch die Angst vor den bevorstehenden Wahlen. *(Beifall bei der FPÖ)*

Aber bevor ich zu meiner Replik zur Beantwortung der Dringlichen Anfrage komme, möchte ich schon noch etwas klarstellen hier in diesem Haus. Weil der Siegfried Schrittwieser hat ja das leider so wie immer gemacht: Anstatt die Fragen sachlich zu beantworten, ist es zuerst einmal mit einer großen Portion Polemik versehen und einem richtigen Rundumschlag bzw. einem Hindreschen auf die Freiheitliche Fraktion, die ja ach so böse und ach so menschenverachtend agiert in diesem Haus. Faktum eins – und das ist mir ein besonderes Anliegen – das Thema haben wir ja schon gehabt. Mit dem Betreiber, mit dem ich angeblich

so gut befreundet wäre, der angeblich auf meiner Liste kandidiert, du hast gesagt, das ist die Unwahrheit, die ich hier sage und das ist jetzt eigentlich eine tatsächliche Berichtigung: Ich weise das als Lüge zurück, das ist eine Lüge! Faktum ist – ich habe das damals gesagt – ich bin mit keinem Betreiber eines Quartierheimes, du hast gesagt, nicht der Besitzer, aber schon der Betreiber, ich bin mit keinem Menschen, der ein Asylquartier in der Steiermark oder irgendwo in Österreich betreibt, befreundet ... (*Landeshauptmannstellvertreter Schrittwieser: „Ist der Betreiber auf der zweiten Stelle deiner Liste? Arbeitet er da?“*) nein ... befreundet oder stehe in sonst irgendeinem Verhältnis zu dieser Person.

So jetzt sind wir einmal so weit, dass wir die Fakten aufklären: Ja, ich habe einen Kandidaten auf meiner Liste, und das habe ich auch nie in Abrede gestellt, der beschäftigt ist bei einem Betrieb, der unter anderem auch Asylquartiere betreibt. Und gerade ich stelle auch hier immer wieder Anträge, dass diese Betreuung und diese Unterkunft deutlich entlastet wird und wir sagen ja immer: Private haben nichts zu tun. Aber das, was der Landeshauptmannstellvertreter Siegfried Schrittwieser hier macht, der stellt sich da hin und behauptet, dass ich mit einem Betreiber befreundet bin, dass der auf der Liste kandidiert, das ist weder der Betreiber, der Besitzer, noch der Verwalter, das muss man differenzieren. Das ist ein Mensch, der als Tischler – für die SPÖ als Arbeiter – bei einem Betrieb arbeitet, der nicht nur Asylanten betreibt, der auch ein Kinderhotel betreibt, der auch einen Schilift betreibt und das ist dort ein Arbeiter. Und das ist schäbig, im Privatleben von Personen hier einzugreifen und herumzuwühlen, um von den Problemen abzuwenden. (*Beifall bei der FPÖ*) Da kommt ich schon zum Schluss bei diesem Thema ... (*Landesrat Mag. Drexler: „Es stellt sich die Frage: Haben Sie überhaupt Freunde?“*) ... die SPÖ hat ja regional auch schon in Aussendungen diese Behauptung aufgestellt. Aber dieser Kandidat, der wie gesagt ein Tischler ist bei einem Betrieb, der ein Kinderheim betreibt und einen Schilift, das zu verquicken mit der Asylpolitik, als wenn der verantwortlich wäre für die Asylunterbringung – verantwortlich ist nämlich der Siegfried Schrittwieser – das ist schäbig und die SPÖ hat das regional auch schon in die Zeitungen geschrieben. Ich bitte euch: Schreibt es noch 100 Mal rein, diese Unwahrheit, weil das führt zu einer Solidarisierung mit diesem äußerst beliebten Kandidaten bei uns. Bitte schreibt es immer wieder! (*Beifall bei der FPÖ*) Das ist einmal der erste Punkt, dass wir einmal bei der Wahrheit bleiben.

Punkt zwei, Kollegin Fischer Maria: FPÖ Spital ist kritisiert worden, die angeblich in Aussendungen hetzt und lügt und was weiß ich, was du noch alles gesagt hast. Ich kann nur sagen: Alle Aussendungen, die die Freiheitliche Partei in Spital ausschickt, werden von mir gelesen und werden auch von mir genehmigt. Darum kannst du versichert sein, dass da keine Unwahrheiten und keine Hetze zu finden sein wird. Und übrigens, weil du sagst: „Die FPÖ dort trägt nichts bei zur Lösung des Problems“, ich war ja selbst anwesend, sowie auch der Markus Zelisko dabei war und auch der Siegfried Schrittwieser bei der Bürgerversammlung in Spital. Da hat unser Gemeinderat - der Richard Pink ist das, dass wir das Kind auch beim Namen nennen – der Richard Pink eine Wortmeldung abgegeben und der hat das sehr fundiert und sehr sachlich gemacht und hat im Übrigen ... (LTAbg. Zelisko: „Geh, das war nicht sachlich!“) ... den meisten Applaus dort bekommen, der Siegfried Schrittwieser hat dort gar keinen Applaus bekommen vor 500 Leuten. (LTAbg. Zelisko: „Das war nicht sachlich, das war gar nichts!“) Dann ist die ganze Bevölkerung dort unsachlich – dann ist die ganze Bevölkerung unsachlich. Das war nicht sachlich, Markus? Du kannst dich gerne melden und erklären, warum dieser Beitrag nicht sachlich war, aber wie gesagt, das sind ja Scheingefechte und Spiegelgefechte, die ihr hier führt. Das ist ja das Ablenkungsmanöver von den wahren Problemen, die wir haben, nur das kauft euch keiner mehr ab. Das ist das Problem.

Noch eine Behauptung, die aufgestellt wurde, dann bin ich einmal fertig mit den Behauptungen, die von Schrittwieser und Fischer aufgestellt wurden. Die Maria Fischer hat gesagt: „Du warst ja noch nie in einem Asylheim, die FPÖ hat sich ja noch nie ein Asylheim angeschaut, die wissen ja gar nicht, wie es da zugeht!“ Faktum ist, dass der Freiheitliche Landtagsklub in Graz in der Keplerstraße auch ein Asylheim besucht hat, wo hauptsächlich UMF's untergebracht werden und sich vor Ort ein Bild von der Situation gemacht hat. Also wir sehen uns die Sachen schon sehr, sehr genau an, und wie ich auch eingangs erwähnt habe: Wir differenzieren auch. Ich habe das Bekenntnis abgegeben zu Asyl in Form von Schutz und Hilfe auf Zeit für jene, die es wirklich brauchen, aber Nein zu jenen, die das System ausnutzen und als Wirtschaftsflüchtlinge in das Land strömen – 80 % aller Antragsteller. Und die gerechte Verteilung, die der Siegfried Schrittwieser angeblich sicherstellt, was ja auch so gelobt wurde von der Maria Fischer, ja die gerechte Verteilung kann aber nicht funktionieren, wenn nach wie vor in der Steiermark lediglich vier Bezirke 75 % aller Asylwerber zu bewältigen haben und unterzubringen haben. Da kann man ja beim besten Willen nicht von einer gerechten Verteilung sprechen, meine sehr geehrten Damen und Herren. Aber wie gesagt, das glaubt euch ohnehin niemand.

Ich bringe jetzt den ersten Entschließungsantrag ein und zwar betreffend Schließung des Erstaufnahmezentrums Spital am Semmering.

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, sich bei der Bundesregierung für die Schließung des Erstaufnahmezentrums in Spital am Semmering einzusetzen.

Der Antrag wurde, wie die Kollegin Fischer ja auch ausgeführt hat, letztlich auch von SPÖ und ÖVP unterstützt, da kann ich mich bei dir, Maria, bedanken, auch beim Edi Hamedl bedanken, der den Antrag auch unterschrieben hat und das ist ein guter Schritt in die richtige Richtung, dass die Steiermark einmal ein Zeichen nach Wien sendet, dass wir uns diese Vorgehensweise der zuständigen Ministerin nicht gefallen lassen. Also da sieht man, man kann ja, wenn der Wille dazu da ist – oder wenn Wahlen vor der Türe stehen – auch gemeinsam etwas umsetzen in diesem Haus. *(Beifall bei der FPÖ)*

Der zweite Entschließungsantrag, da geht niemand mit von den selbsternannten Reformpartnern, und zwar ist das die Aussetzung der Aufnahme weiterer Asylwerber, bis das Erstaufnahmezentrum in Spittal geschlossen ist.

Ich bringe den Antrag ein: Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, die weitere Aufnahme von Asylwerbern in der Steiermark so lange auszusetzen, bis das Erstaufnahmezentrum in Spital am Semmering geschlossen ist.

Wäre auch eine wünschenswerte Maßnahme, dass gleichzeitig mit dem Bekenntnis des Landtages Steiermark, dass ja heute hier mit breiter Mehrheit verabschiedet wird, dass wir uns die Vorgehensweise nicht gefallen lassen, die Ministerin an ihr abgegebenes Versprechen erinnern, das Haus zu schließen. Es ist noch nicht geschlossen und es ist sicher nicht das Problem des Landes Steiermark oder der Gemeinde Spital am Semmering, jetzt eine Nachnutzung sicherzustellen. Weil wie du richtig gesagt hast, Maria, war das ja nie die Bedingung der Ministerin. Diese Bedingung wurde erst aufgestellt, als die Quote erfüllt wurde. So, ich lade Sie alle ein, auch diesem Antrag zuzustimmen.

Jetzt der Entschließungsantrag Nummer drei, da geht es um Mürzsteg.

Es wird daher Antrag gestellt: Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, im Sinne einer ausgewogenen Verteilung von Flüchtlingen, den Anteil von Asylwerbern im Ortsteil Mürzsteg um mindestens 50 % zu reduzieren.

Sehr geehrte Damen und Herren, ich denke, diese Dringliche Anfrage war wieder einmal mehr als notwendig, denn das Problem ist dringlich, das Problem ist vor allem seit Jahren nicht gelöst und seit Jahren stellen wir in diesem Haus Anträge. Seit Jahren stellt die Freiheitliche Partei im Nationalrat dementsprechende Anträge und setzt parlamentarische Initiativen, seit Jahren wird das abgelehnt. Aber scheinbar – und das hat ja wahrscheinlich wieder überhaupt nichts mit den bevorstehenden Wahlen zu tun – denken ja Ihre Parteienvertreter, um auf Landesebene, der Herr Landeshauptmann Voves, der Integrationsunwilligkeit ahnden will – na endlich – wie das funktionieren soll, hat er uns bis heute zwar nicht erklärt, aber auch das werten wir als richtigen Schritt in die richtige Richtung, natürlich nicht die Lösung des Problems und natürlich das entschlossene Vorgehen in dieser Causa und Angelegenheit fehlt uns immer noch, sehr geehrte Damen und Herren. Aber auch auf Bundesebene wird die Angst scheinbar vor der FPÖ und die Angst vor bevorstehenden Wahlen größer – man braucht sich ja nur die sonntäglichen Umfragen anzusehen, da sind wir wieder bei dem Thema, dass wir schon sehr genau den Willen der Menschen und der Bevölkerung hier auch in die parlamentarische Arbeit einfließen lassen – dass das Innenministerium jetzt sogar Inserate schaltet, dass Asylwerber aus dem Kosovo hier keine Chance haben auf einen Asylstatus, das zeigt uns, dass unsere jahrelangen Warnungen richtig waren, meine sehr geehrten Damen und Herren. *(Beifall bei der FPÖ)*

Ich lade Sie ein, vor allem Sie, Herr Landeshauptmannstellvertreter Schrittwieser, sich von Ihrer Polemik zu verabschieden und endlich diese Asylprobleme, die wir haben, die ich ja in der Begründung angeführt habe, einer Lösung zuzuführen und im Interesse der eigenen Bevölkerung zu handeln. *(Beifall bei der FPÖ – 15.17 Uhr)*

Präsident Breithuber: Danke.

LTabg. Samt (15.17 Uhr): Danke Herr Präsident, Herr Landeshauptmannstellvertreter, geschätzte Landesräte, liebe Kolleginnen und Kollegen, und die wenigen noch verbliebenen Zuschauer!

Kollege Amesbauer hat es eh schon ausgeführt in diesem Haus, meine Damen und Herren, ihr habt noch Mehrheiten, ihr habt auch den Applaus noch immer auf eurer Seite durch diese Mehrheit, aber in Wirklichkeit verkennen Sie – und das kann ich Ihnen hier getrost sagen – die Sachlage ganz eindeutig auch in diesem und vor allem in diesem Thema. Die veröffentlichte Meinung, die sehr stark durch Sie beeinflusst wird auf allen Ebenen entspricht nicht der öffentlichen Meinung. Die Umfrageergebnisse, auf die ich selber wenig gebe, aber sehr wohl auf Wahlergebnisse schaue und die nächste und kommende Gemeinderatswahl, die auch hier eine Rolle spielen wird, wird es zeigen, dass Sie schief gewickelt sind, wenn man es so ausdrücken will. Und auch das ist ein Ausfluss der Thematik, die wir hier einbringen in diesem Parlament und das wir hier Ihnen versuchen schon längere Zeit zu erklären, aber offensichtlich werden Sie hier schlecht beraten, weil Sie weiter bei Ihrer Linie bleiben. Ich kann das jetzt als Politiker und vor allem als Gemeindepolitiker nur begrüßen.

Den Worten folgend unseres Klubobmannes werde ich auch einen Entschließungsantrag zu diesem Thema einbringen, der lautet: Keine Asylquartiere in Umgebung von Schulen und Kindergärten, die also sehr stark in die Richtung der Auswirkungen auf die Gemeinden geht. Ich kann mich sehr gut erinnern, wie vom Bund aus in einer Nacht-und-Nebel-Aktion dieses Asylheim am Semmering errichtet wurde, da hat der Herr Landeshauptmannstellvertreter Sigi Schrittwieser von einer ausgesprochen unsensiblen und nicht akzeptablen Vorgehensweise gesprochen, so ich dich da jetzt richtig zitiere, das hat schon gestimmt. Aber auch das, was dann in weiterer Folge stattgefunden hat, um eben jetzt die steirische Asylquote zu erfüllen und vor allem die Asylquote in den einzelnen Bezirken anzugeben, um eben hier eine gerechtere Verteilung zu erreichen, was also heute auch schon besprochen wurde, wo es jetzt wieder so dargestellt wird, also ob nur die FPÖ hier dagegen ist. Ich kann es jetzt einmal vor allem für meinen Bezirk Graz-Umgebung festmachen: Diese Vorwürfe können wir uns hier nicht machen, weil – und das ist auch schon öfters gesagt worden – weil wir hier sehr deutlich differenzieren zwischen Asylanten, die vorgeblich aus diesem Grund in unser Land kommen und Kriegsflüchtlingen. Und ich glaube, lieber Sigi, ich habe das auch damals bei dieser Konferenz sehr klar zum Ausdruck gebracht, dass hier sowohl auf Landesebene von uns Freiheitlichen, als auch auf Bezirksebene hier sehr stark differenziert wird. Wo wir weniger Freude haben damit ist natürlich das, wenn das, so wie das stattgefunden hat, wo ich dabei

gewesen bin bei dieser Bürgermeisterkonferenz, wo du lieber Sigi hergehst und vor dem Publikum, nämlich hauptsächlich eurer Bürgermeister, behauptest, dass sich keiner von den Bürgermeistern – und das hast du wortwörtlich dort gesagt – einen Flüchtling aufnehmen getraut, weil er Angst vor der FPÖ hat. Ich habe das damals dort schon auf das Schärfste zurückgewiesen. Vor der FPÖ braucht man in dieser Hinsicht keine Angst haben, wenn was gerechtfertigt ist, wenn wer gerechtfertigt hier in unserem Land Schutz sucht, dann hat das auch zu erfolgen, und dann wird er das auch bekommen. Wir sind da sicher die Letzten, die uns gegen so etwas aussprechen. (*Beifall bei der FPÖ*) Aber diese unsensible Vorgangsweise, die der Herr Soziallandesrat der Bundesministerin vorgeworfen hat, das hat er eigentlich dort auch ziemlich stark an den Tag gelegt, weil er mehr oder weniger den anwesenden Bürgermeistern mitgeteilt hat, dass sie ... natürlich verstehe ich den Hintergrund, weil ja auch die Frau Bundesministerin dich nicht fragt, wenn sie sagt, sie will jetzt da drinnen in irgend einer Gemeinde ein Asylheim errichten, aber du in Wirklichkeit schlussendlich die gleiche Linie fährst und sagst: „Da könnt ihr machen, was ihr wollt, da könnt ihr Umfragen machen oder auch Gemeinderatsbeschlüsse fassen, wenn ein Flüchtlingsheim von meiner Seite hier geortet wird, dann werde ich es auch in dieser Gemeinde einrichten!“ Und das, lieber Sigi, finde ich auch ziemlich unsensibel, vor allem gegenüber den Gemeindevertretern und den Gemeindevorständen und natürlich der Bevölkerung, die dort lebt auf jeden Fall genauso. Ich finde, das ist keine gute Vorgangsweise, weil offensichtlich ist man in der Reformpartnerschaft mittlerweile in das übergegangen, dass man, so wie man bei der Gemeindestrukturreform über die Bürgermeister drübergefahren ist, auch hier in der Asylfrage drüberfährt und sagt: „Ihr könnt reden, was ihr wollt, das Asylheim kommt!“ (*Beifall bei der FPÖ*) Und natürlich geht es in dieser Thematik auch sehr stark um die Standortwahl – es geht um die Standortwahl. Wenn ein Asylheim, das jetzt aus humanitären Gründen notwendig ist oder nicht, mitten in Wohngebieten und mitten im unmittelbaren Umkreis von Schulen und Kindergärten oder Kinderbetreuungseinrichtungen errichtet wird, dann sehen wir das schon sehr, sehr bedenklich, weil es gibt, meine Damen und Herren, ob Sie es jetzt glauben oder nicht, es gibt, egal wie man dazu steht, evidente Sicherheitsprobleme. Es gibt die, und meine Damen und Herren, wir haben Nachfragen und schriftliche Anfragebeantwortungen vom Innenministerium vorliegen, wo in den letzten zweieinhalb Jahren rund 200 Polizeieinsätze in Asylquartieren stattgefunden haben, wo zumindest zwei Polizisten verletzt und 20 Personen festgenommen worden sind. Es spricht auch dafür, dass laut einem Bericht des Innenministeriums Flüchtlingsunterkünfte auch ein

Potential für Suchtkriminalität an sich darstellen. Das saugt sich die Freiheitlichen Partei in der Steiermark und auch im Bund nicht aus den Fingern, sondern es gibt dazu einen Bericht, der lautet: „Jede Unterkunft, in der eine große Zahl Asylwerber aus Westafrika untergebracht ist, stellt ein Gefährdungspotential dar. Es kommt daher in diesen Unterkünften immer wieder zu Festnahmen und zur Sicherstellung größerer Mengen Drogen in den zugewiesenen Zimmern und allgemeinen Räumlichkeiten. Ebenso ist festzustellen, dass in Gegenden, in welchen eine Konzentration an Asylwerbeheimen vorhanden ist, auch der Drogenhandel im Nahbereich signifikant ansteigt.“ Also dass es da keine Probleme gibt im Umfeld von Asylantenheimen, das könnt ihr uns nicht weismachen, das Ministerium wird es auch nicht können. Es ist daher im Hintergrund der evidenten Sicherheitsrisiken ein klarer Fall, dass wir hier auch entsprechend eingreifen müssen und unabhängig jetzt von dem demokratiepolitisch bedenklichen Vorgehen einfach über die Köpfe der Bürgermeister, über die Köpfe der Gemeindebevölkerung hinweg und gegen den Willen dieser, Asylheime einrichten zu können, haben wir in diesem Fall auch dazu einen Antrag, den ich hiermit einbringen möchte.

Es wird daher der Antrag gestellt: Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert,

1. grundsätzlich keine Asylwerber aus Ländern, die gemäß der Herkunftsstaaten-Verordnung des Bundes als "sichere Herkunftsstaaten" ausgewiesen sind, wie Kosovo, Serbien, Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kroatien, Mazedonien, und Montenegro, in der Steiermark aufzunehmen,
2. bei der Errichtung von Flüchtlingsquartieren ein Einvernehmen mit den örtlichen Bürgermeistern bzw. Regierungskommissären der entsprechenden Gemeinden herzustellen,
3. keine Asylheime in Wohngebieten und im Umfeld von Schulen bzw. Kinderbetreuungseinrichtungen zu genehmigen und
4. Asylquartiere, die sich in direkter Nachbarschaft von Schulen und Kinderbetreuungseinrichtungen befinden, umgehend zu schließen.

Ich bitte um Ihre Zustimmung. *(Beifall bei der FPÖ – 15.26 Uhr)*

Präsident Breithuber: Nächste Wortmeldung, Abgeordneter Klaus Zenz.

LTabg. Zenz (15.26 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Mitglieder der Landesregierung, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, verehrte Zuhörerinnen und Zuhörer! Wenn der Kollege Klubobmann Amesbauer ans Rednerpult geht und eine Dringliche vorträgt, dann entsteht bei mir - vor allen Dingen, wenn er zu einer Debatte wie „rote Asyl-Connection“ und Kollektion, Kollektion hast du nämlich selber gesagt, und Geschäftemacherei – das Gefühl, als wäre ich in einem falschen Film. Wenn der Klubobmann der FPÖ herkommt, eine FPÖ, die den größten Banken- und Finanzskandal in Österreich zu verantworten hat – ja, haben wir am Vormittag gehabt, vollkommen richtig, haben wir am Vormittag gehabt – und dann hergeht und meint, dass er im Bereich des Asylwesens - kein Zufall, wie ich glaube, wir haben Wahlkampf - hier einen Finanzskandal und einen anderen Skandal konstruieren kann, dann entsteht bei mir der Eindruck, ich bin in einem falschen Film. Also wenn Sie über Geschäftemacherei, über lukrative Geschäfte, wie Sie es in Ihrem Antrag drinnen stehen haben, reden möchten, dann gebe ich Ihnen ein Tipp: Rufen Sie Ihre ehemaligen Minister, rufen Sie die ehemalige Landesräte oder die Parteigeschäftsführer an - die haben sicher auch Zeit, weil entweder sind sie vor Gericht oder sind sie bereits verurteilt - und reden Sie mit denen, was Geschäftemacherei ist. Fangen Sie nicht an in der Steiermark, in einem Bereich, der für uns sehr wichtig ist, der für uns eine große Herausforderung ist, im Sozialbereich eine Skandalisierung herbeizureden, die nicht im Geringsten vorhanden ist, Herr Kollege. Reden Sie mit Ihren eigenen Leuten. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP)* Und natürlich ist es kein Zufall, dass Sie genau diesen Bereich aussuchen, dass Sie jetzt sehr gerne sagen möchten: „Ja, da gibt es einen Träger in der Steiermark, der nennt sich Jugend am Werk“, übrigens seit 70 Jahren in der Steiermark in allen Bereichen der Behindertenhilfe, der Jugendhilfe, wie andere Träger, z. B. ein viel größerer Träger in diesem Bereich, die Caritas, die Volkshilfe, auch das Hilfswerk, tätig. Aber ich kann Ihnen garantieren, wenn wir diese Träger nicht hätten in der Steiermark, *(LTabg. Amesbauer, BA: „Alles Parteiorganisationen!“)* ... ach so, alles Parteiorganisationen, das ist eine eigenartige Sichtweise von Ihnen, aber gut, sind alles natürlich Träger – mich würde interessieren, was der Herr Präsident Küberl z. B dazu sagen würde, dass das alles Parteiorganisationen sind. Sie reden da irgendetwas daher, was keine Tatsachen sind. Selbstverständlich sind das Trägerorganisationen, die in unserem Auftrag, im Auftrag des Landes, in diesem Bereich tätig sind. Ich möchte nicht wissen, wo die Steiermark stehen würde, wenn wir nicht solche Organisationen hätten. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP)* Aber Ihre Vorgehensweise ist natürlich leicht zu durchschauen.

Sie versuchen hier irgendwelche Verbindungen zu schaffen, die es nicht gibt, Sie probieren hier, das Asylwesen an die Wand zu reden. (*LTabg. Amesbauer, BA: „Sie fahren sie an die Wand!“*) Nein, wie Sie genau wissen, ist das nicht der Fall, es gibt genug Daten, die ganz etwas Anderes bestätigen. Die Steiermark hat ihren Auftrag dankenswerter Weise mit Landeshauptmannstellvertreter Schrittwieser erfüllt, wir erfüllen unsere Aufgabe in diesem Bereich. Und Sie machen natürlich auch was Zweites, und das ist für mich wirklich ... wenn man Ihnen zuhört bei Ihrer Begründung, Sie verwenden natürlich Worte und Sie erlauben mir, wenn ich das so sage, dass ich nicht glaube, dass Sie nicht genau wissen, warum Sie diese Worte verwenden. Wenn Sie von ethnischen Zugehörigkeiten und Selektion sprechen, Herr Kollege Amesbauer, (*LTabg. Amesbauer, BA: „Das habe ich in dem Zusammenhang ja nicht gesagt!“*) ich habe Ihnen genau zugehört, Herr Kollege Amesbauer, es ist zwar ab und zu nicht einfach und belastet mich auch sehr, dass ich Ihnen so zuhören muss, aber ich höre Ihnen zu. Wenn Sie diese Sache in den Zusammenhang bringen, wissen Sie ganz genau und ich glaube auch, dass Sie das genauso mit Absicht machen, Sie wissen schon, was Selektion in diesem Zusammenhang bedeutet und woher der Begriff kommt? Sie brauchen nur in Google hineinschauen, dann können Sie das genau nachlesen. Es bezieht sich nämlich auf die Zeit des Nationalsozialismus, das wissen Sie ganz genau. Und Sie wissen, dass die Selektion von Nicht-Arbeits-/Verwendungsfähigen deportierten Zwangsarbeitern und Häftlingen gemeint ist, das können Sie nachlesen, die leider im Anschluss an diese Selektion hingerichtet wurden. Sie wissen das ganz genau, dass der Begriff Selektion damit behaftet ist und ich halte den Herrn Kollegen Klubobmann Amesbauer in seinem Wissen zu intelligent, dass er nicht wüsste, was er da für eine Wortwahl gebraucht. Aber er entscheidet sich für diese Wortwahl, das haben wir heute wieder bei seiner Begründung gehört, er hat sich ja wiederholt. Es ist traurig und aus meiner Sicht beschämend, dass man das bei so einer Debatte, wie wir in der Steiermark Kriegsflüchtlingen Unterkunft und Quartier geben und sie unterstützen, so eine Debatte führen müssen, aber sie findet statt. Ich hoffe, alle Steirerinnen und Steirer machen sich ein Bild darüber. Geschätzte Kollegen und die Kollegin von der FPÖ: Dieser Antrag ist wirklich beschämend und geht auch in Richtung – wenn Sie etwas konstruieren wollen – fast in eine Richtung Peinlichkeit. Ich hoffe, Sie verstehen das auch so und es fällt mir darauf nichts anderes ein. Danke. (*Beifall bei der SPÖ und ÖVP – 15.33 Uhr*)

Präsident Breithuber: Nächste Wortmeldung, Klubobfrau Abgeordnete Klimt-Weithaler.

LTabg. Klimt-Weithaler (15.33 Uhr): Danke Herr Präsident, sehr geehrte Herren Landesräte, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Zuhörende!

Ja, die Legislaturperiode neigt sich dem Ende zu, wie wir seit einigen Tagen wissen, schneller als gedacht und die FPÖ wird meiner Meinung nach ihrem Ruf sehr gerecht. Sie bezeichnet sich selber ja sehr gerne als „soziale Heimatpartei“, das haben wir an dieser Stelle schon sehr oft vernommen und gegen Ende der Periode werden Sie so richtig munter. Ich kann mich an fast keine Landtagssitzung in der letzten Zeit erinnern, wo nicht in irgendeiner Art und Weise das Thema Asyl, AsylwerberInnen, in welcher Form Sie es auch immer bezeichnet haben, hier als – und jetzt sage ich es ganz bewusst – unter Anführungszeichen Problem von Ihrer Seite eingebracht wurde. Der Sigi Schrittwieser hat gesagt, seit Mai 2014 gab es zehn Anfragen zu dieser Thematik von Ihrer Seite her. Jetzt können wir sagen: Ja, Sie scheinen offensichtlich ernsthaft davon überzeugt zu sein, dass das das größte Problem ist, das wir derzeit in der Steiermark haben. Diese Meinung teile ich nicht, denn ich bin jetzt auch viereinhalb Jahre in diesem Haus gesessen und habe sehr viel mitbekommen, was die Steirer und Steirerinnen da draußen wirklich als Probleme empfinden. Immerhin haben wir mit der sogenannten Reformpartnerschaft den größten Sozialabbau seit 1945 in der Steiermark erlebt und da hört man von Ihrer Seite jetzt gar nichts. Während Zigtausende schon bei dem ersten Doppelbudget auf der Straße waren in der Steiermark und gegen diese Kürzungen protestiert haben, im Sozialbereich, bei der Kultur, im Jugendbereich, im Behindertenbereich, da ist die ÖVP ... ja, die FPÖ, so schnell geht es – weil alle drei leider in einem Topf gesessen sind bei diesen Punkten, nämlich alle in ihren Parteizentralen, niemand war von euch dabei auf der Straße und hat mit den Leuten sozusagen Seite an Seite gegen diese Kürzungen protestiert. Ich habe keinen Einzigen von euch gesehen, genauso wenig wie die ÖVP und die SPÖ, darum habe ich mich jetzt auch versprochen. Egal, ob das die Schulschließungen waren, egal ob es um das Zusperrn der Krankenhäuser oder der Krankenhausabteilungen gegangen ist, die FPÖ hat immer als letzter gemerkt: „Hoppla, jetzt würden die Steirer und Steirerinnen vielleicht Unterstützung brauchen.“ Bei unserem ersten Antrag für die Abschaffung des Regresses hat die FPÖ im Übrigen noch dagegen gestimmt - sie hat noch dagegen gestimmt, da kann man nachschauen. Erst wie ihr gemerkt habt: „Uh, da gibt es jetzt aber ganz schön viele Leute, die sich aufregen“, habt ihr dann mit uns und mit den Grünen gemeinsam das Thema Regress hier auch auf das Tapet gebracht. Aber auch unsere Anträge z. B. für eine Erhöhung der Wohnbeihilfe, da stimmt die FPÖ nicht mit, da geht es um die einkommensschwachen Steirer und Steirerinnen, denen damit geholfen werden soll – keine

Zustimmung vonseiten der FPÖ. Interessant, wo sie sich doch immer als sogenannte „soziale Heimatpartei“ bezeichnen. Und wie es um die Kürzung der Politikergehälter gegangen ist: Keine Zustimmung der FPÖ. Wenn Sie jetzt hergehen und sagen: „Das ist alles kein Wahlkampfthema“, dann wundert mich schon Ihre Grazer Plakatserie, wo ich ja auch spannend finde, also da wird in Graz plakatiert – wir wissen, es sind in der ganzen Steiermark Gemeinderatswahlen, nur nicht in Graz, aber offensichtlich ist genug Geld da – also es hängen auch in Graz Plakate, wo Ihr Spitzenkandidat drauf ist und wo folgende Slogans zu lesen sind: „Unser Land, unsere Werte, unsere Regeln, deshalb bei der Gemeinderatswahl FPÖ!“ Na ja, wenn das kein Wahlkampfthema ist, dann frage ich mich schon, wieso Sie sich hier herstellen und sagen: „Das hat mit der Wahl überhaupt nichts zu tun!“? Denn es ist leider immer so, es ist immer so und glauben Sie mir, ich bin jetzt auch schon lange genug in diesem Bereich tätig, dass ich das durchaus aus Erfahrung sagen kann: Regelmäßig rechtzeitig vor Wahlen in den Gemeinden, im Landtag hat die FPÖ dann ein Thema, und es ist überraschenderweise entweder Flüchtlinge oder Menschen mit Migrationshintergrund bzw. Asylwerber, Asylwerberinnen, und denen schenkt ihr die ganze Aufmerksamkeit.

Ich darf Ihnen jetzt zu Ihrer Dringlichen Anfrage nur ganz kurz in Erinnerung rufen, Sie haben es ja selber erwähnt, Herr Kollege Amesbauer: Die Genfer Flüchtlingskonvention, die ist 1951 von Österreich ratifiziert worden ist, damit verpflichten wir uns auch, dass wir eben Asylflüchtlinge aufnehmen. Seit 2004 gibt es in Österreich die Regel, dass Asylwerbende unter Bedachtnahme auf die Verhältnisse der Wohnbevölkerung in den Bundesländern aufgeteilt werden. Das sind jetzt alles die Fakten. Ich habe gestern noch einmal im Büro Schrittwieser angerufen und mich erkundigt, wie viele Flüchtlinge es denn jetzt aktuell derzeit in der Steiermark gibt. Da wurde mir mitgeteilt: Von den in Österreich aktuell lebenden 33.595 Flüchtlingen sind 4.854 in der Steiermark, 4.788 davon sind in Landesbetreuung, 66 werden vom Bund betreut, d.h. - das haben wir, glaube ich, heute auch schon einmal gehört - die Steiermark erfüllt die Quote mit 101,08 %. (*LTabg. Amesbauer, BA: „Frau Kollegin, das sind nur die Asylwerber!“*) Das sind die Fakten und jetzt bin ich am Wort, jetzt horchen Sie einfach zu. Sie können sich gerne dann noch einmal hier herstellen, aber das ist auch ein respektvoller Umgang, Herr Amesbauer, mit den politischen Mitbewerbern. (*Beifall bei den Grünen, SPÖ und ÖVP - LTabg. Amesbauer, BA: „Ich mache einen Zwischenruf, wenn es mir passt!“*) Ein Zwischenruf dauert aber nicht fünf Minuten im Normalfall. (*LTabg. Amesbauer, BA: „Bei mir schreit das ganze Plenum bei jeder Wortmeldung“ – Landesrat Mag. Drexler: „Aber schon lange nicht mehr, Herr Kollege!“*)

Das müssen Sie aushalten, das gehört auch dazu. Also, meiner Meinung nach stellt diese Genfer Flüchtlingskonvention einfach immer noch die grundlegende Basis und ich halte sie für eine sehr gute Basis, dass man diesen Flüchtlingsschutz in Österreich regelt. Auch schon aufgrund dessen, weil es so viele unterzeichnende Staaten gibt - 147, wenn ich es richtig im Kopf habe. Und interessanterweise ist eine Frage, die Sie nie hier debattieren – Herr Amesbauer, ich rede immer noch mit Ihnen hauptsächlich, gell? – eine Frage, die hier nie gestellt wird, ist die, wie wir denn generell mit den Menschen umgehen sollen. Ich finde nämlich, dass das eine grundlegende Frage ist, wie eine Gesellschaft mit Menschen umgeht, die Schutz und Hilfe brauchen. Jetzt betonen Sie von Ihrer Seite her immer wieder gerne, dass Sie ja die Einzigen sind, die überhaupt das Thema Integration ansprechen und die Probleme ansprechen, die im Zusammenhang mit Integration passieren. Aber ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen, liebe Kollegin und Kollegen von der FPÖ, es reicht nicht, diese Probleme anzusprechen, ich stell mir schon, seit Sie wieder hier im Landtag vertreten sind, immer die Frage: „Wo sind denn die ernstgemeinten Lösungen?“ Und ich darf dazu ein paar Beispiele bringen. Sie fordern auf dem hübschen Inserat oder Plakat, das der Herr Landesrat Schrittwieser schon hergezeigt hat: „Unsere Sprache lernen“, das sollen die Menschen machen, die zu uns kommen. Sie fordern: „Recht und Gesetz achten“, sie fordern: „Den Lebensunterhalt selbst verdienen“, und Sie fordern, oder Sie nennen es: „Mit uns leben und nicht neben oder gegen uns“, das steht alles in dieser „Hausordnung“, gell? Wenn es jetzt aber darum geht, diese Forderungen, die Sie selber aufstellen, auch umzusetzen, dann stimmen Sie interessanterweise immer wieder gegen solche bestimmten Möglichkeiten, wo diese Forderungen umgesetzt werden. Damit ich da jetzt nicht irgendwelche hanebüchernen Beispiele bringe, habe ich mir ganz konkret herausgesucht, was in der letzten Zeit im Landtag hier passiert ist. Zum Thema „Sprache lernen und mit uns leben“: Alle steirischen Einrichtungen und Vereine, die mit Menschen mit ausländischer Auskunft arbeiten, sie beraten, begleiten, betreuen, sich gegen Gewalt einsetzen, also Einrichtungen – groß zusammengefasst – die Integration fördern, Sprache lernen, alles das, was Sie fordern, die stehen interessanterweise immer unter besonders kritischer Beobachtung von Ihrer Seite her, besonders dann, wenn es um Förderungen für diese Einrichtungen geht. Ich kann mich gut erinnern, Budget letztens wieder, die Frage: „Ja was bekommen denn die so, was bekommt denn die ARGE Jugend gegen Gewalt, Rassismus, was bekommt denn Zebra und wie sie alle heißen?“ Da wird das dann immer so in Frage gestellt: „Bah, die bekommen öffentliche Gelder?“ Ja was wollt ihr denn jetzt? Sollen wir jetzt Einrichtungen haben, die Menschen zur

Integration begleiten? Dann müssen wir ihnen auch Geld zur Verfügung stellen, weil die werden das nicht gratis machen. Wenn ihr aber nach diesen Geldern fragt, dann lese ich gleich drei oder vier Tage später, oder vier Stunden später wieder irgendwo: „Da wird so viel Geld hineingepulvert für diese Einrichtungen“, und damit gaukeln Sie den Menschen vor, dass Steuergeld verschwendet wird. (*LTabg. Schartel: Unverständlicher Zwischenruf*) Nein, das stimmt, Frau Schartel, bitte, jetzt enttäuschen Sie mich nicht! Wenigstens von Ihnen hätte ich mir erwartet, dass Sie ein bisschen mitdenken. Auf der einen Seite fordern Sie, dass Sprache gelernt werden soll, aber dann sollen wir keine Sprachkurse anbieten? Ja, wie soll das denn funktionieren? (*LTabg. Schartel: „Jede Familie, jede Mutter muss für die Sprache selber aufkommen!“*) Ja, das eine schließt ja das andere nicht aus, jetzt sind wir genau bei dem Punkt: Sie unterscheiden zwischen bösen Kindern und guten Kindern. Die Bösen dürfen die Sprache nicht lernen, weil die sollen von uns ein Geld dafür kriegen, öffentliche Gelder, weil die kommen zufällig nicht aus Österreich oder wurden hier nicht geboren und dann gibt es die guten Kinder. Ich sage nicht, dass wir nicht unseren Familien auch helfen sollen und ich glaube, Sie kennen die Politik der KPÖ mittlerweile sehr, sehr gut, dass wir uns gerade für diese Zielgruppe sehr einsetzen. Aber gehen wir weiter zum Thema „Lebensunterhalt selbst verdienen“, wieder interessant: Erst in der letzten Landtagssitzung gab es hier – ausgelöst vonseiten der FPÖ – eine Debatte über das Thema Asyl, da haben wir darüber gesprochen, wie das mit den Asylverfahren ist, da sind wir uns im Haus alle einig, dass die ja sehr lange dauern. So, wir wissen, Asylwerber, Asylwerberinnen dürfen nur unter ganz bestimmten Bedingungen arbeiten, dürfen also ihren Lebensunterhalt gar nicht selber verdienen, ist gar nicht so einfach, interessanterweise habt ihr aber unseren Antrag, wo wir gesagt haben: Ja, dann machen wir doch bitte die Asylverfahren kürzer, damit wir wissen, wer darf da bleiben, wer muss gehen, wer darf dann da arbeiten – abgelehnt von der FPÖ, ja interessant. Nächstes Thema „Recht und Gesetz achten“, in einem Ihrer Entschließungsanträge – und ich muss ehrlich sagen, der hat mich schon sehr zum Schmunzeln gebracht – fordern Sie: „Keine Asylheime in Wohngebieten und im Umfeld von Schulen bzw. Kinderbetreuungseinrichtungen“ mit der Begründung: „Es gab in den letzten zweieinhalb Jahren rund 200 Polizeieinsätze in Asylquartieren, 20 Personen wurden festgenommen!“ So, Sie sagen aber nicht in Ihrem Antrag, was mit diesen 20 festgenommenen Personen passiert ist, also ich weiß jetzt nicht: Lag ein wirklicher strafrechtlicher Tatbestand vor, oder sind die nach ihrer Festnahme eh wieder ganz normal zurückgeschickt worden?

Wenn dem so ist, also wenn die was gemacht haben, was gegen das Gesetz verstößt, dann ist das nicht in Ordnung, da bin ich 100-prozentig bei Ihnen. Aber man muss schon ganz ehrlich sagen, das Verhältnis, wenn wir jetzt wissen, wir haben hier über 4.800 Flüchtlinge derzeit in der Steiermark und 20 Personen sind in den letzten zweieinhalb Jahren festgenommen worden, wo wir nicht wissen, ob die wirklich was gemacht haben, was nicht in Ordnung ist, sage ich einmal, ist das Verhältnis nicht besonders überproportional. Was mir in diesem Zusammenhang aber immer wieder einfällt, ist, wie überproportional hoch eigentlich die Dichte ist von rechtskräftig verurteilten FPÖ-Politikern im Gegensatz zu anderen. Wenn man googelt, so wie der Herr Zenz das ja auch gerne macht, kommen einem sofort 15 Namen, lauter rechtmäßig verurteilte FPÖ-Politiker – ich lese Ihnen die jetzt nicht alle vor, Sie kennen sie eh selber. Also da würde ich jetzt einmal sagen, ist das Verhältnis sehr, sehr hoch im Vergleich zu anderen. Wenn ich Ihrer Logik jetzt folge, lieber Herr Amesbauer und liebe Kollegin und Kollegen von der FPÖ, wenn ich Ihrer Logik Folge leiste, dann müsste ich auch hergehen und sagen: „Wir fordern: Keine FPÖ-Parteizentralen in der Nähe von Schulen und Kinderbetreuungseinrichtungen, weil dort ist die Kriminalitätsdichte besonders hoch!“ *(Allgemeine Heiterkeit unter den Abgeordneten – Beifall bei der SPÖ und ÖVP)* Und den Vorwurf müssen Sie sich schon gefallen lassen. Wer nämlich fordert, dass Recht und Gesetz von allen geachtet werden muss, der sollte mit gutem Beispiel vorangehen. Und wissen Sie, ich halte es da sehr gerne mit einer alten Freundin von mir, nämlich mit der Rosa Luxemburg, die irgendwann einmal gesagt hat: „Mir imponieren nur Ratschläge und Grundsätze, die die Ratgebenden selbst beherzigen.“ Das sollten Sie sich auch zu Herzen nehmen. Ich frage mich dann auch – das hat mich dann auch zum Schmunzeln gebracht bei Ihrem Entschließungsantrag – wie stellen Sie sich denn gelebte Integration vor, wenn die Asylquartiere möglichst nicht in Wohngebieten sein sollen? Also wo sollen wir die dann hintun, am Rande der Stadt? MA2412, das Magistratsamt und dann noch ein Asylquartier. *(LTAbg. Amesbauer, BA: „Asylwerber sollen sich nicht integrieren!“)* Das habe ich aus Ihrem Antrag abgeschrieben. Sie sagen, Sie wollen das nicht in der Nähe von Wohngebieten? Das heißt, Sie wollen sie wegsperren, sagen wir es, wie es ist, und genau diese, Ihre Forderungen, beweisen mir einmal mehr, dass es Ihnen mit sinnvoller Integrationspolitik nicht wirklich ernst ist. Sie reden ja auch hier von einer besseren Verteilung, aber gleichzeitig kritisieren Sie ja auch, dass es jetzt von Jugend am Werk dort und da kleinere Wohneinheiten gibt. Also, Sie tun immer das eine laut heraussagen und wenn es dann darum geht, das umzusetzen, dann sind wir doch dagegen.

Und – um noch einmal auf die Unwahrheit zu sprechen zu kommen, weil die ist ja auch schon mehrmals hier bemüht worden – ich kann Ihnen auch etwas sagen. Ich sammle nämlich in meiner Freizeit - habe ich nicht viel, aber die, die ich habe, nütze ich gerne dafür – Gerüchte, die von FPÖ-Politikern in die Welt gesetzt wurden und mittlerweile widerlegt wurden. Die habe ich gesammelt und zwar allein im Jahr 2014 kann ich Ihnen hier, ich habe Ihnen die Mappe mitgebracht, kann ich Ihnen 28 Beispiele nennen, die wirklich widerlegt sind, wo ... (*LTA*bg. Amesbauer, BA: „*Das wird sich mit der Redezeit nicht ausgehen!*“) ... nein, das schenke ich Ihnen – nein, schenke ich Ihnen nicht, ich kopiere es Ihnen – da sind 28 Fälle drinnen, wo ganz bewusst, angefangen vom Parteichef Strache, hin über blaue Politiker aus Stadt, Land und Bund, nachweislich Falschmeldungen, vor allem in den sozialen Netzwerken verbreitet haben. Vom angeblichen Nikoloverbot in den Kindergärten über falsche Fotos von der Akademikerballdemo bis hin zu angeblichen Beschädigungen von Asylheimen durch die BewohnerInnen bis hin zu den immer wieder ins Netz gestellten falschen Zahlen, welche finanziellen Hilfen AsylwerberInnen bei uns bekommen. Diese und viele, viele andere Gerüchte wurden mittlerweile mehrmals widerlegt und die werden trotzdem immer wieder von Ihnen verbreitet und dann natürlich auch von Menschen Ihrer Gesinnung geteilt und weiterverbreitet. Das heißt, Sie diskriminieren Menschen, Sie verbreiten zum Teil bewusst die Unwahrheit und Sie spielen Menschen gegeneinander aus. Das macht Sie unglaubwürdig und auch Ihre persönliche Glaubwürdigkeit, Herr Amesbauer, stelle ich seit heute in Frage, das muss ich auch ganz ehrlich sagen. (*LTA*bg. Amesbauer, BA: „*Steht Ihnen frei!*“) Und Sie wissen selber sehr gut, aber es gehört Ihnen noch einmal gesagt: Wer selbst nicht ohne Hetze auskommen kann, der kann auch keine Lösungen anbieten, sondern der ist Teil des Problems und das sehe ich wirklich so. Wenn Ihnen eine gelungene Integrationspolitik ein ernsthaftes Anliegen ist, dann würden Sie sich hier nicht herstellen und unzählige Dringliche Anfragen einbringen, wo im Endeffekt die Menschen, die Schutz und Hilfe brauchen, als Schuldige dargestellt werden für irgendwelche Probleme, die wir in der Steiermark haben und wo Sie ganz genau wissen, dass die Probleme anders gemacht sind. Aber mir ist es schon klar, dass Sie lösungsorientierte Vorschläge gerne ablehnen. Denn solange Sie diese Situationen hier benützen können und als größtes Problem der Steiermark darstellen können, haben Sie ja etwas in der Hand, womit Sie arbeiten können. Und ich weiß, denn ich rede mit vielen Menschen, ich weiß, wenn Sie sich da herstellen und sagen: „Ja hier ist der Applaus, aber draußen ...“, ja leider. Leider gibt es viele Menschen, die Ihnen bereits auf den Leim gegangen sind. Mit denen muss man stundenlang diskutieren und Ihnen die Beweise auch zeigen, damit

sie sehen: Ja Moment einmal, eigentlich schwindeln uns die ja an. Und wir werden es vermutlich, oder ich werde es sicher nicht schaffen, die nächsten Monate bis zur Landtagswahl mit so vielen Menschen, denen alles wirklich beweisen, dass die sagen: „Aha!“ Aber ich garantiere Ihnen: Diese Menschen, die Ihnen jetzt auf den Leim gehen und die Sie vermutlich auch wählen werden, die werden spätestens dann zutiefst von Ihnen enttäuscht sein, wenn Sie es schaffen, in irgendeiner Regierung zu sitzen. Denn dann sehen sie, was sie wirklich tun und dann sehen Sie auch, dass Sie Ihre Versprechen nicht einhalten werden. Wenn es Ihnen wirklich ein Anliegen wäre, dass man hier über Probleme der Asylpolitik reden sollte, dann müssten wir eigentlich z. B. über die 740 Kinder und Jugendlichen reden, die derzeit in Traiskirchen und Thalham untergebracht sind, unbegleitete minderjährige Flüchtlinge, für die wir keine Quartiere zum Aussiedeln haben. Das ist ein Problem, das wir derzeit haben, da wird mir der Sigi Schrittwieser Recht geben. Das ist auch etwas, was die Volksanwaltschaft massiv kritisiert und sagt: „Hallo, da sitzen 740 Kinder und Jugendliche, die keinen Platz haben zum Weiter-verteilt-Werden!“ Aber wie gesagt, das erwähnen Sie mit keinem Strich, weil es Ihnen in Wahrheit „wurscht“ ist. Ihnen geht es darum, Leute gegeneinander auszuspielen und Ihnen geht es darum, dass Sie hergehen und sagen: „Wir müssen da jetzt irgendwelche Skandale finden und aufdecken, damit wir als diejenigen dann gelten, wo die Leute sagen: Das sind die Einzigen, die sich scheren!“ Letzter Satz, Herr Präsident. Was jetzt Ihre Vermutungen, ob da Jugend am Werk irgendetwas Böses getan hat oder nicht, zwei Sätze noch. Wissen Sie, mir ist das eigentlich völlig egal, welche Institution hier arbeitet und die Flüchtlinge betreut. Was mir wichtig ist: Es muss eine professionelle Betreuung sein, damit es den Leuten auch gut geht und es darf keine Geschäftemacherei betrieben werden. Da bin ich ganz bei Ihnen. Aber soweit ich informiert bin, ist meines Wissens nach Jugend am Werk eine GmbH mit Gemeinnützigkeitsstatus und da wissen wir, dass die eigentlich keine Gewinne machen dürfen und davon gehe ich jetzt einmal aus, denn um ein weiteres Zitat zu bemühen: Ich glaube ja nach wie vor an das Gute im Menschen. Wobei ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen: Sie machen es mir ganz schwer! Danke. *(Beifall bei der KPÖ, SPÖ und ÖVP – 15.54 Uhr)*

Präsident Breithuber: Nächste Wortmeldung, Abgeordneter Detlef Gruber.

LTAbg. Detlef Gruber *(15.54 Uhr):* Sehr geehrter Herr Präsident, die Herren auf der Regierungsbank, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Ich habe jetzt sehr aufmerksam dieser Debatte zugehört und auch immer wieder gesehen, wie sehr die Anwesenheit von den Einbringern dieser Dringlichen Anfrage erfüllt wurde und mit welcher Aufmerksamkeit sie dabei waren. Ich habe mir eigentlich schon fast gedacht: Vielleicht fangen Sie wirklich mit dem Ratschlag von unserem Landeshauptmannstellvertreter schon an und fangen sich schon ein wenig schämen an weil Sie einfach nicht da waren.

Aber ein paar Dinge dazu: Es ist irgendwo so, dass sich jeder seine eigene Wahrheit bildet. Ich bin in den 15 Jahren, die jetzt heuer zu Ende gehen im Landtag sicherlich immer einer gewesen, der nicht irgendwelche „Geschichterl drucken“ hat müssen, weil einfach das ein Grundprinzip von mir ist, dass man Wahrheit tut, Wahrheit redet. Herr Kollege Amesbauer, einfach um wieder einmal eine Skandalisierung zu lancieren, Jugend am Werk herzunehmen und vorzuführen, die drei Prozent derer betreuen und das mit gutem Gewissen und guter Arbeit, derer, die schutzsuchend die Steiermark aufsuchen mussten. Aber da einfach vorzuführen und offensichtlich nicht selber in den eigenen Reihen hineinschauen zu wollen, wer aller Quartiergeber ist - ich sage Ihnen ein Beispiel: FPÖ-Mandatar Gemeinderatswahl 2005, Gemeinde Ehrenhausen, zwei Mandate gewonnen, aber die Ambitionen waren sehr stark, so wie bei euch jetzt auch, dass man viele Bürgermeister stellt, er hat es nicht geschafft, fünf Jahre lang das Mandat oder beide Mandate nicht ausgeführt, aber tüchtiger Geschäftsmann, muss man neidlos anerkennen, in der Lage, sich alle möglichen großen Liegenschaften zu kaufen, Gasthäuser mit Fremdenzimmern und andere landwirtschaftliche große Flächen und die bietet man jetzt dem Land an als Quartier für Flüchtlinge, weil man damit ein Geschäft machen kann. Wir haben uns nicht dagegen gewehrt, dass diese Menschen, die unsere Hilfe brauchen, hierher kommen. Aber daher zu gehen und einfach immer drauflos zu trommeln: „Das wollen wir nicht“, und selber im eigenen Stall die Leute haben, die damit Geschäfte machen, das ist einfach unverzeihlich! *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP – 15.57 Uhr)*

Präsident Breithuber: Nächste Wortmeldung, Klubobfrau Ing. Sabine Jungwirth.

LTAbg. Ing. Jungwirth *(15.58 Uhr)*: Danke geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren!

Ich denke, das Meiste ist heute schon gesagt und die Haltung der Grünen zu diesem Thema ist ziemlich klar auch aus den vergangenen Debatten. Ich möchte trotzdem nur in aller Kürze noch ein paar Punkte wiederholen, bzw. ein paar Dinge klarstellen, die im Zusammenhang mit der heutigen Debatte stehen. Ich denke, es ist klar, dass die Grünen dafür stehen, dass Hilfe für Menschen, die darum ansuchen, auf der Flucht sind, gewährt werden muss und zwar im Rahmen der Gesetze und im Rahmen der internationalen Vereinbarungen. Auf keinen Fall bin ich bereit, von dieser Haltung auch nur einen Millimeter abzuweichen und da kann die FPÖ noch so oft hier Wahlkampf betreiben mit diesem Thema. Ich denke, wir sind hier die verlässlichen Partner und Partnerinnen derer, die Hilfe suchen. Mir tut das ehrlich gesagt sehr, sehr weh, wenn Sie, Herr Kollege Amesbauer, ein Bild verwenden, das ich wirklich für sehr unglücklich halte in diesem Zusammenhang, nämlich davon sprechen: „Das Boot ist voll!“ Das ist das, was Sie gesagt haben, Zitat, Herr Kollege Amesbauer: „Das Boot ist voll“, im Zusammenhang mit der Flüchtlingsproblematik. Angesichts der Tatsache, dass jedes Jahr tausende Menschen im Mittelmeer ertrinken, finde ich es wirklich sehr, sehr unangemessen. Und ich verwehre mich auch gegen die Pauschalverurteilungen, die immer von Ihrer Seite kommen, denn auch Flüchtlinge sind Menschen, wie alle anderen. Es gibt selbstverständlich auch dort Einzelne die da oder dort straffällig werden und es gibt ganz klare Regeln, wie damit umzugehen ist. Da stehen wir auch klar dazu, aber auf keinen Fall kann behauptet werden, dass in der Umgebung von Flüchtlingsunterbringungen weiß Gott was für eine Panik ausbrechen muss, weil damit zu rechnen ist, dass dann Einbrüche stattfinden, Morde stattfinden u.dgl. mehr, ... (*LTAbg. Samt: „Das ist bewiesen, das ist ein Bericht vom Innenministerium!“*) ... das ist eine derartige Übertreibung und eine Pauschalverurteilung von Menschen, eine Kriminalisierung von einer Personengruppe, die das einfach nicht verdient. Und es ist eine paranoide Haltung die Sie hier an den Tag legen. (*Beifall bei den Grünen – LTAbg. Samt: „Ein Bericht vom Innenministerium ist paranoid? Was ist denn mit Ihnen los?“*) Was Sie auch die ganze Zeit machen, ist eine Leiddebatte zu eröffnen. Sie schüren den Hass, Sie schüren die Hetze und es geht Ihnen ausschließlich darum, die Menschen auseinanderzutreiben und die Gesellschaft zu spalten. Ich finde, das ist eine verachtenswerte Haltung einer Partei und ich bedaure es wirklich sehr, dass es uns noch nicht gelungen ist, diese Partei aus dem Landtag rauszubringen. (*LTAbg. Samt: „Das wird Ihnen nicht gelingen. Da vermessen Sie sich, Frau Kollegin!“*) Nein, ich vermesse mich nicht. Es ist eh schon einmal passiert, aber wir werden daran arbeiten, das kann ich Ihnen sagen.

Ich möchte noch etwas zum Thema Wirtschaftsflüchtlinge sagen, weil Sie das Thema permanent wieder aufbringen und immer davon sprechen, dass wir überrannt werden von denjenigen, die in Wahrheit ja überhaupt gar keine Flüchtlinge sind. Es ist aus meiner Sicht sehr bedauerlich, dass das überhaupt kein Fluchtgrund ist, kein anerkannter Fluchtgrund. In der Genfer Konvention wird leider nur auf die Gründe Rasse, Religion, Nationalität, Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe und politische Überzeugung verkürzt eingegangen aus meiner Sicht. Hunger ist, wenn Sie mich fragen, auch ein Grund, den man berücksichtigen sollte. Denn was sollen die Menschen denn bitte tun und diejenigen, die aus Hunger oder anderen humanitären Katastrophen heraus flüchten müssen, dann als Wirtschaftsflüchtlinge abzutun, das ist in meinen Augen nicht in Ordnung. Und ich denke, dass man hier noch erweitern sollte, denn wir können nicht einfach den Wohlstand, den wir nämlich auf dem Rücken derer, die jetzt mit Hunger zu uns kommen, erworben haben, dann sagen: „Danke, verschüsst euch, wir wollen euch nicht, wir können euch nicht aufnehmen.“ Hier haben wir eine Verpflichtung aus der Vergangenheit und ich finde, die sollten wir auch erfüllen. Selbstverständlich muss auf eine gerechte Verteilung geschaut werden innerhalb der Steiermark, aber auch innerhalb Europas und dem Teil der Welt, der es sich leisten kann, das ist schon richtig, aber wenn Sie mich fragen, ich habe nicht den Eindruck, dass wir wirklich überrannt werden. Das kann ich einfach nicht teilen, dieses Bild. Es gibt einzelne Hotspots in der Steiermark, das sind sicherlich aus der Vergangenheit noch Probleme, die da sein – Mürzsteg ist so einer, da sind wir einer Meinung – aber es wird an der Verteilung gearbeitet. Und ich habe schon den Eindruck, dass der Landesrat Schrittwieser sich tatsächlich bemüht, eine Verteilung in der Steiermark zustande zu bringen und deswegen halte ich es auch nicht für angebracht, jetzt hier so ein Theater aufzuführen, sondern er arbeitet daran und bitte lassen wir ihn daran arbeiten, ja? Also in dem Fall stelle ich mich einmal wirklich hinter ihm, kommt auch nicht oft vor, aber heute schon. *(Beifall bei den Grünen und der SPÖ - Landeshauptmannstellvertreter Schrittwieser: „Nehmt euch ein Beispiel!“)* Ja auch, wenn Wahlkampf ist, aber es gibt einfach Fragestellungen, wo man trotzdem zusammenhalten muss. Warum ich aber eigentlich herausgekommen bin, das ist, um zu begründen, warum wir dem Entschließungsantrag zur Schließung der Unterbringung am Semmering nicht zustimmen werden, denn grundsätzlich ist das schon richtig, dass diese Unterbringung geschlossen werden soll, so wie wir es im Herbst ja auch bei dieser Debatte – im September war es, glaube ich – im Entschließungsantrag gefordert haben und damals ja auch gemeinsam mit der SPÖ und ÖVP einen Entschließungsantrag eingebracht haben. Dennoch ist es so: Unter dem Licht

der Art und Weise, wie Sie hier diese Debatte führen, können wir Ihrem Antrag auch nicht zustimmen. Ich danke für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei den Grünen – 16.04 Uhr)*

Präsident Breithuber: Vorläufig letzte Wortmeldung, Abgeordnete Gabriele Kolar.

LTAbg. Kolar *(16.04 Uhr):* Geschätzter geehrter Herr Präsident, werte Herren der Landesregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, werte Zuhörerinnen und Zuhörer!

Ich bin überzeugt – und ich spreche jetzt in Richtung Freiheitlicher Partei – ich bin überzeugt, dass Sie nur öffentlich so über unsere Flüchtlinge bzw. Asylwerber sprechen. Ich bin auch überzeugt davon, dass Sie zuhause im stillen Kämmerlein jeden Tag ein Gebet sprechen, wo Sie sagen: „Lieber Gott, bitte – bitte – erhalte uns, der Freiheitlichen Partei Österreichs, die Asylwerber und die Flüchtlinge, denn sonst hätten wir als FPÖ, als Partei Österreichs keine Existenzberechtigung mehr, weil wir kein Thema hätten!“ *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP)*
Jawohl! *(LTAbg. Samt: „Was war denn das Frau Kollegin? Sie irren sich gerade!“)*

Gut, warum habe ich mich gemeldet? Es geht um Ihren Entschließungsantrag in erster Linie, um die Schließung von Asylheimen oder -unterbringungen in der Nähe von Schulen. Wir in Judenburg haben im Herbst 2014 im Gemeinderat beschlossen – wo übrigens auch die FPÖ vertreten ist – einen einstimmigen Beschluss haben wir gefasst, dass wir einen Prozent der Bevölkerung der Stadt Judenburg als Flüchtlinge selbstverständlich in unserer Verantwortung auch als Gemeinde Judenburg aufnehmen – einstimmig wohlgerne, auch mit den Stimmen der FPÖ. Diese Einstimmigkeit war aber nur von kurzer Dauer, denn kaum hatten sich die ersten Flüchtlinge angemeldet, ist man hergegangen von Seiten der FPÖ, nicht von jenen Persönlichkeiten, die im Gemeinderat saßen, sondern von jungen Leuten von der FPÖ, die von Haus zu Haus gegangen sind und hier Brandstiftung betrieben haben. Ich sage wirklich „Brandstiftung“, denn sie haben die Bevölkerung in der Nähe dieser Unterbringungen dermaßen verunsichert, dass diese Leute uns, als dann die Flüchtlinge gekommen sind, angerufen haben, die bei euch gegen diese Flüchtlinge unterschrieben haben – weinend teilweise angerufen haben – und sich entschuldigt haben, dass sie unterschrieben haben, weil sie ganz falsch von Seiten der FPÖ, von jungen Leuten – und das tut mir so leid, dass junge Leute so ketzerisch und so brandstiftend unterwegs sind – falsch informiert wurden. Denn als diese Flüchtlinge dann nach Judenburg gekommen sind - und wir haben das von Seiten der Gemeinde sehr gut aufbereitet, die Bevölkerung informiert, die Anrainer informiert – haben die Anrainer bemerkt, dass diese hauptsächlich syrischen Flüchtlinge überhaupt nicht das

gemacht haben, was ihnen quasi von Seiten der FPÖ-Funktionäre im Vorfeld gesagt wurde. Die haben gesagt, so wie Sie heute gesagt haben: „Die tun ja messerstechen und da könnt ihr am Abend nicht mehr außer Haus gehen und die vergewaltigen eure Frauen, weil das sind nur Männer, und die Kinder und ich weiß nicht was alles.“ Also wirklich ganz bösartige Brandstiftung der FPÖ in Judenburg. (LTAbg. Amesbauer, BA: „Das war nicht die FPÖ, das waren die Idenditären!“) Nein, das waren nicht die Idenditären, diese jungen Menschen, die da durch diese Gassen von Judenburg gegangen sind, sind heute sichtbar auf der Liste der FPÖ Judenburg, ja? Sichtbar, das sind nicht die unsichtbaren Idenditären, auf die ihr euch jetzt rausreden wollt. Weil da wissen wir ja nicht: „Die gehören gar nicht zu uns, obwohl doch oder wie, aber das sind so die Geheimen im Hintergrund von der FPÖ, aber in Wahrheit gehören sie ja nicht zu uns.“ Aber das sind sichtbare junge Menschen, die jetzt auf der Liste des Gemeinderates in Judenburg kandidieren. Was ist dann passiert? Sie wissen ja, wir haben hier im Landtag Steiermark beschlossen, das ehemalige Landesschülerheim in Judenburg zu verkaufen und die Diakonie de La Tour hat dieses Landesschülerheim gekauft und der Diakonie Flüchtlingsdienst hat sich eben beworben beim Land Steiermark, hier Flüchtlinge aufzunehmen. Wir haben jetzt in diesem Heim 70 Flüchtlinge und wie das Haus schon sagt, wie ich schon gesagt habe, das ehemalige Landesschülerheim, Herr Amesbauer, d.h. diese Unterbringung ist natürlich in der Nähe vom Schulzentrum Lindfeld. Jetzt möchte ich euch etwas verraten: Als es an die Öffentlichkeit gekommen ist, dass hier Flüchtlinge in dieses Heim kommen, sind Schülerinnen und Schüler des Gymnasiums Judenburg, des Polytechnikums, der Volksschule Lindfeld, der Neuen Mittelschule Lindfeld und des Kindergartens von sich aus - die Schüler und die Kinder von sich aus – auf die Idee gekommen: „Wir wollen diese Flüchtlinge begrüßen“, in der Nähe von der Flüchtlingsunterbringung. Die Direktoren haben das sofort angenommen, auch die Direktoren, der Elternverein, das gesamte große Schulzentrum von Judenburg, noch einmal: Gymnasium, Polytechnische Schule, neue Mittelschule, Volksschule und Kindergarten, alle gemeinsam haben ein Willkommensfest für unsere 70 Flüchtlinge gemacht. Das ist wirklich etwas ganz Großartiges, ohne dass die Politik irgendetwas dazu beigetragen hat, bzw. irgendjemanden beeinflusst hätte, von den Kindern ist das selber gekommen. Das ist schon ein großartiges Zeichen und da habe ich Hoffnung, dass es trotzdem noch in der Jugend, bei den jungen Leuten Menschen gibt, die Menschlichkeit leben und die dann auch im Erwachsenenleben hier diese Werte der Menschlichkeit weiter vertreten. Ja, mittlerweile ist es so, dass eigentlich die Bevölkerung regelmäßig bei unseren Flüchtlingen sind, Gewand dort

hinbringt, Spielzeug vorbeibringt, Feste gemeinsam gestaltet werden, es sind jetzt fürs Frühjahr schon große – Tag der offenen Tür und anlässlich des Weltflüchtlingstages – Feste geplant. Und ich kann euch nur sagen: Wir sind zwar hintennach, immer diese Plakate und diese hetzerische Transparente abzuhängen, was natürlich auch Steuergelder sind, weil ihr müsst euch vorstellen, wenn wir ständig hintennach sein müssen, um diese ketzerischen Plakate abzuhängen, das macht ja der Bauhof in Judenburg, das sind Steuergelder, die wir hier quasi wegen dieser Plakate, die wir immer wieder abhängen müssen, ketzerische, brandstiftende Plakate ... (LTAvg. Amesbauer, BA: „Sie hängen unsere Plakate ab?“) ... ja, natürlich – natürlich, ja ... (LTAvg. Amesbauer, BA: „Das ist aber nicht zulässig!“) ... das ist sehr wohl zulässig, lieber Herr Amesbauer, denn dort, wo ihr die überall hingängt, könnt ihr froh sein, dass ihr nicht noch eine zusätzliche Strafe bekommt, dass wir es nur auf Kosten der Steuerzahler abhängen. Weil normalerweise, wo die hängen - das können wir dann hinten draußen in Ruhe besprechen, da würden Sie schön staunen. Ja, nichts desto trotz, ein gutes Miteinander in der Stadt Judenburg, kann ich nur sagen, mit unseren Flüchtlingen, wir haben auch schon einige positive Bescheide bekommen, diese Flüchtlinge sind interessanter Weise sofort ... packen ihren Koffer und sind sofort nach Wien oder nach Graz unterwegs. Aber nichts desto trotz möchte ich mich bei allen bedanken, egal ob in Judenburg, ob in der Südsteiermark, in der Weststeiermark, in Graz, Graz-Umgebung, in der gesamten Steiermark oder Österreich, oder wo immer Flüchtlinge positiv willkommen geheißen werden, bei denen möchte ich mich bedanken für das gute Miteinander. Aber ich möchte immer eines – und das habe ich bei jeder meiner Ansprachen, auch bei allen Vereinen vor Weihnachten immer dazugesagt: Wenn jemand unsere Gesetze missachtet von diesen Menschen, die zu uns kommen und Schutz und Hilfe suchen, dann müssen wir sie zurückschicken. Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit. (Beifall bei der SPÖ und ÖVP – 16.13 Uhr)

Präsident Breithuber: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor, ich komme daher zur Abstimmung.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der FPÖ mit der Einl.Zahl 3326/2 betreffend Aussetzung der Aufnahme weiterer Asylwerber bis das Erstaufnahmezentrum in Spital am Semmering geschlossen ist, ihre Zustimmung geben um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe!

Dieser Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit gefunden. (Handzeichen der FPÖ)

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der FPÖ mit der Einl.Zahl 3326/3 betreffend keine Asylquartiere in der Umgebung von Schulen und Kindergärten ihre Zustimmung geben um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe!

Dieser Antrag hat auch nicht die erforderliche Mehrheit gefunden. (*Handzeichen der FPÖ*)

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der FPÖ mit der Einl.Zahl 3326/4 betreffend deutliche Reduzierung der Anzahl von Asylwerbern in Mürzsteg ihre Zustimmung geben um ein Zeichen mit der Hand. Danke, Gegenprobe!

Dieser Antrag hat ebenfalls nicht die erforderliche Mehrheit gefunden. (*Handzeichen der FPÖ*)

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der FPÖ, SPÖ und ÖVP, Einl.Zahl 3326/5, betreffend Schließung des Erstaufnahmezentrums Spital am Semmering ihre Zustimmung geben um ein Zeichen mit der Hand. Danke, Gegenprobe!

Dieser Antrag wurde mehrheitlich angenommen gegen die Stimmen der Grünen und der KPÖ.

Damit ist die heutige Tagesordnung erschöpft. Aufgrund des heute im Verfassungsausschuss beschlossenen Antrages auf Selbstauflösung des Landtages gem. Art. 2 Abs. 2 L-VG sowie aufgrund des eingebrachten Antrages auf Durchführung einer Sondersitzung des Landtages gem. § 40 Abs. 6 GeoLT iVm Art. 15 Abs. 2 L-VG werde ich zu einem Sonderlandtag am Donnerstag, den 12. März 2015 um 09.30 Uhr einladen.

Zu dieser Sondersitzung des Landtages wird verbindlich auf schriftlichem d.h. elektronischem Weg eingeladen.

Die Sitzung ist beendet.

Ende der Sitzung: 16.16 Uhr